

Manuel Gysler

Der Kampf um das Territorium in Nor Lípez.

Kontext, Bedeutung und Prozess einer indigenen
Territorialforderung im südlichen Hochland von Bolivien.

Arbeitsblätter des Instituts für Sozialanthropologie der Universität Bern

Herausgegeben von:

Laura Münger
Verena Rothen
Michael Toggweiler
Angelica Wehrli
Heinzpeter Znoj

Institut für Sozialanthropologie
Länggass-Str. 49A, CH-3000 Bern 9
Fax +41 31 631 42 12
E-Mail: information@anthro.unibe.ch

ISBN-13: 978-3-906465-51-7
EAN: 9783906465517

© Manuel Gysler und Institut für Sozialanthropologie der Universität Bern

URL: http://www.anthro.unibe.ch/content/publikationen/arbeitsblaetter/arbeitsblatt_51/index_ger.html

This is the electronic edition of Manuel Gysler „Der Kampf um das Territorium in Nor Lípez. Kontext, Bedeutung und Prozess einer indigenen Territorialforderung im südlichen Hochland von Bolivien“, Arbeitsblatt Nr. 51, Institut für Sozialanthropologie, Universität Bern, Bern 2010

ISBN-13: 978-3-906465-51-7

EAN: 9783906465517

Electronically published June, 2010

© Manuel Gysler and Institut für Sozialanthropologie der Universität Bern. All rights reserved.

This text may be copied freely and distributed either electronically or in printed form under the following conditions. You may not copy or distribute it in any other fashion without express written permission from me or the Institut für Sozialanthropologie. Otherwise we encourage you to share this work widely and to link freely to it.

Conditions

You keep this copyright notice and list of conditions with any copy you make of the text.

You keep the preface and all chapters intact.

You do not charge money for the text or for access to reading or copying it.

That is, you may not include it in any collection, compendium, database, ftp site, CD ROM, etc. which requires payment or any world wide web site which requires payment or registration. You may not charge money for shipping the text or distributing it. If you give it away, these conditions must be intact.

For permission to copy or distribute in any other fashion, contact: information@anthro.unibe.ch

Manuel Gysler

Der Kampf um das Territorium in Nor Lípez.
Kontext, Bedeutung und Prozess einer indigenen
Territorialforderung im südlichen Hochland von
Bolivien.

Inhaltsverzeichnis

Danksagung

1	Einleitung	1
1.1	Gesellschaftliche Relevanz des Themas	1
1.2	Akademische Relevanz des Themas	3
1.3	Forschungskonzept.....	4
1.4	Entwicklung des Forschungsprojekts und Methodologie	6
2	Der Kontext der TCO-Forderung Nor Lípez	8
2.1	Der historisch-andine Kontext	8
2.1.1	Die Präinka- und Inkazeit	8
2.1.2	Die Kolonialzeit.....	9
2.1.3	Die Republik.....	10
2.1.4	Der historisch-andine Kontext nach der TCO-Forderung in Nor Lípez.....	14
2.2	Der gesetzliche Kontext	15
2.2.1	Bis zur TCO-Forderung in Nor Lípez	15
2.2.2	Nach der TCO-Forderung in Nor Lípez	20
2.3	Der nationale Kontext	23
3	Die Bedeutung des geforderten TCO-Titels	26
3.1	Der historische Kampf um das Territorium in den Lípez	27
3.2	Ansiedlungsbemühungen in der Region	30
3.3	Konflikte um natürliche Ressourcen	31
3.3.1	Der Konflikt um den Salar de Uyuni.....	31
3.3.2	Der Konflikt um die Minenunternehmung in San Cristóbal	37
4	Der Prozess der aktuellen TCO-Forderung	44
5	Ein Ausblick für Nor Lípez	56
6	Schlussfolgerungen	62
6.1	Der Kontext	63
6.2	Die Bedeutung.....	67
6.3	Der Prozess.....	68
	Anhang 1: Abkürzungen	73
	Anhang 2: Karten	76
	Anhang 3: Grafik	79
	Anhang 4: Lage der TCO Nor Lípez bezüglich der politisch- administrativen Struktur	80
	Bibliografie	81

Danksagung

Obwohl diese Studie das Resultat meiner eigenen intensiven Arbeit, meiner Ambitionen und meiner Freude ist, wurde ihre Durchführung von diversen Personen und Institutionen in der Schweiz und in Bolivien bemerkenswert unterstützt. Meine tiefe Dankbarkeit gilt:

Meiner Familie für ihre Unterstützung in jedem Augenblick meines Lebens, für ihren Willen, mir so viele schöne Möglichkeiten zu eröffnen und für ihre Liebe.

Prof. Dr. H.-R. Wicker für seine inspirierenden Vorlesungen und Seminarien, und für die Begutachtung und Beratung meiner Forschung. Dem Institut für Sozialanthropologie der Universität Bern für das ausgeliehene Aufnahmegerät und Mikrofon. Dem Feldspesensfonds der philosophisch-historischen Fakultät der Universität Bern für seinen grosszügigen nachträglichen Beitrag an meine Ausgaben für die Feldforschung in Bolivien.

Paulino Colque und den anderen Interviewpartnern für ihre Geduld und Mithilfe bei den gelegentlich sehr langen Interviews. Allen Institutionen und Organisationen in der Schweiz und in Bolivien, welche mir zu wertvollen Informationen für meine Forschung verhalfen. Alle sollten in diesem Text erwähnt sein, wenn nicht im Textteil, dann wenigstens im Anhang 1.

Doña Teresa, Lyns la Torre und allen anderen freundlichen Menschen in „Los Balcones Blancos“, welche mir einen sehr angenehmen Aufenthalt und die köstlichsten und abwechslungsreichsten vegetarischen Gerichte meines Lebens bescherten. Muchas gracias, fue un placer y ¡volveré a verlos!

Norma Yalila Casanova dafür, dass sie mich in Santa Cruz für einige Tage in ihrem Zuhause wohnen liess und mir als „hermana de disciplina académica“ bei meiner Arbeit geholfen hat.

Roxana Fiorilo, für die schönen Tage die sie mir schenkt, und für ihre Geduld. ¡Que sigamos significándonos y amándonos tanto, y que superemos los obstáculos que se nos presenten!

Allen jenen, die mich unterstützt haben und hier nicht erwähnt wurden.

1 Einleitung

1.1 Gesellschaftliche Relevanz des Themas

Obwohl Brysks Aufsatz „*Acting Globally. Indian Rights and International Politics in Latin America*“ (1994) den Eindruck erwecken könnte, dass indigene Organisationen und Rechte lediglich dank dem internationalen System existieren, bietet der Beitrag dennoch einen interessanten Blick auf die Entstehung und Entwicklung der indigenen Rechte. Als 1971 eine von Anthropologen und Juristen initiierte Konferenz zur zunehmenden internationalen Förderung von indigenen Organisationen abgehalten wurde, waren diese Völker unter den Diktaturen Lateinamerikas national mit einer derartigen Marginalisierung konfrontiert, dass sie sich noch kaum in grösserem Ausmass organisiert hatten. Die zunehmende Transnationalisierung des Rechts bot ihnen jedoch die Gelegenheit, die nationale Ebene zu überspringen und das internationale System für ihre Interessen zu nutzen.

Während auf internationaler Ebene lange Zeit nur die Konvention 107 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) die indigenen Rechte explizit thematisierte, ging die transnationale Bewegung eine Allianz mit der Umweltbewegung ein, um die einfacher finanzierbaren ökologischen Projekte mit der Stärkung von indigenen Rechten zu verknüpfen. Ab 1989 erfuhren die Rechte indigener Völker auf internationaler Ebene eine zunehmende Anerkennung, hauptsächlich durch die im selben Jahr verabschiedete ILO-Konvention 169, die 1993 von der UNO verkündete Dekade der indigenen Rechte und zuletzt 2007 durch die UNO Deklaration über die Rechte indigener Völker. Durch die Forderungen solcher Konventionen und Deklarationen hat sich auch die Weltbank gewandelt, indem sie anthropologische Abteilungen integriert hat und Finanzierungen an die vorherige Lösung lokaler Konflikte bindet. Auf diesem Umweg wurden schliesslich zahlreiche Gesetzesänderungen auf nationaler Ebene zur Anerkennung indigener Rechte bewirkt.

Was Brysk nicht anspricht, sind die Unterschiede zwischen indigenen Organisationen im Hoch- und Tiefland. In den 1970er Jahren verfügten die Tiefland-Indigenen kaum über starke, erfahrene Organisationen. Folglich spielten die NROs in diesen Regionen eine wichtigere Rolle im Aufbau und in der Stärkung indigener Organisationen als im Hochland. Dort bestand bereits eine lange Protesttradition und in den 1980er Jahren konstituierten sich von der Basis her und mit Hilfe der intellektuellen indigenen Elite unabhängige Gewerkschaftsorganisationen.

Die Einforderung von Besitzrechten am traditionell genutzten Land oder Territorium wird berechtigterweise häufig als erster und wichtiger Schritt in Richtung Anerkennung indigener Rechte betrachtet. 1989 postulierte die ILO-Konvention 169 erstmals das Kollektivrecht indigener Völker auf ihr Territorium, wobei dieser Begriff auch Rechte der Selbstbestimmung und Ressourcennutzung einschliesst und dem ratifizierenden Staat eine aktive Rolle in der

Anerkennung und Titulierung solcher Territorien zuschreibt. Der Respekt gegenüber indigenen Territorien war in der Geschichte Lateinamerikas gering und schlug sich in unterschiedlichen Anerkennungsmodellen nieder: In Kolumbien wurde der indigene Landbesitz bereits in der Kolonie in Form der bis heute existierenden *Resguardos* respektiert. Viel später – nach der nationalen Revolution – kreierte der mexikanische Staat das System der *Ejidots* für Maya-Gemeinschaften.¹ Ein weiteres paternalistisches Modell waren die brasilianischen Indigenenreservate. Diese sind das Produkt der Vorstellung, der Staat müsse die Indigenen vor der Missionierung, dem Tourismus und ökonomischen Fremdinteressen schützen, was zur Umsiedlung vieler Völker in riesige multiethnische Reservate führte. Das jüngste Modell artikuliert sich hingegen als Basisbewegung der indigenen Gemeinschaften und konfrontiert den Staat mit deren eigenen Forderungen. So errangen in Paraguay einige indigene Gruppen mit der Unterstützung von NROs und Anthropologen bereits in den 1970er und 80er Jahren die Anerkennung ihrer kollektiven Ländereien, obwohl in dieser Zeit eine Diktatur ohne jegliche gesetzliche Grundlagen zur Respektierung indigener Rechte herrschte. Durch die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 erklärte später eine Reihe lateinamerikanischer Staaten auf Verfassungs- und Gesetzesebene die indigenen Territorien als eine legale Form des Landbesitzes. Zukünftig wird ein weiteres Modell nötig sein, damit die spezifischen Forderungen der Jäger- und Sammlergesellschaften angegangen werden können. Diese Gruppen beanspruchen ein ausgedehntes Territorium für eine kleine Bevölkerung, was im Rahmen der ökonomischen Staatsinteressen schwierig umzusetzen ist. Möglicherweise wird die beste Lösung hierzu die Verbindung von indigenen Rechten mit dem Umweltschutz sein.²

Im bolivianischen Hochland existierten bereits in der Kolonialzeit Landtitel zugunsten indigener Völker, wie dies der Fall Nor Lipez verdeutlicht. Diese Titel genossen jedoch keine hohe Rechtssicherheit und mussten periodisch von den Indigenen erneuert werden. Die Konstituierung von indigenen Territorien als Kollektivbesitz, welcher weitere Rechte implizierte, wurde erst nach dem historischen Marsch der bolivianischen Amazonas-Völker im Jahr 1990 umgesetzt. Boliviens Anerkennung von indigenen Territorien (*Tierras Comunitarias de Origen*, TCOs) ist in eine anhaltende Agrarreform und in die umfassende Restrukturierung der politisch-administrativen Ordnung, der Macht und der politischen Partizipation eingebettet. Das Thema dieser Untersuchung ist eines der aktuellsten und stark politisierten Probleme in Bolivien und Teil der gegenwärtigen politischen Krise des Staates. Ebenfalls fällt in Bolivien die extrem heterogene Situation bezüglich der Landrechtsproblematik auf. Als Land mit den zweitgrössten Erdölvorkommen in Lateinamerika und mit einer Reihe weiterer wichtiger Bodenschätze ist Bolivien mit einem grossen Interesse an der Ausbeutung dieser Ressourcen

¹ Dietz (2004: 35-37) betont, dass die *top-down* Landschenkung an *Ejidatarios* durch den Staat nur eine Art der Konstituierung indigener Territorien ist. Das andere Modell ist die Zurückerstattung und zeichnet sich durch die Einforderung des Gemeinschaftslandes durch die Basis aus. So kreierte die mexikanische Agrarreform (1917-1992) *Ejidots*, Gemeinschaftsland und Privateigentum.

² Diese Aufteilung in fünf Modelle präsentierte Prof. Dr. Hans-Rudolf Wicker in einem Seminar vom 5. März 2008 zum Thema der Landrechtsfrage im transnationalen Vergleich an der Universität Bern.

seitens transnationaler Unternehmen konfrontiert. Im ganzen Land leben mehr als 36 Ethnien³ mit ihrer jeweils eigenen Geschichte und Sprache, was zusammen mit der Existenz ökologisch sehr unterschiedlicher Regionen eine sehr heterogene Problematik in der Landfrage hervorgebracht hat.

1.2 Akademische Relevanz des Themas

Zu Zeiten des wohl ersten bedeutenden rechtsanthropologischen Texts, Bronislaw Malinowskis *„Crime and Custom in Savage Society“* (1926), konzentrierte sich das Interesse der Disziplin auf die Frage, ob es in den sogenannten “primitiven Gesellschaften” ein Gesetz gebe. Die Antworten waren unterschiedlich und die damaligen Rechtsanthropologen sahen sich mit der Schwierigkeit konfrontiert, Recht zu definieren und Konzepte wie Gesetze, Normen, Bräuche und Regeln zu differenzieren. Das Resultat war meist die Untersuchung der Sozialstruktur, in welche die genannten Konzepte eingebettet schienen. Später wurden Texte wie Isaac Schaperas *„Handbook of Tswana Law and Custom“* (1938) veröffentlicht, deren Autoren sich im Dienste der Kolonialverwaltung einer genauen Beschreibung der Regeln, welche sie in den Kolonien antrafen, annahmen. Mit Max Gluckmans *„The Judicial Process among the Barotse“* (1955) wurde der Fokus erstmals auf spezifische Rechtsfälle gerichtet, welche der Autor selber mitverfolgte. In den 1960er Jahren wurde eine Reihe ähnlicher Studien veröffentlicht, welche zwischen politisch und mittels einer richterlichen Instanz gelösten Konflikten unterschieden. Bis heute arbeitet die Rechtsanthropologie bevorzugt mit Fall- oder vergleichenden Studien, hat aber auch begonnen, nebst der Beschreibung von Regeln und Gesetzen das Recht als einen Prozess zu untersuchen und verschiedene Forschungsthemen zu entwickeln.

Eine der bedeutendsten Entwicklungen ist die Tatsache, dass sich die Rechtsanthropologie nicht mehr ausschliesslich auf das nicht kodifizierte Gewohnheitsrecht von indigenen Völkern konzentriert. Vielmehr haben Anthropologen einerseits begonnen, rechtliche Themen in ihrer eigenen Gesellschaft zu studieren und andererseits einen Fokus gesetzt, welcher die konfliktspezifische Beziehung zwischen verschiedenen Rechtssystemen untersucht, wobei sowohl staatliche Systeme auf verschiedenen Ebenen, inter- und supranationale Rechtsgrundlagen, als auch kodifizierte oder nicht kodifizierte gewohnheitsrechtliche Systeme Beachtung finden. Beide Tendenzen gründen auf der postmodernen Erkenntnis, dass jede lokale Situation mit regionalen, nationalen, inter-, trans- und supranationalen sowie globalen Ebenen verknüpft ist, und dass sie auf eine Weise untersucht werden muss, welche diesen Verflechtungen und dem plu-

³ Obwohl gegenwärtig fast immer von 36 indigenen Völkern oder Nationen gesprochen wird, gibt es gute Gründe zu behaupten, dass eine höhere Zahl als angemessen betrachtet werden sollte: Gemäss dem Nationalen Rat der *Ayllus* und *Markas* des *Qullasuyu* repräsentieren die Kategorien „Aymara“ und „Quechua“ linguistische Familien und teilen sich in 16 Nationen von Eingeborenen des bolivianischen Hochlands auf, welche sich in einem Rekonstituierungsprozess befinden. Es bleibt zu sehen, in welchem Ausmass diese Völker im Rahmen der in der neuen bolivianischen Verfassung vorgesehenen Indigenen-Autonomien anerkannt werden.

ralistischen Charakter jeder Gesellschaft gerecht werden kann. Der Fokus der vorliegenden Studie ist ein anderer, welchen ich als zentral für eine zukünftige Rechtsanthropologie erachte: Ein Weg zwischen den traditionellen Perspektiven der Anthropologie und der Rechtswissenschaft, um eine bestehende Forschungslücke zu füllen. Wenn wir ein umfassendes Verständnis indigener Landrechte erstreben, ist es unabdingbar, diese beiden Perspektiven zu vereinen. Eine juristische Betrachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen reicht dazu alleine genausowenig aus wie eine teilnehmende Beobachtung, welche nur auf die lokale Ebene blickt. Leider werden allzu häufig unkritische *Advocacy*-Studien durchgeführt, die sich damit begnügen, Fälle von Missachtungen indigener Rechte – etwa durch transnationale Unternehmen – zu dokumentieren und diese zu verurteilen. Natürlich sind solche Untersuchungen, falls sie kritisch sind, äusserst wertvoll im Rahmen einer angewandten Anthropologie, doch auf theoretischer Ebene dürfte sicherlich eine komplexere Perspektive angestrebt werden. Da die Umsetzung und die sozialen Effekte von Gesetzen unterschiedlich und manchmal überraschend ausfallen oder Gesetze sogar schlecht oder gar nicht umgesetzt werden können, sollte gerade die Rechtsumsetzung und deren soziale Effekte analysiert werden. Diese Absicht und der Versuch, alle Kontexte und Ebenen zu beachten, sollen die vorliegende Studie möglichst nahe an ein umfassendes Verständnis ihres Gegenstandes bringen. Analytisch wende ich mich der konfliktiven Legalisierung des gewohnheitsrechtlichen Landbesitzes zu, oder, anders ausgedrückt, dessen Adaptierung an das dominierende nationale Rechtssystem mittels der staatlich definierten Regeln. Dieser Konflikt repräsentiert einen Kampf von der Basis her, welcher als ein am besten in Zusammenhang mit seiner Bedeutung und seinem Kontext zu untersuchender, rechtlich-sozialer Prozess verstanden werden kann.

1.3 Forschungskonzept

Ziel dieser anthropologischen Studie ist es, ein möglichst umfassendes Verständnis der indigenen Territorialforderung in Nor Lípez, einer Provinz des südlichen Hochlands in Bolivien, zu schaffen. Um dies zu erreichen, werden folgende zentrale Fragestellungen behandelt:

1. Welches ist der historische, gesetzliche und nationale Kontext der aktuellen Territorialforderung in Nor Lípez?
2. Welches ist die Bedeutung des geforderten Titels für die Region und die lokale Bevölkerung?
3. Welches sind die juristischen Schritte, die Problematiken und die Perspektiven der Konstituierung der TCO Nor Lípez?

Ich bin überzeugt, dass der Versuch, eine indigene Territorialforderung im Rahmen verschiedener Kontexte zu verstehen, elementar ist. Leider werden solche Fälle meist wenig kritisch und vollständig kontextfrei untersucht. Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, werde ich für den Fall Nor LÍpez eine dreifache Kontextualisierung vornehmen: historisch, gesetzlich und national. Der historische Kontext ist bedeutend, damit die gegenwärtige Territorialforderung nicht als ein neu aufgetauchter Konflikt missverstanden, sondern als aktuelle Artikulation eines historischen Kampfes erkannt wird. Der gesetzliche Kontext dient dem Verständnis nicht nur der sozialen Dimension der Forderung, sondern auch der gesetzlichen Grundlagen, auf welche sich die Indigenen berufen. Dabei wird auch deutlich werden, dass wir uns nicht mit der Analyse des Agrargesetzes begnügen sollten, sondern dessen politischen Zusammenhang mit anderen Gesetzen aufdecken können. So wird die Agrarpolitik nicht als isoliertes Programm betrachtet und es wird ersichtlich, dass scheinbar unkoordinierte Gesetze zunehmend eine komplexere Indigenenpolitik mit dem Ziel indigener Partizipation und Selbstbestimmung ermöglichen. Schliesslich kann der nationale Kontext die Bedeutung des Falls Nor LÍpez innerhalb Boliviens klären und zeigen, weshalb dieser im Vergleich zu den meisten anderen Landrechtfällen gewisse Besonderheiten aufweist.

Zweitens werde ich die Bedeutung des geforderten Titels für die Region und die lokale Bevölkerung ermitteln. Diese Frage mag sehr grundsätzlich klingen, doch die Tatsache, dass sich die meisten existierenden Studien zu indigenen Landrechten auf das Tiefland konzentrieren, verpflichtet uns, diese Frage im Kontext einer Hochland-Territorialforderung zu stellen. Nur so werden wir beurteilen können, ob die Probleme im Territorium von Nor LÍpez mehr oder weniger jenen des Tieflands entsprechen, oder ob sie grundsätzlich verschieden sind.

Drittens soll die Territorialforderung in Nor LÍpez als ein konfliktiver Prozess analysiert werden. Zu diesem Zweck werden die juristischen Schritte, der aktuelle Stand der Forderung und spezifische Problematiken des Falles untersucht. Ein Ausblick bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Forderung und der Grossregion LÍpez gehört ebenfalls zur Prozess-Analyse der Territorialforderung.

Grundsätzlich werden die Fragestellungen dieser Studie in einzelnen Kapiteln behandelt: Das erste Kapitel widmet sich dem Kontext, das zweite der Bedeutung und das dritte dem Prozess. Kapitel 4 bietet sodann vertiefende Informationen zu jeder einzelnen Frage. Da es sich hierbei um eine Fallstudie handelt, werden vorrangig natürlich fallbezogene Erkenntnisse generiert. Vergleichendes Wissen hervorzubringen ist im Rahmen dieser Untersuchung begrenzt möglich, da ich hierzu weitere, gleich konzipierte Analysen von anderen Fällen durchführen müsste. Es wird jedoch dank existierenden Informationen über andere Landrechtsfälle möglich sein, einige Besonderheiten der Territorialforderung in Nor LÍpez hervorzuheben.

Da ich eine anthropologische Untersuchung durchgeführt habe, wollte ich meine Ausführungen nicht auf die Überprüfung einer einzigen Theorie reduzieren. Die verwendete ethnografische Methode sollte ein möglichst holistisches Verständnis ermöglichen, weshalb ich das Forschungskonzept im Zusammenhang mit den gefundenen Informationen re-iterativ verän-

derte, anstatt meinen Blick durch die eindimensionale Theorieführung auf eine voreingenommene Perspektive zu reduzieren. Vielmehr werde ich erst nach der ausführlichen Beantwortung der zentralen Fragen die gesammelten Informationen anhand einiger Theorien interpretieren. Der Grund für dieses Vorgehen liegt darin, dass die Anthropologie sensibel bezüglich der Grenzen grosser Theorien und der Gefahr des Ethnozentrismus geworden ist und darauf drängt, reduktionistische Perspektiven bei der Feldforschung zu vermeiden.

1.4 Entwicklung des Forschungsprojekts und Methodologie

Die vorliegende Masterarbeit entstand im Rahmen des Studiengangs „Anthropologie des Transnationalismus und des Staates“ an der Universität Bern. Da ich mich in den letzten Jahren nebst anderen rechtsanthropologischen Themen vorwiegend für indigene Rechte interessiert habe, entschloss ich mich, eine Fallstudie in Bolivien durchzuführen, wo diese Thematik besonders politisiert ist und durch die mehrheitlich indigene Bevölkerung eine andere Dimension annimmt als in vielen Staaten. Als ich in Dokumenten des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks (SAH) darauf aufmerksam wurde, dass in Nor Lipez ein indigenes Territorium konstituiert werden soll, welches als Präzedenzfall beurteilt wird und im ganzen Land für Verwirrung gesorgt hat, entschied ich, meinen Fokus auf diese wenig bekannte Hochlandregion zu richten. Leider konnte mir auch das SAH kaum mit hilfreichen Informationen zum Stand der TCO Nor Lipez dienen, weshalb ich bis zu meiner Ankunft in Bolivien nicht einmal wusste, ob das Territorium bereits titulierte war. Dennoch entschied ich, mit meinen Ersparnissen für drei Monate nach Bolivien zu reisen und die geplante Forschung durchzuführen.

Das Vorgehen in Bolivien und der Schweiz war durch die Verwendung folgender wissenschaftlicher Methoden geprägt: Recherche und Verwendung von Literatur, Karten, Gesetzen, Zeitungen und Internetquellen, wie etwa die Webseiten von NROs und anderen Institutionen, semi-strukturierte Interviews, Gespräche, und Beobachtungen vor Ort. Die an verschiedenen Stellen des Texts eingefügten Fotografien tragen ebenfalls zum Verständnis der Thematik bei, wurden aber in dieser deutschen, gekürzten Fassung erheblich reduziert. Als Interviewpartner trugen folgende Personen zum Gelingen dieser Forschung bei:

- **Paulino Colque Muraña:** Mein Hauptinformant. Generalsekretär der Bauerngewerkschaft, welche das TCO-Gesuch einreichte und Hauptbeauftragter der Region in der Zusammenarbeit mit dem Nationalen Institut für Agrarreform (INRA) im Prozess der Sanierung und Titulierung der TCO.
- **Dr. Juan Quisbert Poma:** Beauftragter des nationalen INRA in La Paz in Angelegenheiten der Agrarreform im Hochland.
- **Ascencio Lazo:** *Corregidor*⁴ von San Cristóbal im Jahr 2007.
- **Segundino:** Lehrer in San Cristóbal.

⁴ Der *Corregidor* ist die demokratisch gewählte Autorität auf Kantonsebene.

- **Raúl Martínez Ch.:** Kommunikations- und Informationsverantwortlicher des Zentrum INTI in Uyuni.
- **Pedro Gómez Rocabado:** Präsident des Leitungsrates des Zentrums für die Förderung des Bergbaus (CEPROMIN).
- Eine Vielzahl an Dorfbewohnern in San Cristóbal, zwei Jugendliche, welche im Hotel *Playa Blanca* arbeiteten, ein Touristenführer in Uyuni, Beauftragte von verschiedenen Institutionen und Organisationen in La Paz, Uyuni, Potosí, Sucre, Cochabamba und Santa Cruz, sowie weitere Personen, die ich in verschiedenen Regionen Boliviens kennengelernt hatte.

Die eher kurze Liste der Informanten und das grosse Gewicht, welches den langen Interviews mit Paulino Colque verleiht wurde, könnten durchaus Gegenstand der Kritik werden. Da mein Ziel jedoch nicht darin bestand, verschiedene Sichtweisen zu vergleichen, sondern vielmehr ein Expertenwissen aufzuzeichnen, habe ich mich bewusst auf die genannten Interviewpartner beschränkt. Aus traditioneller anthropologischer Sicht mag es auch erstaunen, dass ich meine Forschung in verschiedenen Regionen Boliviens anstatt mittels teilnehmender Beobachtung in einem einzigen Dorf durchgeführt habe. Bestimmt hätten mir die Bewohner der Region viel Interessantes über ihr Leben erzählen können, doch dies war nicht die Absicht meiner Forschung. Die Anthropologie muss offen und dynamisch sein und sollte sich nicht auf die teilnehmende Beobachtung beschränken, sondern ihre Methoden in Abhängigkeit der Forschungsfragen wählen. So war es mir nicht möglich, die benötigten Informationen in einer oder mehreren der 52 Gemeinden der TCO finden, vielmehr musste ich in verschiedenen Regionen Boliviens danach suchen. Im Fall der Gemeinde San Cristóbal, wo ich fast zwei Wochen verbrachte, wäre es durchaus interessant gewesen, eine längere teilnehmende Beobachtung durchzuführen. Dies hätte allerdings einen Aufenthalt von mehreren Monaten beansprucht, was mir nicht möglich war. Ein Grossteil meiner Arbeit vor Ort bestand ausserdem nicht in Interviews und Beobachtungen, sondern in der Analyse der Falldokumente der TCO Nor Lipez im INRA in Potosí und in der Suche und Konsultation von Büchern, Gesetzen und Karten im ganzen Land. Die Organisationen und Institutionen, welche ich in Bolivien besuchte und die mir teilweise mittels Interviews, Gesprächen und Literatur weiterhalfen sind:⁵

- In La Paz: Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (SAH), Hauptsitz des Nationalen Instituts für Agrarreform (INRA), Nationaler Rat der *Ayllus* und *Markas* des *Qullasuyu* (CONAMAQ), Zentrum für die Förderung des Bergbaus (CEPROMIN), Zentrum für Studien zur Entwicklung von Arbeit und Landwirtschaft (CEDLA), Geografisch-Militärisches Institut (IGM).
- In Santa Cruz: Konföderation der Indigenen Ostboliviens (CIDOB).

⁵ Im Anhang 1 sind diese und weitere für meine Forschung wichtige Institutionen und Organisationen zu finden.

- In Cochabamba: Zentrum für Kommunikation und andine Entwicklung (CENDA), Dokumentations- und Informationszentrum Bolivien (CEDIB).
- In Potosí: departementaler Sitz des INRA, IGM.
- In Uyuni: Zentrale der Eingeborenengemeinschaften der Provinz Nor LÍpez (CUPCONL), Regionale Föderation der Bauern des südlichen Hochlands (FRUTCAS), Gemeindezusammenschluss der *Gran Tierra de los LÍpez* (MANGT-LÍpez), Zentrum INTI, Konsortium LÍpez.
- In San Cristóbal: Stiftung San Cristóbal (FSC), *Minera San Cristóbal S.A.* (MSC).

Dies ist die gekürzte deutsche Fassung des originalen spanischen Texts mit dem Titel „La Lucha por el Territorio en Nor LÍpez. Contexto, Significado y Proceso de una Demanda de TCO en el Altiplano Meridional de Bolivia.“ Der Text wurde für diese Publikation auf ungefähr zwei Drittel der Originalfassung gekürzt, die Anhänge wurden ebenfalls stark reduziert, und aus den zahlreichen Fotografien wurden nur einige ausgewählt und in den Text integriert. Der umfassende spanische Text ist in der Bibliothek des Instituts für Sozialanthropologie der Universität Bern auffindbar und befindet sich gegenwärtig in der Vorbereitungsphase zur Publikation beim bolivianischen Verlag Plural Editores in La Paz.

2 Der Kontext der TCO-Forderung Nor LÍpez

Eine erste Annäherung an das Verständnis der aktuellen indigenen Territorialforderung in Nor LÍpez ermöglicht ihre Kontextualisierung. Vorerst ist es wichtig, den historischen Kontext des Kampfes um das Territorium in der Region zu verstehen. Da der Landbesitz innerhalb der nationalen Grenzen geregelt wird, ist es interessant, den Blick nicht nur auf Nor LÍpez zu richten. Jedoch werde ich im ersten Teil nicht die Beziehung der Indigenen zu ihrem Land in ganz Bolivien, sondern lediglich in der Region des Hochlands diskutieren. Zweitens werde ich die wichtigsten Gesetzes- und Verfassungsartikel bezüglich der indigenen Landrechte auf nationaler und supranationaler Ebene analysieren. Drittens wird die TCO-Forderung Nor LÍpez im nationalen Kontext betrachtet, wobei die Beziehung der Indigenen aller Ökoregionen Boliviens zu ihrem Land berücksichtigt wird.

2.1 Der historisch-andine Kontext

2.1.1 Die Präinka- und Inkazeit

Bevor die Inkas ab 1460 ihr riesiges Reich aufbauten, haben sich im Gebiet des heutigen Boliviens diverse Aymara-Imperien herausgebildet. Nach heutigen Angaben gliederten sich diese Reiche in Gemeinschaften (*Ayllus*), welche sich wiederum in *Markas* konzentrierten. Letztere bildeten in ihrer Gesamtheit die Ebene eines jeden Imperiums oder *Suyu*. Betrachten wir die heutige indigene Organisationsstruktur, die regional sehr unterschiedlich ist und von

Anthropologen wie Goodale (2001: 245) als viel komplexer dargestellt wird, können wir vermuten, dass die Struktur *Ayllu-Marka-Suyu* auch hinsichtlich der Aymara-Reiche lediglich eine Vereinfachung darstellt. Leider bleiben heute diese Strukturen, ihre Autoritäten und sogar die Definition der *Ayllus* relativ unklar. Von den meisten Autoren wird aber die fiktive Verwandtschaft betont, welche die in entfernten Kolonien lebenden *Ayllu*-Mitglieder mit der im Hochland gelegenen Kerngemeinde verband. Das ökonomische System dieser *Ayllus* wurde 1972 von John Murra als „vertikale Kontrolle eines Maximums von ökologischen Ebenen“ und in späteren Studien auch als „vertikaler Archipel“ und als „ökologische Komplementarität“ bezeichnet. Dieses System ist aus wirtschaftsanthropologischer Sicht einzigartig, da es das Entstehen von Märkten verhinderte und es durch den Handel zwischen verwandtschaftlich verknüpften, teilweise weit entfernten Gemeinschaften auch von der Transhumanz und anderen bekannten Wirtschaftsbeziehungen zu unterscheiden ist. Der vertikale Archipel war in der andinen Region Boliviens verbreitet, in vielen Teilen Ekuadors lag die politische Kerngemeinde hingegen an der Küste oder im tropischen Gebirge (Salomon 1985: 517-518).

Zwischen 1460 und ungefähr 1558 wurde in den Anden das Inkareich *Tawantinsuyu* errichtet. Es entwickelte eine effektive Bürokratie, ein Strassennetz, ein Militär und eine eindruckliche Terrassenwirtschaft. Die Grenzen seiner Machtansprüche zeigten sich aber darin, dass es sich nicht bis ins Tiefland ausgedehnt hat und aufgrund mangelnder lokaler Kontrolle den Gemeinschaften relativ viel Autonomie gewährt wurde. Der vertikale Archipel und die Verpflichtung zur Reziprozität gegenüber Autoritäten konnten so erhalten bleiben, doch durch deren Anwendung auf Reichsebene wurde ihr ökonomischer Nutzen transzendiert. Die Kolonien befanden sich nun oft weit entfernt vom Kern des Archipels, und das System sollte nicht mehr nur der ökologischen Komplementarität, sondern den Bestrebungen des Inka auf politischer, religiöser, technologischer und militärischer Ebene dienen. Mit dem lokalen Prinzip der Reziprozität (*mit'a*) wurden die Untertanen nun gezwungen, für den Inka in den Minen zu arbeiten (Murra 1985: 110-114, Murra und Wachtel 1986: 4-5, Berthelot 1986: 85).

2.1.2 Die Kolonialzeit

Die Kolonialregierung der Audienz Charcas schaffte weitere Herausforderungen für die traditionellen Organisationsstrukturen und den indigenen Landbesitz. Zwar war es nicht ihr erklärtes Ziel, kollektiven Landbesitz und die *Ayllus* vollständig zu verbieten, doch die Steuern, die Schaffung von neuen Verwaltungsstrukturen, die lokale Konzentration der indigenen Bevölkerung in sogenannten Reduktionen und die Vision des Vizekönigs Francisco de Toledo, dass die *Ayllus* nicht die Kantonsgrenzen transzendieren sollten, machten indigene Autoritäten zu ins Kolonialsystem integrierten Vermittlern zwischen den Indigenen Gemeinden und der Kolonialverwaltung und führten zur Abtrennung vieler Kolonien von ihrer *Ayllu*-Kerngemeinde (Klein 2003: 35-37, Murra und Wachtel 1986: 281f, Pease 1985: 143). Die steuerliche Eingliederung der Indigenen ins koloniale System führte zur Schaffung neuer sozialer Kategorien: viele verliessen ihre *Ayllus*, um als sogenannte *Yanaconas* bei Grundbesitzern zu arbeiten und sich auf diese Weise den kolonialen Verpflichtungen zu entziehen, andere liessen

sich als *Forasteros* in fremden Gemeinden nieder und im urbanen Umfeld entstand durch Zuwanderung Indigener die soziale Kategorie der *Cholos* (Platt 1982: 63f, Murra und Wachtel 1986: 281f, Klein 2003: 48f). Ab 1700 entwickelte sich zudem insbesondere in den Tälern Cochabambas eine neue Klasse individueller Kleingrundbesitzer (Klein 2003: 51 und 61). Trotz diesen Herausforderungen schafften es viele *Ayllus*, gewisse Beziehungen mit ihren Kolonien aufrechtzuerhalten, selbst wenn diese nun territorial nicht mehr zu ihnen gehörten.

Die Mine in Potosí machte die Stadt weltweit zu einer der reichsten des 16. Jahrhunderts. Doch dieser enorme makroökonomische Erfolg hielt nur während dem ersten Jahrhundert der Kolonialherrschaft an, anschliessend erlebte der Bergbausektor bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts eine tiefe Depression (Opus cit: 60). Ausserdem brachte die Kolonialherrschaft auf lokaler und nationaler Ebene zahlreiche negative Folgen mit sich: wirtschaftliches Elend insbesondere in den ländlichen Gebieten der Indigenen; die Spanier brachten Krankheiten nach Südamerika, welche dort zu regelmässigen Epidemien führten; die Indigenen wurden zur Konversion zum Katholizismus forciert, was kaum Äusserung von Respekt gegenüber den vor Ort angetroffenen Kulturen und Religionen (Opus cit: 42-44).

Die negativen Auswirkungen der kolonialen Interventionen führten Ende des 18. Jahrhunderts zu indigenen Revolten im andinen Hochland. 1780 führte Túpac Amaru in der Region Cuzcos einen enormen Aufstand an, welchem im Gebiet des heutigen Boliviens eine Rebellion unter Julián Apasa alias Túpac Katari folgte. Gemäss Albó (1986a) und Stern (1987) führte eine Fülle von Faktoren zur Entwicklung dieser Rebellion: Die zunehmenden monetären Verpflichtungen zwangen die Indigenen, ihre Subsistenzwirtschaft mit der Einkommensgenerierung zu ergänzen, das Monopol der kolonialen *Corregidores* in der Güterverteilung innerhalb der Gemeinden führte vermehrt zu Missbrauch und die Zwangsarbeit in den Minen war Szenario einer starken Ausbeutung. Die Arbeit bei Grossgrundbesitzern konnte ebenfalls missbraucht werden, doch wie Albó (1986b: 62) betont, hatte dieses Arbeitsverhältnis sogar gewisse Vorteile: *Yanaconas* hatten Zugang zu Parzellen für die eigene Nutzung und entzogen sich der Zwangsarbeit in den Minen sowie zu Beginn der Kolonialherrschaft ebenfalls der Steuerpflicht.

2.1.3 Die Republik

Im Gebiet der Audiencia Charcas wurde nach den Unabhängigkeitskämpfen 1825 die Republik Bolivien ausgerufen. Mit der Krise des Bergbaus und der Exportwirtschaft erlitt die junge Republik eine starke Rezession. Der folglich hohe Beitrag der Indigenensteuer an die Staatseinnahmen bewirkte, dass die bolivianische Regierung die indigenen Gemeinden vor liberalen Interessen schützte und ihre kollektiven Ländereien legitimierte. Wie Pablo Regalsky (2003) betont, war Bolivien seit der Unabhängigkeit bemüht, mittels des von Benedict Anderson (1991) beschriebenen Printkapitalismus Spanisch als Standardsprache zu verbreiten und so eine bolivianische Nation als imaginierte Gemeinschaft zu kreieren und zu konsolidieren. Dieses nationale Projekt entwickelte sich dahingehend weiter, dass es zunehmend eine staatlich-national-liberale Konfiguration mit einer homogenisierten Staatsbürgerschaft förder-

te, welche von den Tugenden des Individualbesitzes profitieren und die autonomen Räume der indigenen Gemeinden aufheben sollte. Mit der Revitalisierung der Minen und der Verbreitung eines auf Grossgrundbesitz basierenden Agrarkapitalismus nahm die Bedeutung der Indigenensteuer für den Staat ab und so lancierte 1866 Präsident Mariano Melgarejo mit dem Konfiszierungsdekret einen ersten heftigen Angriff auf den Kollektivbesitz der Indigenen. Dies hatte zur Folge, dass das ganze bolivianische Territorium zum Staatsbesitz erklärt wurde und das Land folglich nur mittels neu bezahlten Individualtiteln gepachtet werden konnte. Diese Politik wurde auch nach dem Sturz Melgarejos weiterverfolgt und führte 1874 nebst der weiteren Ausbreitung des Grossgrundbesitzes zu einem neuen ähnlichen Gesetz. Die meisten Indigenen konnten sich das Pachten ihrer Ländereien nicht leisten und der paternalistische Staat war davon überzeugt, mit der forcierten Integration der Indigenen in die Marktwirtschaft grundsätzlich zu ihrer Zivilisierung beizutragen. Durch die starke Abwanderung landloser Indigener fanden die *Haciendas* der Grossgrundbesitzer Arbeitskräfte, sogenannte *Colonos*, und gewannen so weiter an Bedeutung. Das Leben der Indigenen in den *Haciendas* gliederte diese in eine neues System ein, welches Pearse (1986) als endo- und autozentrisch beschreibt: Sie waren verpflichtet, während einigen Tagen für den *Hacendado* zu arbeiten und weitere Dienste zu leisten; der *Hacendado* war gleichzeitig dafür zuständig, Konflikte zwischen den Bauern zu lösen; die Latifundien verfügten über eigene Kapellen und innerhalb der grossen *Haciendas* wurde Endogamie praktiziert. Dennoch nutzten die *Colonos* auch eigene Parzellen, was ihnen teilweise ermöglichte, ihre *Ayllus* innerhalb der Rechtsprechung der *Haciendas* aufrechtzuerhalten.⁶

Trotz den Angriffen der liberalen Politik auf den indigenen Gemeinschaftsbesitz organisierte 1899 der Indigene Pablo Zárate Willka im Departement La Paz indigene Truppen, um die liberalen Kräfte im Bürgerkrieg gegen die Konservativen zu unterstützen. Als dies zum Sieg der Liberalen führte, befürchtete ihre weisse Elite jedoch einen Angriff der Indigenen, ermordete Zárate Willka und massakrierte seine indigenen Truppen (Platt 1987: 315-19, Klein 2003: 149). Das Zentrum des indigenen Widerstandes verschob sich in den 1930er Jahren vom Hochland in die Täler von Cochabamba, wo sich die erste Gewerkschaft formierte (Dandler 1983: 2). Unterstützt von Politikern und Juristen protestierten die Indigenen immer entschiedener gegen ihre Grundherren. Nach dem gescheiterten Versuch des ersten nationalen Indigenenkongresses von 1945 und der Rebellion von Ayopaya, deren Anführer das Verbot der Dienstarbeit in den Latifundien forderten (Dandler und Torrico 1986: 162-65), schaffte es die 1951 gewählte nationalistisch-revolutionäre Bewegung (MNR) in einer Revolution und der anschliessenden Agrarreform, 1953 das Latifundium als illegal zu erklären. Ebenfalls nationalisierte die revolutionäre Regierung die drei Bergbau-Grossunternehmen und führte das allgemeine Wahlrecht ein. Ihre Stütze errichtete die MNR mittels der Anerkennung der Co-Regierung der Bauern und der Schaffung eines klientelistischen Systems von bewaffneten Gewerkschaften. Diese wurden auch als legitime Organisationseinheit für die Beeinträchtigung des Grossgrundbesitzes betrachtet. In einer Situation, in welcher 6% der Landbesitzer

⁶ Siehe beispielsweise Regalsky (2003: 60).

über 92% des kultivierten Landes verfügten und ca. zwei Drittel der Bauern in *Haciendas* arbeiteten, war das Ziel der Agrarreform zwar, das Land an die Arbeitskräfte zu übertragen, doch nicht im Sinne einer Revitalisierung des indigenen Kollektivbesitzes. Entsprechend dem von der MNR akzeptierten Stabilisierungsplan der USA und des IWF sollten vielmehr individuelle Landtitel zur Förderung von freien Märkten für Arbeitskräfte und Ländereien gefördert werden, weshalb in vielen unproduktiven *Haciendas* im Tiefland die Herausbildung eines kapitalistischen Landwirtschafts- und Viehzuchtssystems und im Hochland die Entwicklung moderner Kleinbauern unterstützt wurde (Dandler 1986: 248, 250-51, Klein 2003: 220). 1964 führte General Barrientos einen Militärputsch an und während seiner Regierungszeit wurden die Aktivitäten der Bauerngewerkschaften noch stärker bürokratisiert und kontrolliert. Er schuf einen Militär-Bauern-Pakt und Gewerkschaftsführer wurden zunehmend von staatlicher Instanz ernannt (Dandler 1986: 253-56, 258, Albó 1987: 385). Doch seine Politik und Regierungsweise führten unweigerlich zu Protesten und Ende der 1960er Jahre bildete sich der Katarismus, die im bolivianischen Kontext bedeutendste Protestbewegung, aus verschiedenen Initiativen der ländlichen und urbanen Regionen von La Paz und Oruro heraus. Diese Aymara-Bewegung berief sich auf den Rebellionsführer Túpac Katari des Jahres 1781. Während den bolivianischen Diktaturen entwickelte sich der Katarismus von einer anfänglich kleinen Gruppe zu einer grossen Bewegung, welche sogar die Gewerkschaftsorganisationen beeinflusste (Hurtado 1986, Albó 1987: 390-405). So trugen die Kataristen 1979 wesentlich zur Gründung der unabhängigen Konföderation der Bauerngewerkschaften Boliviens (CSUTCB) und ein Jahr später der nationalen Föderation der bolivianischen Bäuerinnen „Bartolina Sisa“ (FNMCB-BS) bei, womit das klientelistische Experiment der bolivianischen Regierung zum Scheitern verurteilt war (Albó 1986b: 419, 1987: 390-405, Pearse 1986: 365 und 394, Klein 2003: 242-43).⁷ Der anfängliche Fokus der CSUTCB auf die Aymara und den Klassenkonflikt erweiterte sich mit den Jahren, um alle bolivianischen Bauern einzuschliessen und sich ebenfalls dem Thema Ethnizität anzunehmen. Mit diesem doppelten Diskurs und Fokus reflektiert die Organisation die Identität der heutigen Bauern, welche nach vielen Jahren des Korporatismus und der liberalen Politik sowohl ethnische als auch klassenspezifische Aspekte implizierte. In den folgenden Jahren entwickelte sich die CSUTCB zu einem einflussreichen politischen Akteur von der lokalen bis zur nationalen Ebene.

Im Jahr 1982 kehrte Bolivien zur Demokratie zurück und die folgenden Jahre waren von der Zinnkrise und dem Wachstum der Koka-, Petroleum- und Sojasektoren geprägt (Klein 2003: 246-250). Als dann 1985 die Regierung von Präsident Paz Estenssoro einen neuen neoliberalen Wirtschaftsplan verabschiedete, begannen sich die sozialen Bewegungen vermehrt zu artikulieren. Die CSUTCB präsentierte ein neues Agrargesetz und als sich 1990 die Indigenen des Amazonas-Departements Beni organisierten und für ihr Territorium und ihre Würde nach La Paz marschierten, begann sich in Bolivien der Diskurs über die indigenen Territorien herauszubilden. Noch bevor Bolivien 1991 die ILO-Konvention 169 ratifizierte, erlangten einige indigene Tieflandgruppen durch diesen Marsch, auf dessen letzter Etappe sie von der

⁷ Bartolina Sisa war die Ehefrau von Túpac Katari und unterstützte seine Rebellion von 1781.

CSUTCB begleitet wurden, die Anerkennung ihrer Territorien durch ein Dekret des Präsidenten Paz Zamora. Die 1990er Jahre bildeten auch den Anfang des vom Staat implementierten neoliberalen Dezentralisierungs- und Partizipationsprogramms. Dieser Multikulturalismus brachte für die Indigenen zwar den positiven Aspekt der Anerkennung ihrer Territorialrechte und der juristischen Person ihrer territorialen Basisorganisationen (OTBs) mit sich, doch war diese Politik zumindest anfänglich hauptsächlich darum bemüht, die Indigenen in das staatliche System zu integrieren, ohne dabei die Bedeutung ihrer eigenen Organisationsformen zu respektieren (Postero 2006).

Trotzdem haben sich die *Ayllus* und ihr Ideal der ökologischen Komplementarität in den andinen Regionen Boliviens in unterschiedlichem Ausmass erhalten können. Ihre Struktur und Funktionsweise wurden jedoch durch die Restrukturierungsbemühungen des Inkareichs, der Kolonialregierung und der Republik modifiziert und generell geschwächt. Insbesondere im Norden von Potosí existieren weiterhin *Ayllus*, welche Archipel ähnliche Territorien mit Kolonien in verschiedenen ökologischen Regionen aufrechterhalten konnten. In anderen Regionen Boliviens wurden die *Ayllus* viel stärker geschwächt und in einigen Landesteilen sind sie sogar ganz verschwunden (Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Planung und Vizeministerium für strategische Planung und Volksbeteiligung 2002). Obwohl die Geschichte lokal unterschiedliche Situationen hervorgebracht hat, kann in der ganzen andinen Region eine Vielzahl koexistierender politischer Akteure beobachtet werden. Dies sind vorwiegend NROs als Element der globalen Gouvernanz, staatliche Strukturen und politische Parteien, gewerkschaftliche Organisationen der Bauern und teilweise der Minenarbeiter sowie traditionelle indigene Strukturen. Das Bauernsyndikat hat in den Gemeinden erhebliche Bedeutung und Macht erlangt: Es übt nicht nur Kontrolle über den Zugang zum Land aus, sondern hält seine Geltung als politische, kulturelle, ökonomische und soziale Hauptorganisation der Bauern aufrecht (Calderón und Dandler 1986: 46). Zudem ist das Syndikat eine Organisation der lokalen Selbstregierung und bildet als Instanz des indigenen Gewohnheitsrechts Teil eines komplexen Rechtsuniversums.⁸

Andererseits wurde 1997 der Nationale Rat der *Ayllus* und *Markas* des *Qullasuyu* (CONAMAQ) als eine weitere Organisation nebst der CSUTCB gegründet. Dabei handelt es sich um eine Instanz, welche sich stärker auf Traditionalität und Ethnizität beruft und deren Hauptziel die Revitalisierung der *Ayllus* ist. Interessant wird folglich die zukünftige Beziehung zwischen traditionellen und modernen Strukturen und Autoritäten im bolivianischen Hochland sein.

⁸ Siehe Goodale (2001).

2.1.4 Der historisch-andine Kontext nach der TCO-Forderung in Nor Lípez

Ab dem Jahr 2000 verschärften sich die Proteste der Zivilbevölkerung gegen die neoliberale Politik der Regierung. Die gewalttätigsten Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Regierung ereigneten sich im sogenannten schwarzen Oktober 2003 und endeten in einem Massaker und der Flucht des Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada in die USA. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts zeigte sich auch auf nationaler Ebene die neue Strategie der sozialen Bewegungen immer deutlicher: nebst den Protesten bildeten die Gewerkschaften ihr eigenes politisches Instrument, mit welchem sie mittels ihrer eigenen Kandidaten die Politik auf höchster Ebene bestimmen wollten. Dies führte schliesslich zur Gründung der MAS-Partei (Bewegung zum Sozialismus), welche mit dem Kokabauer und Aymara-Vertreter Evo Morales Ayma im Dezember 2005 die nationalen Präsidentschaftswahlen gewann. Sein Sieg mit 54% der Stimmen machte ihn zum ersten indigenen Präsidenten Boliviens und zum zweiten, der bei den nationalen Wahlen eine absolute Mehrheit erlangte. Während seiner bisherigen Regierungszeit verstaatlichte er zahlreiche Sektoren und natürliche Ressourcen. 2007 reformierte er das Agrargesetz von 1996 im Sinne einer von ihm verkündeten kommunitaristischen Revolution, kurz darauf ratifizierte er die UNO-Deklaration über die Rechte indigener Völker und am 30. November schloss die verfassungsgebende Versammlung ihre Arbeit am neuen Grundgesetz ab. Nachdem im Referendum vom Juli 2006 die Tieflanddepartemente Santa Cruz, Beni, Pando und Tarija für ihre Autonomie stimmten, legte die neue Verfassung den Grundstein für ein komplexes System von departementalen, regionalen, munizipalen und indigenen Autonomien.⁹ Zur selben Zeit feierte Santa Cruz sein Autonomiestatut und ab Mai 2008 liessen die Tieflanddepartemente ihre Statute durch das Volk bestätigen. In der Folge befand sich Bolivien in einer Situation, in welcher die Regierung die Autonomiestatute der Departemente als verfassungswidrig erklärte und die Departemente die neue Verfassung nicht akzeptierten, weil diese in Abwesenheit der Opposition nur von den Mitgliedern der Regierungspartei verabschiedet wurde. Der Konflikt zwischen Regierung und Opposition verschärfte sich weiter und als im Tiefland zahlreiche staatliche Institutionen von der Zivilbevölkerung übernommen wurden, verbreiteten sich sogar Ängste über einen möglichen Bürgerkrieg. Bis heute sind alle Versuche der Regierung, mit der vorwiegend im Tiefland starken Opposition eine Einigung zu erzielen, gescheitert, obwohl das bolivianische Volk im Februar 2009 die mehrfach überarbeitete Verfassung an der Urne annahm. Es bleibt zu sehen, wie sich der Konflikt um die departementale Autonomie und die weiterführende Umsetzung der Verfassung weiter entwickeln wird. Fakt ist, dass die Opposition gegenwärtig weitgehend aufgesplittert und geschwächt ist, insbesondere seit im Dezember 2009 Morales wiedergewählt wurde und die MAS ihre politische Macht weiter ausbauen konnte.

⁹ Die indigene Autonomie soll sich auf der Ebene der indigenen Territorien, der Gemeinden und der Regionen umsetzen lassen. Die Übersetzung des Begriffs „*Autonomía Indígena Originaria Campesina*“ ins Deutsche klingt schwerfällig, weshalb im Folgenden der ungenauere Begriff „indigene Autonomie“ verwendet wird.

2.2 Der gesetzliche Kontext

2.2.1 Bis zur TCO-Forderung in Nor LÍpez

Bis zur Ratifizierung der ILO-Konvention 169 im Jahr 1991¹⁰ verfügten die Indigenen in Bolivien kaum über Rechte, welche ihrer vulnerablen Lage gerecht worden wären. Tatsächlich wurden auch die Analphabeten – und diese sind mehrheitlich unter den Indigenen zu finden – erst 1967 auf Verfassungsebene als Bürger anerkannt. Zuvor war das Wahlrecht ein Privileg derjenigen, die lesen und schreiben konnten. Neu im Vergleich zur früheren Konvention 107 (welche von Bolivien 1965 ratifiziert wurde) waren nun das Konzept des indigenen Territoriums, die Bedeutung der Selbstdefinition der indigenen Gruppen, ihr Selbstbestimmungsrecht, ihr Konsultations- und Partizipationsrecht sowie die aktive Rolle des Staates. Diese neue Vision, welche den Paternalismus des Staates schwächen sollte, ist beispielsweise im Art. 7, § 1 der Konvention zu finden:

Artikel 7

1. Die betreffenden Völker müssen das Recht haben, ihre eigenen Prioritäten für den Entwicklungsprozeß, soweit er sich auf ihr Leben, ihre Überzeugungen, ihre Einrichtungen und ihr geistiges Wohl und das von ihnen besiedelte oder anderweitig genutzte Land auswirkt, festzulegen und soweit wie möglich Kontrolle über ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung auszuüben. Darüber hinaus haben sie an der Aufstellung, Durchführung und Bewertung von Plänen und Programmen für die nationale und regionale Entwicklung mitzuwirken, die sie unmittelbar berühren können.

In Bezug auf die Landrechte indigener Völker hat die ILO-Konvention 169 global neue Aspekte eingeführt. Der wohl wichtigste Teil ist das Konzept des indigenen Territoriums und seine Implikationen. Seither wird nicht mehr davon gesprochen, dass indigenes Land lediglich als ökonomische Basis für diese Völker dient, sondern dass diese eine symbolische Konzeption ihres Habitats pflegen, in welchem sie in einer komplexen Beziehung zur Umwelt leben. Dieses Konzept des Territoriums impliziert im Art. 15, § 1 das Recht dieser Völker, bei der Verwendung, Verwaltung und Erhaltung der natürlichen Ressourcen innerhalb ihres Territoriums zu partizipieren. Andererseits fordert Art. 15, § 2 die Konsultation der indigenen Völker, falls eine Ressource in Besitz des Staates ist und dieser eine Exploration oder Ausbeutung dieser Ressource erwägt:

Artikel 15

2. In Fällen, in denen der Staat das Eigentum an den mineralischen oder unterirdischen Ressourcen oder Rechte an anderen Ressourcen des Landes behält, haben die Regierungen Verfahren festzulegen oder aufrechtzuerhalten, mit deren Hilfe sie die betreffenden Völker zu konsultieren haben, um festzustellen, ob und in welchem Ausmaß ihre Interessen beeinträchtigt werden würden, bevor sie Programme zur Erkundung oder Ausbeutung solcher Ressourcen ihres Landes durchführen oder genehmigen. Die betreffenden Völker müssen wo immer möglich an dem

¹⁰ Nach Norwegen, Mexiko und Kolumbien ratifizierte Bolivien als vierter Staat die ILO-Konvention 169.

Nutzen aus solchen Tätigkeiten teilhaben und müssen einen angemessenen Ersatz für alle Schäden erhalten, die sie infolge solcher Tätigkeiten erleiden.

Ein weiterer Aspekt der Konvention 169 bezüglich der Territorialrechte ist die aktive Rolle, welche dem Staat zugeschrieben wird. Nebst der Verpflichtung, die territorialen Rechte der interessierten Völker anzuerkennen, muss der Staat gemäss Art. 14 nun aktiv Massnahmen zur Ermittlung der traditionell von indigenen Völkern besetzten Gebiete ergreifen und juristische Verfahren zur Anerkennung und zum effektiven Schutz dieser Territorialrechte entwickeln.

Obwohl die Konvention 169 weitere bedeutende Rechte beschreibt, genügt es hier, den Fokus auf die Territorialrechte indigener Völker zu richten. Mit der Anerkennung dieser Kollektivrechte hat die ILO-Konvention 169 unbestritten eine bedeutende Entwicklung innerhalb der Menschenrechte eingeleitet, da diesen bisher jegliche Rechte dieser Art entgangen sind.¹¹

Nach der Ratifizierung der Konvention 169 ereigneten sich fundamentale Veränderungen in der bolivianischen Gesetzgebung. Die reformierte Verfassung von 1994 definierte im Art. 1 Bolivien erstmals als multiethnischen und plurikulturellen Staat. In diesem Sinn anerkannte der Art. 171 die sozialen, ökonomischen und kulturellen Rechte der indigenen Völker in ihrem Territorium, wobei sich erstmals ein bolivianischer Verfassungstext auf die indigenen Territorien bezog. Gleichzeitig wurden auch ihre juristische Person und ihr Gewohnheitsrecht als alternative Konfliktlösungsmethode anerkannt, sofern es nicht gegen die Verfassung und die Gesetze verstösst:

Artikel 171

1. Die sozialen, ökonomischen und kulturellen Rechte der indigenen Völker, welche im nationalen Territorium leben, insbesondere diejenigen, welche sich auf die Garantierung der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen in ihren gemeinschaftlichen Herkunftsterritorien, auf ihre Identität, Werte, Sprachen, Bräuche und Institutionen beziehen, werden im Rahmen des Gesetzes anerkannt, respektiert und geschützt.
2. Der Staat anerkennt die juristische Person der indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften und der Bauernvereine und -gewerkschaften.
3. Die natürlichen Autoritäten der indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften können administrative Funktionen und solche der Anwendung eigener Normen im Sinne einer alternativen Konfliktlösung anwenden, immer wenn diese nicht gegen die Verfassung und Gesetze verstossen. Das Gesetz wird diese Funktionen mit den Kompetenzen der Staatsgewalten kompatibelisieren.

Wie § 2 des zitierten Artikels zeigt, anerkannte die Verfassung von 1994 auch die juristische Person von Bauerngewerkschaften und im § 3 nicht nur das Gewohnheitsrecht indigener, sondern auch bäuerlicher Gemeinschaften. Dies ist im Vergleich zum Art. 171 der Verfassung von 1967, welcher lediglich die Existenz der Bauerngewerkschaften anerkannte, ein bemerk-

¹¹ Es existieren jedoch auch Kritiken an der Konvention. Z.B. weil sie nur die Partizipation der indigenen Völker bezüglich der Nutzung, Verwaltung und Konservation der natürlichen Ressourcen in ihren Territorien verteidigt, jedoch nicht ihre Souveränität über diese Ressourcen anerkennt. Ein weiterer Kritikpunkt weist darauf hin, dass keine effektiven Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Staaten, welche die Bestimmungen der Konvention nicht beachten, bestehen.

kenswerter Schritt. Der Grund dafür liegt wahrscheinlich in der Schwierigkeit, indigene und bäuerliche Gemeinschaften im Hochland klar zu unterscheiden. Wie wir sehen werden ist diese Tatsache gerade im Hinblick auf die TCO-Forderung in Nor LÍpez besonders interessant.

Die Verfassungsreform von 1994 bildete den Ausgangspunkt für eine Reihe von Gesetzen, welche in Bolivien den Multikulturalismus, die Dezentralisierung und die Volkspartizipation förderten. Das Volksbeteiligungsgesetz (LPP) von 1994 strebte einerseits eine stärkere Partizipation der historisch vernachlässigten Gruppen an. Andererseits etablierte es im Sinne eines Dezentralisierungsprogramms im ganzen Land Munizipalstrukturen mit gleichen Kompetenzen, welche vor dem LPP nur in urbanen Zentren existierten. Des Weiteren ruft das Gesetz die Bevölkerung dazu auf, territoriale Basisorganisationen (OTBs) und lokale Überwachungskomitees zu gründen.¹² Die OTBs sind die Subjekte der Volksbeteiligung und können per Definition bäuerliche Gemeinschaften, indigene Völker oder Nachbarschaftskommissionen repräsentieren. Ihre Partizipation ist jedoch auf das Vorschlags-, Kontroll- und Supervisionsrecht, die Repräsentation und den Zugang zu Informationen über die für die Partizipation eingesetzten Gelder beschränkt. Mit anderen Worten blieb der Zugang zur Entscheidungsmacht in der Gemeinde ein Privileg der politischen Parteien und die OTBs mussten sich einer Partei anschliessen, damit ihre Interessen effektiv auf der Entscheidungsebene berücksichtigt werden. Erst 2004 wurden offenere Partizipationskanäle geschaffen, indem das Monopol der politischen Parteien in der Wahl der Gemeindeautoritäten gebrochen und die Partizipation der lokalen Bürgergruppierungen und indigenen Organisationen per Dekret ermöglicht wurde (Pacheco 2006: 33). Die Gewerkschaften und die indigenen Organisationen kritisierten das LPP teilweise heftig, und ihr Widerstand lässt sich gemäss Ströbele-Gregor (1997a) in drei Aspekte aufteilen:

1. Die Gemeindegrenzen entsprechen nicht den traditionellen ethnischen Grenzen und können folglich das Funktionieren der Überlebensstrategien der Gemeinschaften schwächen.
2. Die Macht der politischen Parteien manifestiert sich auf lokaler Ebene und schwächt die lokalen Organisationen und Bewegungen sowie ihre Unabhängigkeit von den Parteien.
3. Die Delegation von Staatsaufgaben an die Gemeinschaft wird als Teil der neoliberalen Restrukturierung verstanden und lässt die Armen ihre eigene Armut verwalten.

¹² Gemäss Art. 10, § 1 bezwecken die Überwachungskomitees die Artikulation der OTBs mit den Gemeinderegierungen.

Die Kritik am LPP war im Hochland besonders stark und zeigt, dass die Dezentralisierung häufig ambivalent auf die lokale Bevölkerung wirkt. Weiter unten werden wir jedoch sehen, dass die späteren Gesetze vermehrt Möglichkeiten einer guten lokalen Regierungsführung, welche stärker auf der indigenen Selbstorganisation beruht, eröffneten.

Da der Fokus dieser Studie auf den Territorialrechten liegt, müssen nicht alle Dezentralisierungsgesetze der 1990er Jahre diskutiert werden und wir können direkt zur Analyse des 1996 verabschiedeten Agrargesetzes schreiten. Dieses schaffte als Hauptpfeiler das nationale Institut für Agrarreform (INRA), welches die Agrarreform innerhalb von zehn Jahren abschliessen sollte. Das neue Agrargesetz schaffte die gesetzliche Basis für die Anerkennung und Titulierung der indigenen Territorien als „gemeinschaftliche Herkunftsterritorien“ (TCOs), welche sich offensichtlich auf die ILO-Konvention 169 stützten. Dies ist im Art. 3, § III ersichtlich:

Artikel 3

III. Die Rechte der indigenen und eingeborenen Völker und Gemeinschaften über ihre gemeinschaftlichen Herkunftsterritorien werden garantiert, wobei ihre ökonomischen, sozialen und kulturellen Implikationen, sowie die nachhaltige Nutzung der erneuerbaren natürlichen Ressourcen, gemäss dem im Art. 171 der Staatsverfassung vorgesehenen, beachtet werden. Die Bezeichnung der gemeinschaftlichen Herkunftsterritorien umfasst das Konzept der indigenen Territorien entsprechend der im Teil II der Konvention 169 der internationalen Arbeitsorganisation, ratifiziert durch das Gesetz 1257 vom 11. Juli 1991, etablierten Definition.

Die Titel der gemeinschaftlichen Herkunftsterritorien erteilen zu Gunsten der indigenen und eingeborenen Völker und Gemeinschaften den kollektiven Besitz ihrer Ländereien, wobei ihr Recht, an der nachhaltigen Nutzung der darin existierenden erneuerbaren natürlichen Ressourcen zu partizipieren, anerkannt wird.

Die Nutzung der nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen in gemeinschaftlichen Herkunftsterritorien richtet sich nach den Bestimmungen der Verfassung und in den Spezialnormen, die sie regulieren.

Die kollektiv titulierten gemeinschaftlichen Herkunftsterritorien und Gemeinschaftsländereien werden nicht beschlagnahmt, veräussert, belastet oder verpfändet noch können sie per Verordnung erworben werden. Die Verteilung und Umverteilung zur individuellen oder familiären Nutzung im Innern der gemeinschaftlichen Herkunftsterritorien und der kollektiv titulierten Gemeinschaftsländereien richtet sich nach den Regeln der Gemeinschaft, in Übereinstimmung mit ihren Normen und Gewohnheiten.

Bezüglich der indigenen und eingeborenen Völker, müssen bei der Anwendung der Agrargesetze und ihrer Reglemente deren Bräuche oder Gewohnheitsrecht beachtet werden, immer wenn diese nicht mit dem nationalen Rechtssystem inkompatibel sind.

Der zitierte Paragraph fordert wie der Verfassungsartikel 171 § 3 und die ILO-Konvention 169 ebenfalls die Respektierung des indigenen Gewohnheitsrechts, immer wenn es nicht mit dem nationalen Rechtssystem inkompatibel ist, wodurch jedoch eine klare Hierarchie der beiden Rechtssysteme aufrechterhalten wird.¹³ Bezüglich des genannten Rechts der Indigenen,

¹³ Diese Hierarchie wurde 2009 in der neuen Verfassung aufgehoben, indem das indigene Gewohnheitsrecht mit dem formalen staatlichen Recht gleichgestellt wurde. Nun wird es auf Gesetzebene nötig sein, genau zu definieren, in welchen Fällen, an welchen Orten und auf welche Personen

an der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen in ihren Territorien teilzuhaben, ist interessant zu bemerken, dass das bolivianische Agrargesetz nur von erneuerbaren Ressourcen spricht, während die ILO-Konvention 169 von natürlichen Ressourcen spricht. Obwohl der zitierte Paragraph die TCOs vor der Beschlagnahmung und Verpfändung schützt, ist ihre Rechtssicherheit durch die Tatsache begrenzt, dass sie aus Gründen der öffentlichen Nützlichkeit, im Sinne des Schutzes der Biodiversität (Art. 59, § I, Abs. 2) oder der Durchführung von Arbeiten im öffentlichen Interessen (Art. 59, § I, Abs. 3), enteignet werden können.

Im Hinblick auf die TCO-Forderung in Nor Lípez ist weiter Art. 41 aufschlussreich. Nebst weiteren Formen des individuellen Landbesitzes finden wir in diesem Artikel nicht nur die TCOs, sondern auch den Gemeinbesitz als Variante des kollektiven Landbesitzes. Diese Besitzform ist für Bauerngemeinschaften und ehemalige *Haciendas* vorgesehen, welche ihr Land als Kollektiv besitzen. Sie unterscheidet sich von den TCOs darin, dass sie nur eine einfache Form des Landbesitzes darstellt, für welche der Begriff des Territoriums und die implizierten Rechte nicht von Bedeutung sind. Im Zusammenhang mit Nor Lípez ist diese Besitzform interessant, weil in diesem Fall die Gesuchstellung durch eine Bauerngewerkschaft dazu führte, dass das INRA bis zur Durchführung der Charakterisierungsstudie nicht sicher war, ob die Bevölkerung der Region tatsächlich als indigene Gemeinschaft oder vielmehr als Bauerngemeinschaft ohne Anrecht auf eine TCO zu bezeichnen sei.

Obwohl das neue Agrargesetz von 1996 die TCOs und neue Impulse für die Agrarreform schaffte, wurden zahlreiche kritische Stimmen laut. Sie beziehen sich primär auf die Tatsache, dass das INRA in zehn Jahren die Agrarreform nicht wie geplant abschloss, sondern lediglich einen kleinen Teil der Ländereien titulierte. Auch die mangelnde Rechtssicherheit der TCOs und der im internationalen Vergleich komplexe und langwierige Anerkennungsprozess für indigene Territorien wurden kritisiert. Ein Beispiel dafür ist die Studie zur Identifizierung der räumlichen Bedürfnisse (EINE), welche gemäss Martínez Montaña (2000b) eigentlich dazu dienen sollte, dass die geforderten indigenen Territorien nicht zugunsten von Fremdinteressen reduziert werden und die Indigenen über ein für ihre Lebensweise genügend grosses Territorium verfügen. Seiner Meinung nach ist diese Studie aber zu einem Instrument für die Reduktion der Territorien mittels einer zweifelhaften Berechnung verkommen.

welches Rechtssystem angewendet werden soll und welches die universellen Rechte sind, die auch im indigenen Gewohnheitsrecht zu beachten sind.

2.2.2 Nach der TCO-Forderung in Nor LÍpez

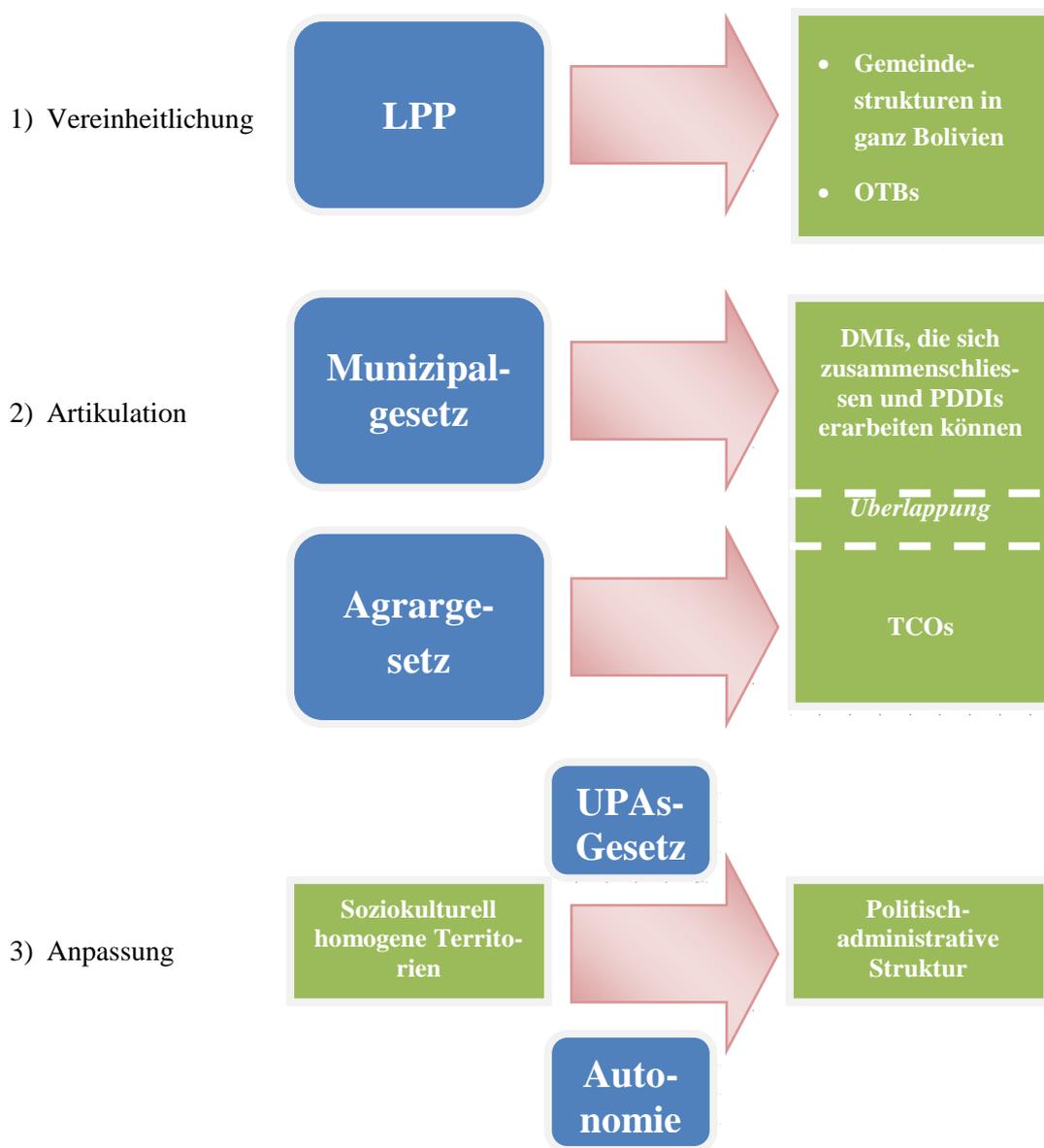
Im Februar 1999 präsentierte die Bauerngewerkschaft CUPTCNL beim INRA auf der Basis des Agrargesetzes von 1996 das Gesuch zur Schaffung einer TCO in Nor LÍpez. Was sich auf gesetzlicher Ebene seither ereignet hat, kann hier nicht detailliert analysiert werden. Es wäre jedoch reduktionistisch, nur das Agrargesetz und die Verfassung zu betrachten, um die TCO-Forderung in Nor LÍpez zu verstehen. Deshalb soll im verbleibenden Teil dieses Unterkapitels die Hypothese, dass die Landpolitik einen Teil einer komplexeren Politik zur territorialen Artikulation der indigenen Partizipation, bestehend aus mehreren Gesetzen und Politiken, ausmacht, untersucht werden. Im Folgenden stütze ich mich auf das Argument einer Publikation des bolivianischen Ministeriums für nachhaltige Entwicklung und Planung und des Vizeministeriums für strategische Planung und Volksbeteiligung (2002), wobei ich jedoch einige Veränderungen und Ergänzungen vornehme. Seit den 1990er Jahren haben sich in Bolivien drei Typen von Politiken entwickelt, von welchen jeder einem Moment der indigenen territorialen Artikulation entspricht: 1) die Politik der Volksbeteiligung repräsentiert das Moment der Vereinheitlichung, 2) die Politik der Anregung zur Bildung von Gemeindedistrikten und die Landpolitik konstituieren das Moment der Artikulation und 3) die Politik der Schaffung und Fusion von politisch-administrativen Einheiten entspricht dem Moment der Anpassung.

1. **Vereinheitlichung: Die Politik der Volksbeteiligung** vereinheitlichte die politisch-administrative Struktur der Gemeinden. Zuvor existierten Munizipalstrukturen nur in den urbanen Zentren der Departementshauptstädte, nun wurden sie im ganzen nationalen Territorium mit einheitlichen Kompetenzen geschaffen. Andererseits schuf diese Politik die Möglichkeit, dass sich die Bauerngemeinschaften, die indigenen Völker und die Nachbarschaftskomitees als OTBs konstituieren konnten. Dies stellt ein Mittel zur zivilen Integration dar, welches den Indigenen und den Bauern erlaubt, ihre juristische Person zu beantragen. Wie wir gesehen haben, wurde bis zu diesem Moment die indigene Territorialität und Selbstorganisation auf Gesetzesebene negiert und durch die Verwurzelung der staatlichen Strukturen und der politischen Parteien auf lokaler Ebene potentiell noch stärker fragmentiert.
2. **Artikulation: Die Politik der Bildung von Gemeindedistrikten und die Landpolitik.** Weil das LPP mit Ablehnung und Kritik seitens der ethnischen und sozialen Organisationen konfrontiert war, wurde 1999 mit dem Munizipalgesetz die Möglichkeit der Schaffung von indigenen Gemeindedistrikten (DMIs) etabliert. Mit ihrem Recht, sich mit anderen DMIs zusammenzuschließen und ihrer Verpflichtung, Distriktspläne für die indigene Entwicklung (PDDIs) zu erarbeiten, stellen die Gemeindedistrikte einen Schritt in Richtung Anerkennung der indigenen Territorialität und einer nicht nur zivilen, sondern speziell indigenen Partizipation dar. Andererseits wurde bereits drei Jahre zuvor die Landpolitik mit der neuen Möglichkeit, TCOs zu schaffen, initiiert.

3. Anpassung: Die Politik der Schaffung oder Fusion von politisch-administrativen Einheiten. Die beiden Politiken der vorangehenden Phase förderten zwar die indigene Partizipation, sie schufen jedoch eine noch komplexere und inkohärentere Rechtsstruktur. Da die TCOs nicht nur Landbesitz, sondern mittels der territorialen Rechtsprechung auch Möglichkeiten zur Selbstbestimmung bieten, wurden Überlappungen der staatlichen Rechtsprechung der politisch-administrativen Strukturen mit der ethnischen Rechtsprechung der indigenen Territorien kreiert. Zur Entwicklung einer neuen Staats- und Partizipationsstruktur im Sinne einer kohärenten lokalen Gouvernanz wäre es ideal, die Kompatibilisierung der politisch-administrativen Strukturen an die ethnischen Grenzen fortzuführen. Dies sollte mittels der Modifikation oder Schaffung von politisch-administrativen Einheiten geschehen, d.h. eine TCO oder auch mehrere indigene Gemeindedistrikte würden eine neue politisch-administrative Einheit bilden. Nebst dem UPAs-Gesetz, welches 2000 verabschiedet wurde, werden zukünftig die in der im Februar 2009 vom Volk angenommenen Verfassung verankerten Autonomien und insbesondere die indigene Autonomie in diese Richtung wirken. Obwohl die entsprechenden Gesetze noch nicht verabschiedet wurden und dies noch einige heftige Konflikte zwischen der Regierung und der Opposition hervorbringen dürfte, ist bereits jetzt klar, dass die indigene Autonomie eine Rekonstituierungswelle der Selbstbestimmung zahlreicher präkolonialer Nationen zum Erfolg verhelfen wird.¹⁴

Die soeben skizzierte Politik zur territorialen Artikulation der indigenen Partizipation muss jedoch als ein idealisiertes politisches Programm betrachtet werden. Tatsächlich wurden diese Gesetze in verschiedenen historischen Momenten verabschiedet und ihre Umsetzung wurde vom Staat nicht fortschrittlich und komplementär angegangen (Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Planung und Vizeministerium für strategische Planung und Volksbeteiligung 2002: 30). Die Elemente der anzustrebenden Politik zur territorialen Artikulation der indigenen Partizipation sind in der folgenden Grafik dargestellt:

¹⁴ In dieser Phase wurde 2006 auch das Agrargesetz reformiert und 2007 die UNO Deklaration über die Rechte indigener Völker durch Bolivien ratifiziert. Es genügt hier zu erwähnen, dass die Reform des Agrargesetzes eine Stärkung des Gemeineigentums und eine Beschleunigung der Landtitulierung bewirken sollte und die UNO-Deklaration legitimierend für die in der neuen Verfassung verankerten indigenen Rechte gewirkt hat. Eine genaue Analyse dieser Dokumente ist hier jedoch aus Gründen des begrenzten Textumfangs nicht möglich und auch nicht unabdingbar.



LPP: Volksbeteiligungsgesetz 1994 (*Ley de Participación Popular*)

OTBs: territoriale Basisorganisationen (*Organizaciones Territoriales de Base*)

DMIs: indigene Gemeindedistrikte (*Distritos Municipales Indígenas*)

PDDIs: Distriktsplan für die indigene Entwicklung (*Plan Distrital de Desarrollo Indígena*)

TCOs: gemeinschaftliche Herkunftsterritorien (*Tierras Comunitarias de Origen*)

UPAs-Gesetz: Gesetz der politisch-administrativen Einheiten 2000 (*Ley de Unidades Político Administrativas*)

2.3 Der nationale Kontext

Bei der Betrachtung der aktuellen Diskurse in Bolivien fällt auf, dass das Land nach einer weit verbreiteten Narration als aus zwei gegensätzlichen Regionen bestehend wahrgenommen wird: aus dem Hochland und dem Tiefland. Diese Gegenüberstellung zeigt sich zum Beispiel in der Tatsache, dass sich die Indigenen des Hochlands heute als Eingeborene (*originarios*) mit einer Identität als ethnisch abgrenzbare Bauernklasse definieren, während sich die im Tiefland lebenden Völker lediglich als Indigene bezeichnen. Die wohl bedeutendste Stütze für die diskursive Spaltung des Landes gründet in der gegenwärtigen nationalistischen Strömung des Tieflands, welche die Tieflandbewohner homogenisiert als „*Cambas*“ bezeichnet und sie von den Hochlandbewohnern, welche sie in ihrer Gesamtheit als „*Collas*“ betitelt, als andersartig abgrenzt. Die Elite in Santa Cruz hat somit den aus der Sprache der Chiriguano stammenden Begriff „*Camba*“ umgedeutet und instrumentalisiert ihn für ihren nationalistischen Diskurs (Assies 2006: 96-100, Plata 2008: 142-146). Obwohl sich wahrscheinlich die wenigsten Indigenen im Tiefland als *Camba* bezeichnen würden, hat die gesellschaftliche und politische Machtstellung der nationalistischen Elite dennoch dazu geführt, dass die alltägliche Verwendung der Kategorie des *Camba* in Bolivien heute kaum überhörbar ist. Solche diskursive Homogenisierungen sind aus der Sicht einer kritischen Wissenschaft natürlich politisch wirksam aber philosophisch unkohärent. Theorien der strukturellen Anthropologie und des Orientalismus sowie postmoderne Nationalismustheorien betonen, dass der Mensch in Kategorien denkt, um sich selbst und die Welt zu verstehen. Damit wir uns selbst identifizieren können, schaffen wir ein homogenisiertes Anderes, von dem wir uns abgrenzen können. Tatsache ist aber die politische Wirkungsmacht solcher vereinfachter Konzeptionen, und auch wenn die Wissenschaft teilweise mit Typologisierungen arbeitet und sich im bolivianischen Kontext häufig nur auf eine dieser Regionen konzentriert, sollte dabei nicht vergessen werden, dass trotz merklicher Unterschiede zwischen Hoch- und Tiefland beide Regionen auch in sich in vielen Aspekten äusserst heterogen sind.

Im Unterkapitel über den historischen Kontext habe ich mich auf die andine Region konzentriert. Dieses Gebiet weist gewisse Gemeinsamkeiten bezüglich der Fragmentierung indigener Territorialität auf und war stets in engerer Beziehung zur Macht der Inkas, der Kolonie und der republikanischen Regierung als die Tieflandregionen. Einerseits brachten die äusserst unterschiedlichen ökologischen Verhältnisse im ganzen Land verschiedene Ökonomien, soziale Organisationsformen und Politiken hervor. Andererseits wurden lokale Situationen auch durch die Gesetze und Politiken der zentralen Regierungen in jeder Phase der Geschichte geprägt. So hatten die Agrarpolitik der 1860er Jahre, die Agrarreform ab 1953 und die neoliberale Politik seit 1985 sehr unterschiedliche Effekte in jeder Landesregion. Das Inkareich war bis zu seinem Untergang auf die andine Region beschränkt, weshalb es keinen direkten Einfluss auf die lokalen Situationen der Tieflandbewohner ausübte. Später erlebten die Indigenen der Täler in Cochabamba durch die frühe Entwicklung der *Haciendas* und eines Agrarkapitalismus in ihrer Region eine besonders starke Auflösung ihrer traditionellen Strukturen und

Autoritäten. Der Grossgrundbesitz verbreitete sich in den Tieflandgebieten und sogar in der Hochlandregion um den Titicacasee, trotz den ökologisch schwierigen Produktionsbedingungen (Regalsky 2003: 62). Gemäss Albó (1987: 384) funktionierte das populistische Modell des MNR in der Folge der nationalen Revolution von 1952 vorwiegend in den Regionen, wo Grossgrundbesitz existierte, was bedeutet, dass sich in diesen Gebieten auch die Mehrheit der Bauern mit individuellem Parzellenbesitz befindet. Im Norden von Potosí hingegen konnten die *Ayllus* zumindest ihre unteren Organisationsebenen aufrechterhalten. Die westlichen Gebiete des Departements von Potosí weisen nur wenige individuelle Landbesitzer auf, jedoch mindestens in der Provinz Nor Lípez haben sich die *Ayllus* fast vollständig aufgelöst.

Aufgrund der unterschiedlichen Einflüsse und Entwicklungen in verschiedenen Regionen Boliviens verschoben sich auch die kommerziellen Zentren. Klein (2003: 254) erklärt, dass die wirtschaftlichen Zentren noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf der Linie La Paz – Oruro – Potosí zu finden waren, während sie sich seit den 1950er Jahren und der Krise des Bergbaus nach Osten verlagerten und sich nun auf die Städte La Paz – Cochabamba – Santa Cruz verteilen. Seither und vermehrt seit den 1970er Jahren hat sich die Regierung insbesondere auf die Förderung der wirtschaftlichen Potentiale des Petroleums, der Soja- und Cocapflanze und weiterer Produkte der diversifizierten Ökonomie Ostboliviens konzentriert. Folglich gewannen die grossen Exportunternehmen und die transnationalen Konzerne stetig an Bedeutung, der Osten des Landes entwickelte sich viel schneller als andere Regionen und die landlosen Bauern des Hochlandes migrieren vermehrt ins Tiefland.

Auch die Protestregionen verschoben sich während der Jahrhunderte. Bis 1930 konzentrierten sich die grossen Aufstände auf die Anden. Die Widerstände gegen die *Haciendas*, die Entstehung der Bauerngewerkschaften und das Zentrum des Konflikts, der 1952 zur nationalen Revolution führte, beschränkten sich auf die Täler von Cochabamba. Später kehrte der Protestherd ins Hochland zurück, wo sich ab den 1960er Jahren Widerstandsbewegungen wie der „Block unabhängiger Bauern“ oder die verschiedenen Kataristenbewegungen formierten. Das Thema des indigenen Territoriums wurde zwar von den Indigenen des Tieflands erstmals lautstark auf die politische Agenda gebracht, doch die Bevölkerung des Hochlands unterstützte sie und bis heute wurde im Hochland eine viel höhere Zahl an TCOs gefordert als im Tiefland. Seit 2000 nahmen die Proteste im ganzen Land enorm zu. Die heftigsten Proteste der bolivianischen Geschichte entwickelten sich im Hochland, wo auch die Idee aufkam, die Indigenen könnten ihr eigenes politisches Instrument bilden, damit sie mittels einer eigenen Regierung vom politischen Objekt zum Subjekt werden konnten.

Ein Argument, welches die diskursive Spaltung Boliviens stützt, ist die Tatsache, dass es keine unkonkurrenzierte nationale Indigenenorganisation gibt.¹⁵ Die zwei mächtigsten Repräsen-

¹⁵ Aufgrund der Abwesenheit einer nationalen Indigenenorganisation etablierten die CSUTCB und die CIDOB anfangs der 1990er Jahre ein bilaterales Komitee, welches Mitglieder der bolivianischen Arbeiterzentrale (COB), der Kirchen und das NRO-Netzwerk UNITAS umfasste, um zur Nationalitätenversammlung im Oktober 1992 aufzurufen. Die Haupttätigkeit dieser Versammlung sollte die Wiederherstellung der indigenen Identität und ihres Erbes durch den Beginn eines Selbstbestimmungsprozesses auf ökonomischer, territorialer, kultureller und ideologischer Ebene

tanten der Indigenen waren während vieler Jahre die CSUTCB und die CIDOB, welche beide von sich behaupten, nationale Organisationen zu sein, tatsächlich verfügen sie jedoch beide über eine Basis, welche sich hauptsächlich auf das Hoch-, respektive Tiefland konzentriert. Die CSUTCB ist infolge der Agrarreform, welche über Jahrzehnte im Hochland bemüht war, individuelle Landbesitzer zu fördern, hauptsächlich eine Vertreterin der Hochlandbauern. Sie präsentiert sich jedoch selber als die hauptsächlichste Gewerkschaftsorganisation der Eingeborenenvölker der Quechuas, Aymaras, Tupí Guaranís und anderer Landarbeiter.¹⁶ Sie integriert auch effektiv die departementalen Gewerkschaftsföderationen des ganzen Landes und wendet sich in ihrer Arbeit sowohl an die Klasse der Bauern als auch an die Indigenen. Dies ist in der Vision, Mission und in den Zielen der CSUTCB ersichtlich:

VISION Eine nachhaltige, egalitäre und gerechte wirtschaftliche Entwicklung für die indigenen und eingeborenen Völker Boliviens erlangen, wobei die Identität der Eingeborenen durch das nachhaltige Management der natürlichen Ressourcen mit indigener und bäuerlicher Partizipation aufrechterhalten werden soll, die Umwelt gepflegt und der Zugang zu Land und Territorium garantiert wird.¹⁷

Während die CSUTCB ohne weiteres als legitime Repräsentantin der Bauern des ganzen Landes beurteilt werden kann, bleibt fraglich, ob sie dies auch für alle Indigenen ist. Eine explizit indigene Organisation ist hingegen die 1982 gegründete CIDOB. Obwohl ihr Akronym eigentlich für „Konföderation der Indigenen des Ostens von Bolivien“ steht, präsentiert sie sich heute als „Konföderation der indigenen Völker Boliviens“, welche 34 bolivianische Völker repräsentiert.¹⁸ Dies könnte den Eindruck vermitteln, die CIDOB repräsentiere alle indigenen Völker des Landes, doch effektiv, und darauf deutet auch die Nennung von 34 Völkern hin, vertritt die Organisation weder die im Hochland lebenden Indigenen, noch die ins Tiefland abgewanderten Eingeborenen des Hochlandes. Dies ist sowohl in der Organisationsstruktur der CIDOB, welche 11 indigene Zentralen des Tieflandes einschliesst und selbst ein Mitglied der Koordinatorin der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens (COICA) ist, als auch in ihrer im Folgenden zitierten Mission ersichtlich:

Die Rechte der indigenen Völker des bolivianischen Tieflandes auf der Suche nach ihrer effektiven Inkorporation und Partizipation in politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Entscheidungen des Landes im Bereich der lokalen, regionalen, nationalen und internationalen

sein. Die Nationalitätenversammlung scheiterte jedoch und der einzige Erfolg des Projektes war die Präsentation des Vorschlags für eine Bildungsreform durch die CSUTCB.

¹⁶ Homepage CSUTCB: <http://www.csutcb.org/sitio.shtml?apc=&s=b>. 10.05.2008.

¹⁷ Übersetzung von der Homepage durch den Autor: <http://www.csutcb.org/sitio.shtml?apc=&s=a>

¹⁸ Homepage CIDOB: http://www.cidob-bo.org/index.php?option=com_content&task=view&id=12&Itemid=41. 10.05.2008.

Entwicklung durch die Repräsentation gegenüber öffentlichen oder privaten Instanzen und die Stärkung ihrer repräsentativen Organisationen zu verteidigen.¹⁹

Nebst weiteren, aufgrund ihrer kleineren Mitgliederzahl weniger mächtigen Gewerkschaftsorganisationen, wie beispielsweise jene der Minenarbeiter, ist der bereits erwähnte Nationale Rat der *Ayllus* und *Markas* des *Qullasuyu* (CONAMAQ) als eine weitere Grossorganisation zu nennen. Obwohl der CONAMAQ erst 1997 gegründet wurde, hat diese explizit ethnische Organisation des Hochlandes immer mehr an Bedeutung und transnationaler Unterstützung gewonnen. Besonders spannend wird sein, zu beobachten, wie weit sie in Zukunft die Legitimation der CSUTCB als Repräsentantin der Indigenen des Hochlands einzuschränken vermag.

Die Komplexität der Geschichte hat dazu geführt, dass sich in Bolivien sehr unterschiedliche lokale Situationen bezüglich der sozialen, politischen und institutionellen Organisation, der Identität, der produktiven Aktivitäten und der Art des Landbesitzes entwickelt haben. Die TCOs wurden zuerst als eine Möglichkeit der Legalisierung indigener Territorien ausschliesslich für das Tiefland beurteilt. Die TCO-Forderung in Nor Lipez war eine der ersten im bolivianischen Hochland, und weil sie von einer Gewerkschaftsorganisation präsentiert wurde, sorgte sie für Verwirrung im ganzen Land. In diesem Sinne kann dieses TCO-Gesuch als ein Präzedenzfall mindestens auf nationaler Ebene betrachtet werden. Gleichzeitig zeichnet sich diese TCO als bis heute grösste geographisch zusammenhängende Territorialforderung Boliviens aus. Obwohl seither im Hochland unzählige, meist kleine TCOs gefordert wurden, scheint der Eindruck, dass die TCOs und der kollektive Landbesitz lediglich eine Option und Ziel der Indigenen des Tieflands seien, immer noch vorhanden zu sein. Diese offensichtlich uninformierte Meinung konnte ich sogar bei einer Mitarbeiterin der CIDOB in Santa Cruz feststellen, als ich ihr von meiner Forschungsabsicht in Nor Lipez erzählte.

3 Die Bedeutung des geforderten TCO-Titels

Ein weiteres zentrales Thema hinsichtlich des Verständnisses der aktuellen TCO-Forderung in Nor Lipez ist die Bedeutung des geforderten Territorialtitels. Wenn wir uns dieser Thematik zuwenden, müssen wir der Frage nachgehen, welches die Gründe für die Gesuchstellung sind, oder mit anderen Worten, weshalb die Schaffung eines legalisierten Indigenenterritoriums ein so wichtiges Anliegen der Bevölkerung und der Region ist. Es ist nicht allzu schwer, grundsätzliche Elemente aufzuzählen, welche für die Schaffung indigener Territorien argumentieren. Hier wären beispielsweise die Interessenkonflikte zwischen indigenen Völkern und transnationalen Konzernen zu nennen. Andererseits ist auch das Thema Naturschutz wichtig, wobei Fremdinteressen das indigene Habitat häufig ökologisch belasten und anderweitig vermehrt auf das traditionelle indigene Wissen über den Naturschutz hingewiesen wird und ihr eigenes Ressourcenmanagement folglich Teil des öffentlichen Interessens wird. Dies sind

¹⁹ ibd.

jedoch sehr grundsätzliche Argumente und im Fall Nor Lipez ist es aus verschiedenen Gründen nötig, die Frage nach der Bedeutung des geforderten Titels genauer zu analysieren. Wenn wir eine der grundlegendsten Publikationen zu indigenen Territorien in Bolivien, den *Atlas Territorios Indígenas en Bolivia* (Martínez Montaña 2000), konsultieren, könnten wir verleitet sein zu denken, dass in der Titulierung der TCO Nor Lipez keinerlei Probleme und Schwierigkeiten existieren. Es sollte dabei jedoch beachtet werden, dass die Karte, welche diese Hypothese nahelegt,²⁰ lediglich Ressourcenkonflikte illustriert und weitere mögliche Problematiken ausblendet. In einer früheren Publikation hält Ströbele-Gregor (1997b) fest, dass die indigenen Völker des bolivianischen Tieflands ihre Rolle gegenüber dem Staat anders verstehen als die Eingeborenen des Hochlands. Dabei argumentiert sie, das Habitat der Tieflandvölker befinde sich in ununterbrochener Bedrohung durch Fremdinteressen und könne in kurzer Zeit gravierend zerstört werden, wenn es nicht nachhaltig bewirtschaftet werde. Um ihr Territorium möglichst bald abzusichern, würden Indigene des Tieflands stärker mit dem Staat kooperieren. Die Eingeborenen des Hochlands hingegen vertrauen gemäss Ströbele-Gregor dem Staat kaum mehr, weil er ihnen in der Vergangenheit mehr geschadet als geholfen habe. Folglich würden sie den Staat stärker herausfordern, um die Politik aktiver von der Basis her zu beeinflussen oder zu definieren. Da das Argument von Ströbele-Gregor zwar darauf hindeutet, dass der Schutz indigener Territorien im Tiefland dringend sei, jedoch nicht bezüglich der Problematik der natürlichen Ressourcen und Zerstörung des Habitats im Hochland Stellung nimmt, bleibt unklar, wie wir die Bedeutung der Territorialtitel im Hochland einschätzen sollen: Besteht die Umweltzerstörung durch fremde Interessengruppen in Hochlandterritorien gar nicht? Oder ist diese Problematik weniger gross und die Situation des Habitats im Hochland weniger dringlich? Dies sind die Fragen, welche sich bei der Lektüre existierender Publikationen aufdrängen. Der Hauptgrund, weshalb wir die Bedeutung des TCO-Titels für Nor Lipez untersuchen müssen, ist der Mangel an Studien über indigene Rechte in den Täler- und Hochlandregionen.

3.1 Der historische Kampf um das Territorium in den Lipez²¹

Die Region der Lipez war lange Zeit eine sowohl ökonomisch und politisch, als auch akademisch vernachlässigte Region. Trotz dieses Informationsmangels sollte nicht davon ausgegangen werden, dass die 1999 präsentierte TCO-Forderung Resultat einer erstmaligen Mobilisierung sei. Vielmehr kann auch mit den wenigen vorhandenen Texten ein historischer

²⁰ Siehe Karte 1, Anhang 2.

²¹ Es wird von "den Lipez" gesprochen, weil das traditionelle Territorium diesen Namen trug. Heute weist nur noch die Existenz der Provinzen Nor Lipez und Sud Lipez auf diese Tatsache hin. Das ehemalige Territorium der Lipez umfasste jedoch ein grösseres Gebiet, welches heute in weitere Provinzen aufgeteilt ist.

Kampf um das Territorium in den LÍpez nachgezeichnet werden.²² Dieser Kampf gründet auf der Tatsache, dass die *Lipeños* seit vorkolonialer Zeit in ihrem Territorium leben.

Nach der Ankunft der Spanier wurde die Region mit ihren politischen Strukturen in den Kolonialstaat inkorporiert. Um ihren Territorialbesitz nicht zu verlieren, erstatteten die Gemeinschaften der damaligen Provinz Los LÍpez, von welcher die heutige Provinz Nor LÍpez nur einen Teil ausmacht, ihre Ländereien, indem sie rund 700 Kilogramm Gold und Silber zum Sitz des Vizekönigs in Lima transportierten. In der Folge wurde ihnen zuerst 1571 vom Vizekönig Francisco de Toledo, dann 1646 von der spanischen Krone ein Titel auf den Namen des *Cacique*²³ Pedro Lopa aus Colcha „K“ übertragen. Dieser Besitztitel erstreckte sich über die aktuellen Provinzen Nor und Sud LÍpez, Daniel Campos, Enrique Baldivieso und Teile von Antonio Quijarro und Nor Chichas, d.h. über ein viel grösseres Gebiet als die aktuell geforderte TCO.

Auch während der liberalen Politik, welche in Bolivien wie in anderen Staaten versuchte, die indigenen Territorien an Individualbesitzer zu verkaufen, konnte die Region an ihrem Gemeinschaftsland festhalten. Es existieren Zeugnisse über einen Bauern aus der Region, welcher bis auf nationaler Ebene um die Besitzrechte in Nor LÍpez kämpfte und bis zu seinem Tod erfolgreich war. Francisco Quisbert Salinas, selber ein ehemaliger Gewerkschaftsführer aus der Region, veröffentlichte die biografischen Daten über diesen Bauern namens Santos Vaca Ticona 2001 in einem Buch über die Emanzipierungsbemühungen der *Lipeños*. Vaca Ticona wurde 1892 geboren und kämpfte in den Jahren 1932, 1938, 1945, 1949, 1954 und 1955 um die Bestätigung des Landtitels der Region durch die Regierung des unabhängigen Boliviens, bis er 1956 an Tuberkulose erkrankte und ein Jahr später starb. Interessanterweise reiste Vaca Ticona 1955 nochmals wegen des Landtitels nach La Paz, obwohl der Territorialtitel der *Lipeños* 1950 zu Protokoll genommen worden war. Auch wenn wir den genauen Grund dieser letzten Reise nicht kennen, ist anzunehmen, dass er sich aufgrund der 1953 gestarteten Agrarreform nach La Paz begab: Um den Kolonialtitel auch unter der neuen Gesetzgebung der Agrarreform aufrechtzuerhalten, wäre es sinnvoll gewesen, eine erneute Bestätigung einzufordern. Doch Vaca Ticona starb kurz darauf, und wahrscheinlich weil die Agrarreform nie bis in die Region LÍpez gelang, bemühte sich nach seinem Tod niemand mehr um die Sicherung der Landrechte in diesem Gebiet. Erst ab den 1980er Jahren, als Francisco Quisbert Salinas leitend in der Regionalen Föderation der Bauern des südlichen Hochlands (FRUTCAS) wirkte, manifestierte sich das Interesse der Region an der Verteidigung der Territorialrechte und ein politisches Bewusstsein der *Lipeños* wieder in mehreren Aspekten: Erstens wurde der Kampf um die Anerkennung des Territorialtitels fortgesetzt, zweitens war damit der Protest gegen eine Landsteuer verbunden, drittens organisierten sich die Bauern der

²² Die Information über den historischen Kampf um das Territorium der LÍpez ist dank den Bemühungen von Francisco Quisbert Salinas, einem ehemaligen Gewerkschaftsbeamten aus Nor LÍpez, vorhanden. Er sammelte Zeugnisse und Informationen einmal zusammen mit Expectación Huanca Bautista und ein anderes Mal mit Natalio Víctor Ragonese und machte sie in zwei Publikationen zugänglich (Quisbert Salinas und Huanca Bautista 2001, Ragonese und Quisbert Salinas 2005).

²³ Der *Cacique* ist eine von den Spaniern eingeführte Autorität.

Region ökonomisch und politisch, um die Preise der Quinoa-Produktion²⁴ zu kontrollieren und die Interessen ihrer Gemeinschaften zu erreichen, und viertens organisierten sie so auch mehrere Blockaden zur Verteidigung der Umwelt und insbesondere der natürlichen Ressourcen.

1986 begann die FRUTCAS mit der Suche nach dem kolonialen Dokument, welches die Ländereien der Region titulierte. Der Sohn Vaca Ticonas wies sie darauf hin, dass dieses bei einer indigenen Autorität im Dorf San Agustín zu finden sei. Erst durch das Studium dieses Dokuments stellte die FRUTCAS fest, dass ein Teil des historischen Territoriums heute zu Argentinien gehört. Als nächster Schritt reiste Francisco Quisbert nach Potosí, um zu überprüfen, ob der Territorialtitel tatsächlich 1950 zu Protokoll genommen worden war. Er kehrte mit einer Bestätigung und der Empfehlung zurück, den Titel gemäss den Regeln der Agrarreform im Kataster eintragen zu lassen, damit er juristisch abgesichert sei. Diese Legalisierung hätte jeden Bewohner der Region 30 Bolivianos gekostet, weshalb dieser Dienstweg ausser Betracht stand. Im selben Jahr erarbeitete die bolivianische Regierung einen Entwurf für ein neues Agrargesetz. Die CSUTCB betrachtete diesen Entwurf jedoch als Fortführung der Landvermarktung und präsentierte einen Gegenvorschlag. Dies führte dazu, dass die Regierung umgehend ein neues Gesetz entwarf, welches wie schon erwähnt 1996 verabschiedet wurde. Im selben Jahr marschierten die *Lipeños* mit der Forderung nach „Land, Territorium, Würde und politische Rechte“ bis nach La Paz. Das neue Agrargesetz eröffnete nun die Möglichkeit einer TCO-Forderung, welche die Gewerkschaftszentrale von Nor Lipez anfangs 1999 einreichte.

Ihre Territorialrechte verteidigten die *Lipeños* auch mit der Verwerfung der zu unrecht geforderten Landsteuer. Obwohl diese mit den Dekreten 21060 und 843 abgeschaffen wurde, versuchte der Präfekt von Potosí Francisco Quisbert zu überzeugen, dass die Gemeinden ihren Beitrag weiterhin leisten müssten. Da diese jedoch den dafür versprochenen Nutzen nie erhielten, erklärte die FRUTCAS, die *Lipeños* würden diese Steuern nicht mehr an die Präfektur richten. Vielmehr wurde in der Region beschlossen, dass zwar weiterhin eine Landsteuer bestehen, diese aber an die eigenen regionalen Autoritäten bezahlt werden und so zum Nutzen der Gemeinschaften verwendet werden solle.

Ein weiteres Symptom der wiedergekehrten Bemühungen um das Territorium und die Rechte der *Lipeños* war die ökonomische und politische Organisation zur Kontrolle der Quinoapreise und der Interessen der Basis. Auch in diesem Bereich spielte Francisco Quisbert eine wichtige Rolle, da er 1982 die erste Ausfuhr von Quinoa nach Peru organisierte und später durch die Schaffung der provinziellen Gesellschaft der Quinoaproduzenten (SOPROQUI) und deren nationaler Vereinigung (ANAPQUI) um ihre Konkurrenzfähigkeit und die Abschaffung von Zwischenhändlern kämpfte. Nach diesem ökonomischen Organisationsprozess schritten die

²⁴ Quinoa gehört zur Familie der Fuchsschwanzgewächse und wird vorwiegend im Hochland Perus und Boliviens sowie in geringerem Ausmass in Ecuador angebaut. Die senfkorngrossen Samen haben eine getreideähnliche Zusammensetzung und gelten seit 6000 Jahren als ein Hauptnahrungsmittel in den genannten Regionen.

Lipeños zur Gründung ihres eigenen politischen Instruments, da sie sich von den Kandidaten der konkurrierenden linken Parteien nicht repräsentiert fühlten. Diese durch die FRUTCAS artikulierte Forderung führte dazu, dass die CSUTCB 1987 die Konsolidierung einer eigenen Arbeiterpartei vorschlug, welche ihre Politik bis auf nationale und internationale Ebene bringen sollte. Gemäss der FRUTCAS beschränkte sich das erklärte Ziel jedoch nicht darauf, die nationalen Präsidentschaftswahlen zu gewinnen. Darüber hinausgehend sollte sich eine (internationale) proletarische Revolution vollziehen, welche den Arbeitern die Übernahme der gesamten Macht, der Justiz, des Militärs, der Polizei, der Produktionszentren, der Banken und des Transportwesens ermöglichen sollte (Ragonese und Quisbert Salinas 2005: 91). Erst 1995 gegründet, spaltete sich dieses politische Instrument schon im darauffolgenden Jahr in zwei Lager. Das eine wurde von Alejo Véliz angeführt, war politisch näher bei der Regierungspartei und wird von Ragonese und Quisbert Salinas als antidemokratisch bezeichnet. Das andere Lager mit Evo Morales und seiner Bewegung zum Sozialismus (MAS) wurde fortan von den Arbeitern als repräsentativer beurteilt. Ragonese und Quisbert Salinas konnten zum Zeitpunkt ihrer Publikation noch nicht wissen, dass Morales mit seiner Partei Ende 2005 tatsächlich die nationalen Wahlen gewinnen und bis heute diverse sozialistische Reformen durchführen würde.

Als letzter Aspekt der Rückkehr des politischen und territorialen Bewusstseins sollten die zunehmenden Blockaden zur Verteidigung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen genannt sein. Die erste Blockade der Eisenbahnlinie ENFE im Jahr 1985 wurde noch nicht im Licht der Territorialforderung durchgeführt, brachte den Bauern aber eine Ambulanz und Traktore sowie ein Dekret, welches den Bau einer Strasse von Uyuni nach Julaca versprach. Die zweite Blockade der Eisenbahnlinie neun Jahre später wurde hingegen zum Schutz der Umwelt organisiert, da ein Zug mit toxischem Material eintreffen sollte, welches zur Endlagerung in der Region vorgesehen war. Nach einer vier Tage anhaltenden Blockade konnte der sogenannte „Geisterzug“ aus der Region verbannt werden. Der wohl bekannteste Protest der *Lipeños* steht jedoch für die anfangs der 1980er Jahren eingeleitete Verteidigung der Salzebene von Uyuni. Der erste Erfolg der lokalen Bauern in diesem Bereich war die Ablehnung des Konzessionsvertrags mit der transnationalen LITHCO. Dieser Konflikt wird jedoch weiter unten detaillierter dargestellt.

3.2 Ansiedlungsbemühungen in der Region

Ein weiteres Problem, welches auf die Bedeutung des geforderten TCO-Titels verweist, ist nach Paulino Colque²⁵ die Bemühung der Präfektur von Potosí, die Bevölkerungszahl in der Region durch Ansiedlung zu erhöhen. Gegenwärtig ist die demografische Dichte im südlichen Hochland Boliviens sehr tief: Gemäss Daten des Zentrums INTI bemisst sie sich im ehemali-

²⁵ Mein Hauptinformant. Generalsekretär der Bauerngewerkschaft, welche das TCO-Gesuch einreichte und Hauptbeauftragter der Region in der Zusammenarbeit mit dem Nationalen Institut für Agrarreform (INRA) im Prozess der Sanierung und Titulierung der TCO.

gen Territorium der LÍpez gerade einmal auf 0.43 Bewohner pro km².²⁶ Folglich wäre es möglich, dass die Regierung, so wie sie auch die Kolonisierung des Tieflandes aktiv fördert, bewusst Siedler in die Region LÍpez entsendet. Einerseits ist das südliche *Altiplano* ein von Wüsten und salzigen Böden geprägtes Gebiet, weshalb die landwirtschaftliche Produktion nur in geringem Masse möglich ist, andererseits verfügt die Region auch über ökonomische Potentiale: Mineralien wie Lithium, Borax, Schwefel und Kalk, Salz in grossen Mengen, Kameltiere, Quinoa und dank der spektakulären Landschaft mit von Flamingos besuchten farbigen Lagunen, Geisern, Salzebenen und Steinformationen birgt auch der Tourismus ein gegenwärtiges und zukünftiges Potential. Paulino Colque weist darauf hin, dass die Regierung der 1990 Jahre zunehmend daran interessiert war, die Ressourcen auszubeuten und die ökonomischen Potentiale zu fördern. Dennoch sind die Ansiedlungsbemühungen in Nor LÍpez nicht mehr eine allzu grosse Gefahr, da die TCO-Forderung das INRA verpflichtete, das geforderte Gebiet zu immobilisieren. Colque betont jedoch auch, dass sie heute Knechte ihres eigenen Landes sein könnten, wenn sie die TCO nicht eingefordert hätten.

Leider verfüge ich nicht über mehr Informationen zu dieser Problematik, es wäre jedoch interessant, dieses Thema weiter zu untersuchen, beispielsweise mittels Interviews in der Präfektur von Potosí. Jedenfalls lässt sich sagen, dass es bis heute keine grossen Besiedlungswellen in Nor LÍpez gab, da auch der den Gemeinschaften fremde individuelle Landbesitz bis auf einige Ausnahmen in der Region nicht existiert.

3.3 Konflikte um natürliche Ressourcen

Um die Bedeutung des TCO-Titels in Bezug auf Ressourcenkonflikte besser zu verstehen, werde ich im Folgenden die zwei grossen in Nor LÍpez herrschenden Konflikte darstellen. Der erste betrifft die Salzebene von Uyuni, von dessen Gesamtfläche sich ca. 20% innerhalb des geforderten Territoriums befinden. Der zweite Konflikt ist jünger und hat seinen Kern in San Cristóbal, einem der 52 Dörfer des Territoriums. Dabei handelt es sich um ein riesiges Bergbauprojekt, welches auch umliegende Dörfer betrifft.

3.3.1 Der Konflikt um den Salar de Uyuni

Im südlichen Hochland Boliviens befinden sich zahlreiche Salzebenen, von denen die grösste und bedeutendste der auf 3663 m.ü.M. gelegene Salar von Uyuni ist. Die Extraktion seines Salzes diente traditionell als wichtige wirtschaftliche Einnahmequelle der *Lipeños*. Der vor langer Zeit abgesickerte See hinterliess in dieser Region eine gegenwärtig 10'500km² grosse und teilweise bis zu 12m tiefe Salzkruste. 1986 wurde der Salar de Uyuni per Dekret zum Teil eines grösseren Schutzgebietes erklärt.

Die angrenzenden Gemeinschaften arbeiten sowohl in der Trocken- wie auch in der Regenzeit traditionell in der Salzgewinnung. Gemeinden wie Colchani oder Río Grande leben bis heute

²⁶ Gemäss den Daten der TCO-Sanierung in Nor LÍpez entspricht die Bevölkerung dieser Provinz ebenfalls 0.43 Bewohnern pro km².

sogar hauptsächlich von dieser Arbeit. Während sich in Colchani die Arbeit auf die Salzgewinnung beschränkt, hat sich Río Grande 1990 als Gesellschaft organisiert, um die beiden nichtmetallischen Mineralien Borax und Ulexit abzubauen. So wuchs die Bevölkerung Río Grandes, welches zuvor beinahe ein Geisterdorf war, wieder an.



Bild 1: Der traditionelle Salzabbau durch lokale Gemeinschaften.

Demgegenüber existieren die Interessen transnationaler Unternehmen, welche die nichtmetallischen Mineralien der Salzebene, wie zukünftig insbesondere die Lithiumreserven, abbauen möchten. Die Ablehnung der transnationalen Lithium Corporation (LITHCO) 1989 war für die *Lipeños* eine historische Errungenschaft, für andere Interessengruppen hingegen ein Desaster. Das Ministerium für Bergbau und Metallindustrie sah damals Möglichkeiten, das Lithium zu kommerzialisieren, weshalb es mit der LITHCO einen Vertrag aushandelte. Die lokale Bevölkerung lehnte diesen Vertrag jedoch ab, weil er gemäss ihnen keinen Nutzen für die Region erbringen würde. So unternahmen sie verschiedene Aktionen wie die Produktion eines Films in Río Grande, die Bestätigung der Rechtskräftigkeit ihres Landtitels oder das Organisieren von Seminarien auf regionaler, departementaler und nationaler Ebene. Gleichzeitig gelang es ihnen, einen Delegierten im Direktorium des industriellen Komplexes der evaporitischen Ressourcen des Salar de Uyuni (CIRESU)²⁷ zu stellen, wodurch sie in dessen Entscheidungsfindung partizipierten. Es ist wichtig zu erwähnen, dass die Gemeinschaften nicht grundsätzlich gegen den Abbau der Mineralien der Salzebene waren, sondern den Vertrag wegen dessen Inhalt ablehnten. Ragonese und Quisbert (2005: 114-115) verweisen auf die Sektionen, in welchen erkennbar war, dass der Vertrag die Lithium Corporation of America favorisieren würde. So präsentierte FRUTCAS 1991 ihren eigenen Gegenvorschlag, wel-

²⁷ CIRESU wurde mittels des Gesetzes 719 geschaffen, um den bolivianischen Staat in der Verwaltung der natürlichen Ressourcen des Salar de Uyuni zu vertreten.

cher gegen eine Exklusivität der LITHCO und ein Joint Venture war, hingegen aber die Schaffung einer gemischten Unternehmung mit mehrheitlicher Beteiligung des Staates, eine Begrenzung des Abbaus auf die Randgebiete der Salzebene, eine Industrialisierung der Ressourcen anstelle des Exports halbausgearbeiteter Produkte und die Verhinderung des freien Zugangs zu Wasser und Rohstoffen wie Kalk oder Ton empfahl. Die LITHCO war aber nicht bereit, weiter mit den Gemeinden zu verhandeln und das Lithium-Projekt scheiterte. Bis heute werden die Ressourcen der Salzebene ausserhalb Boliviens oder zumindest der Region industrialisiert, weshalb sich die Funktion der lokalen Bevölkerung auf die Lieferung der Ressourcen beschränkt. Obwohl schon zur Zeit des Konflikts mit der LITHCO lokale Industrialisierungsprojekte existierten, wurde erst am 1. April 2008 die Schaffung eines Pilotprojekts zur Industrialisierung der Ressourcen des Salar de Uyuni per Dekret des Präsidenten Morales definiert. Nach der Meinung von Ökonomen und der Regierung existieren grosse Interessen seitens der globalen Autoindustrie an den Lithiumvorräten des Salar, was dem Land zukünftig ein grosses Einkommen bringen dürfte.

Im Jahr 2007 existierten im Salar de Uyuni, nebst diesem neuen Projekt, 68 Konzessionen an verschiedene Unternehmen. 46 dieser Konzessionen wurden während der letzten Amtsperiode von Hugo Bánzer (1997-2001) gesprochen, wobei 41 gegenwärtig als inaktiv gelten, vier haben ihre Arbeit abgeschlossen und nur gerade eine ist noch aktiv (*La Prensa* 16.09.2007). Angesichts dieser Situation forderte die MAS-Regierung eine effektive Kontrolle der Konzessionen und eine Annullierung derjenigen, die irregulär gesprochen wurden. Ein Beispiel einer bereits aberkannten Konzession ist jene der bolivianischen Firma Non Metallic S.A.

Die irregulären Konzessionen führen auch zum Thema des Ressourcendiebstahls, welcher offensichtlich bei der Grösse des Salar de Uyuni schwierig zu fahnden ist. Juan Domingo Gutiérrez, Oberste Instanz des Bürgerkomitees von Uyuni, weist darauf hin, dass ein solcher Diebstahl tatsächlich von Unternehmen und Einzelpersonen betrieben wird (*La Razón* 16.09.2007). Die zuständigen Behörden sehen sich aber mit einer schwierigen Aufgabe konfrontiert, wenn es um die Verhinderung solcher Plünderungen geht, und ob die Politik der MAS-Regierung diese Problematik besser kontrollieren wird, ist eine offene Frage.

Eine weitere Thematik, die uns die Bedeutung des TCO-Titels in Nor Lípez verdeutlicht, ist der Tourismus. In diesem Bereich konnte ich zwei Kritiken seitens der Gemeinden und ihrer Autoritäten identifizieren: die Verschmutzung der Salzebene und der Tourismus ohne Partizipation der Gemeinden. Beide lassen sich an den Salzhotels illustrieren, weshalb ich mich im Folgenden auf diese konzentriere.

In den letzten Jahren wurde der Salar de Uyuni zu einer der beliebtesten Reisedestinationen in Bolivien. Ich habe den Salar ebenfalls mit einer Reiseagentur besucht und eine Nacht im einzigen Salzhotel, welches sich zu jener Zeit noch auf der Salzebene befand, verbracht. Obwohl ich wusste, dass die lokale Bevölkerung die Betreibung dieses Hotels bekämpfte und als illegal bezeichnete, entschied ich, dort zu übernachten, um mit den Angestellten zu sprechen und Beobachtungen anzustellen. Das Hotel hiess „Playa Blanca“ und war in ungefähr einer Stunde Autofahrt vom Dorf Colchani am Rande der Salzfläche aus erreichbar. Es wurde bis auf eini-

ge wenige Teile ausschliesslich aus Salz konstruiert. Gemäss den zwei angestellten Praktikanten lebte der Besitzer in Uyuni und kam nur gelegentlich vorbei. Sie meinten, das Hotel existiere schätzungsweise 12 Jahre. Wie mir mein Fahrer erzählte, habe es zuvor auch ein zweites, von einem anderen Besitzer betriebenes Salzhotel auf der Salzebene gegeben. Es kamen aber lokale Proteste auf, weil jenes zweite Hotel sein Abwasser in den Salzboden ableitete. Da der Besitzer die geforderten Umweltauflagen nicht erfüllen wollte, musste er sein Hotel schliessen und die „Playa Blanca“ blieb als einziges Salzhotel auf dem Salar übrig. Mir schien das überirdische Abwassersystem dieses Salzhotels mit dem Abtransport der vollen Abwasserfässer eine gute Lösung zur Verhinderung der Verschmutzung des Salars zu sein. An den Aussenwänden des Hotels wurde zusätzlich in Spanisch und Englisch das Urinieren und das Zurücklassen von Abfällen verboten. Die Touristen, welche täglich einen Halt beim Hotel einlegten und in ihrer Mehrzahl ohne Übernachtung weiterreisten, mussten jedoch 5 Bolivianos für den Gebrauch der Toilette zahlen, was damals ca. 65 Dollar-Cents entsprach. Obwohl dies für ausländische Touristen nur ein symbolischer Betrag ist, beobachtete ich diverse Besucher, welche die Salzebene der Toilette vorzogen. Da die Besucher auch Abfälle unbekümmert hinterliessen, dürfte deutlich geworden sein, dass ein Verschmutzungspotential durch den Tourismus naheliegt. Die meisten Besucher, mit Ausnahme der Radfahrer und der Walking-Gruppen, überqueren die Salzebene in den Jeeps der Reiseunternehmer, welche durch Ölverlust, Abgase und Reifenabnutzung schwarze Spuren auf dem Salz hinterlassen. Das Argument der Verschmutzung durch die Reisenden ist ein Thema, welches die Gemeinden beunruhigt. Der Tourismus ist jedoch nicht der einzige Faktor, der den Salar verschmutzt. Der Salzabbau der Gemeinden, bei dem heute das Salz auf Lastwagen abtransportiert wird und der öffentliche Verkehr der Region, welcher über die Salzfläche führt, haben denselben Effekt. Paulino Colque war auch der Meinung, die Verschmutzung finde vorwiegend durch den Verkehr und weniger durch das Salzhotel statt. Er behauptete aber auch, dem Hotel sei bereits verboten worden, Gäste unterzubringen. Wie ich beobachten konnte, war dieser Entscheid entweder noch nicht in Kraft getreten oder er wurde ignoriert, da das „Playa Blanca“ weiterhin normal funktionierte und erst im April 2008 öffentlich von seiner Schliessung gesprochen wurde.



Bild 2: Das Salzhotel „Playa Blanca“ auf dem Salar de Uyuni.



Bild 3: das Abwassersystem des Salzhotels „Playa Blanca“.

Das grösste Problem bezüglich des Tourismus war für die lokale Bevölkerung gemäss Paulino Colque jedoch dessen damalige Funktionsweise, welche vor allem den meist nicht aus der Region kommenden Unternehmern, nicht aber den Gemeinden nützte. Viele Reiseagenturen, Restaurants und Hotels in Uyuni gehören Unternehmern aus anderen Landesteilen, welche vom zunehmenden Tourismus in der Region profitieren wollen. Besonders deutlich erkennbar ist dieser Boom an den vielen Hotels, welche an den Ufern der Salzebene gebaut werden. Meist handelt es sich dabei um grössere und luxuriösere Salzhoteles, mit welchen ein gutes Geschäft gemacht wird. Verständlicherweise beunruhigt dies die FRUTCAS, weil auf diese Weise das lokal verankerte Hotelgewerbe, welches nicht über so hohe Investitionssummen verfügt, fast verunmöglicht wird. Nach Paulino Colque bringen diese Unternehmen sogar ihre eigenen Arbeitskräfte mit, weshalb die lokale Bevölkerung nicht einmal partizipieren kann. In unserem Gespräch insistierte er, dass die sozialen Organisationen nicht gegen den Tourismus seien, sondern dass sie daraus ein gut organisiertes und von den Gemeinden geleitetes Geschäft machen wollten. Gleichzeitig ist sich die FRUTCAS aber bewusst, dass dieser Übergang zum kommunitären Tourismus nicht sehr schnell realisiert werden kann. Paulino Colque glaubte, der Konflikt mit den Unternehmen sei schwierig, die Gemeinderegierungen verfügten nicht über die Fähigkeit, diese Prozesse zu regulieren und es fehlte ihnen an Erfahrung in der Generierung und Investition von nötigen Ressourcen. Gemäss Ragonese und Quisbert (2005: 79) reorganisiert das zuständige Vizeministerium den Tourismus vertikal, d.h. ohne das Konsultierungsrecht der Gemeinschaften gemäss der ILO-Konvention 169 und die Forderungen der TCOs zu respektieren. Ihre Vision besteht darin, dass es entsprechend dem Plan für eine integrale regionale Entwicklung des Südwestens von Potosí (PDRISOP) eine zwischen allen in den Tourismus verwickelten Akteuren abgesprochene Reglementierung geben sollte (Op. cit: 79). Diese Autoren schlagen ebenfalls vor, dass eine Eintrittskarte für Touristen eingeführt und daraus erzielten Gewinne unter den Gemeindegemeinschaften verteilt werden sollten. Paulino Colque sprach ebenfalls vom PDRISOP, in dessen Rahmen die Gemeinden Entwicklungsprojekte erarbeiten können, wodurch sie innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre an eine nachhaltige kommunitäre Entwicklung anknüpfen wollen.

Nachdem ich die beiden Proteste der Gemeinden an der gegenwärtigen Funktionsweise des Tourismus dargelegt habe, wird deutlich, dass das einzige Salzhotel, welches 2007 auf dem Salar de Uyuni existierte, Objekt beider Kritiken war. Einerseits musste ein ähnliches Hotel zuvor geschlossen werden, weil es die Forderung des Umweltschutzes nicht erfüllte, und das „Playa Blanca“ wurde trotz seiner Bemühungen kritisiert, andererseits hat der Besitzer dieses verbleibenden Salzhoteles einen persönlichen Profit erzielt, welcher den Gemeinden keinen Nutzen erbrachte. Monate nach der Feldforschung für diese Studie meldete die Tageszeitung *El Potosí* am 4. Mai 2008, das letzte Salzhotel im Salar sei schliesslich doch von CIRESU geschlossen worden. Der Besitzer Teodoro Colque Choquevire wurde zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt, weil er sein Hotel auf der Basis eines gefälschten Dokuments errichtet habe. Wie dies bereits mit dem Hotel auf der Insel Incahuasi im Zentrum des Salars geschah, darf seither auch das „Playa Blanca“ keine Gäste mehr unterbringen, weil diese wirtschaftliche Aktivität in einem Schutzgebiet verboten ist. Gegenwärtig wurde jedoch noch nicht über die

zukünftige Nutzung des Hotels befunden. Gemäss zwei Vorschlägen könnte das Gebäude als Informationszentrum für Touristen oder als Museum dienen.

3.3.2 Der Konflikt um die Minenunternehmung in San Cristóbal

San Cristóbal ist die in der Vergangenheit sowie in der Gegenwart bekannteste der 52 Gemeinden der TCO Nor Lipez. Traditionell war sie das politische und rituelle Zentrum der ehemaligen Provinz der Lipez und heute operiert auf ihrem Grund eines der weltweit grössten Silber-, Blei- und Zink-Minenunternehmen. Seit Juli 2007 ist die Arbeit der Minera San Cristóbal S.A. (MSC) unter freiem Himmel in San Cristóbal im Gang. Gemäss Ascencio Lazo,²⁸ dem *Corregidor* von San Cristóbal im Jahr 2007, wurde das Dorf Ende des 16. Jahrhunderts gegründet und seither war seine Geschichte immer vom Bergbau geprägt. Die Silbervorkommen im Gebiet der MSC wurden bereits zu Beginn des 17. Jahrhunderts entdeckt (*Bolpress* 05.03.2007). Während der Republik wechselten sich unabhängige Minenunternehmen ab, bis 1999 eine Explorationsstudie bestätigte, dass in San Cristóbal eine der grössten und rentabelsten Silber- und Zinkminen errichtet werden könnte. Später mussten die gesetzlich verlangten Umweltstudien durchgeführt werden, damit das Projekt eine Umweltlizenz erhalten konnte. Der Bau des Projekts in San Cristóbal, welches bis zum Abschluss dieser Studie zu 65% der MSC als Teil der US-Unternehmung Apex Silver Mines Limited und zu 35% der japanischen Sumitomo Corporation gehörte, begann 2005. Damit sie täglich 350'000 Dollar Steuern generieren konnte, musste die Unternehmung die nötige Infrastruktur schaffen: eine elektrische Transmissionslinie von 180km, ein Lieferungssystem, eine Eisenbahnlinie zum Transport der Mineralien, der Zugang auf dem Landweg und einen ausschliesslich vom Unternehmen genutzten Flughafen. Die schwierigste Aufgabe war jedoch die Umsiedlung des Dorfes und insbesondere seiner Kirche aus dem 16. Jahrhundert an einen ca. 17km entfernten Ort. Das war nötig, weil der ehemalige Hauptort der Lipez auf den Mineralienvorkommen situiert war und folglich umgesiedelt werden musste. Dies war Teil der Verhandlungen zwischen der Gemeinde und dem Unternehmen und wird in der Folge diskutiert.²⁹

²⁸ Jedesmal, wenn ich Ascencio Lazo zitiere, stütze ich mich auf die im September 2007 in San Cristóbal geführten Interviews.

²⁹ Im Anhang 2 ist eine Karte der neuen Gemeinde San Cristóbal zu sehen (siehe Karte 3).



Bild 4: Die transnationale Minera San Cristóbal auf dem ursprünglichen Land der Gemeinde San Cristóbal.



Bild 5: Die rekonstruierte Kirche von San Cristóbal.



Bild 6: Kontrast zwischen dem wiederaufgegriffenen typischen Baustil und den Lager artigen Häusern der umgesiedelten Gemeinde von San Cristóbal.



Bild 7: 17 Uhr, die Minenarbeiter versammeln sich bei der *Plaza* zur Abreise in die Mine.

Um die Frage nach der Bedeutung des TCO-Titels bezüglich der Minera San Cristóbal zu beantworten, werde ich nun die verschiedenen Standpunkte zu den Vorteilen und Problemen dieses Bergbauprojekts darlegen. Diese wurden anhand einer Studie des Zentrums für die Förderung des Bergbaus (CEPROMIN), eines Artikels der Online-Zeitung *Bolpress*, zweier Berichte des Schweizerischen Arbeiterhilfswerkes, offizieller Dokumente des Unternehmens Apex Silver, im Dorf und in La Paz geführter Interviews und dokumentierter Informationen der Stiftung San Cristóbal (FSC) zusammengetragen. Um die verschiedenen Meinungen zu verstehen, werden sie in drei Phasen aufgeteilt: 1) die Verhandlungen zwischen der Gemeinde und dem Unternehmen, 2) die Inbetriebnahme des Projekts und die aktuelle Situation des Dorfes und 3) die langfristigen Effekte und die Zukunft des Dorfes.

Der Bericht von CEPROMIN (2004) nennt drei Themen, welche in den Verhandlungen seit anfangs 1998 diskutiert wurden: die Umsiedlung des Dorfes, die Enteignung des Kollektivlandes und die Gründung der Stiftung San Cristóbal (FSC). Obwohl CEPROMIN die Verhandlungen zwischen Gemeinden und Unternehmungen allgemein als asymmetrisch charakterisiert, betont es im Fall San Cristóbal, dass – im Gegensatz zu den negativen Erfahrungen grösserer Bergbaugemeinschaften – von Anfang an das ganze Dorf durch seine Autoritäten und Delegierten in den Prozess mit einbezogen wurde und es diesen gelang, das Unternehmen mittels strategischen Drucks dazu zu zwingen, ihre Forderungen ernst zu nehmen (Gómez Rocabado: 2004: 124). Nachdem der Umsiedlungsvertrag, welcher eher deskriptiv als kritisch thematisiert wird, unterzeichnet wurde, folgten die Verhandlungen über das vom Bergbauprojekt beanspruchte Gemeindeland. Dieses heikle Thema wurde von der Unternehmung als zweite Verhandlungsphase geplant, damit es zu einem Zeitpunkt behandelt wird, in welchem bereits ein Umsiedlungsabkommen erlangt wurde. Die dritte Verhandlungsphase thematisierte die Zukunft der Gemeinde. Aufgrund des seitens der Gemeinde geäusserten Wunsches nach einer Diversifizierung der Wirtschaft in der Region wurde 1998 die Stiftung San Cristóbal gegründet, mit dem Ziel, Projekte zur sozialen und kulturellen Entwicklung und zur Förderung der Bildung in der Gemeinde zu schaffen. In einem Punkt äussert sich der Bericht von CEPROMIN jedoch kritisch zu den Verhandlungen: die Gemeinde habe sich ausschliesslich auf den kurzfristigen Nutzen, wie beispielsweise neue Arbeitsmöglichkeiten, konzentriert. Langfristige Probleme, wie die Sicherung nachhaltiger Arbeitsentwicklung, wurden hingegen vernachlässigt und insbesondere das zentrale Thema der Umweltbelastung war nicht Teil der Verhandlungen.

Eine andere Quelle, die auf die Verhandlungen zwischen der Gemeinde San Cristóbal und der MSC Bezug nimmt, ist die Online-Zeitung *Bolpress* (05.03.2007, 19.07.2007 und 08.08.2007). Diese bezieht eine weitaus negativere Position, indem sie unter anderem betont, die MSC habe gemäss lokalen Zeugen die Bewohner überzeugt, dass die Verhandlungen ausschliesslich zwischen der Gemeinde und ihr stattfinden müssten. Andererseits hält diese Quelle fest, das Schlussabkommen sei unter der Drohung, das Unternehmen ziehe das Projekt zurück, falls die Gemeinde nicht unterzeichne, zustande gekommen.

Nebst diesen Sekundärquellen kann ich dank meiner eigenen Interviews ebenfalls den *Corregidor* und einen Lehrer der Schule von San Cristóbal zu den Verhandlungen zitieren. Beide äusserten sich positiv zu diesem Thema, wobei der Lehrer meinte, ein konstanter Dialog sei mit der Gemeinde aufrechterhalten worden. Der *Corregidor* betonte, die Verhandlungen und die Beziehungen zur Unternehmung seien bis heute zu ca. 80% positiv. Die Verhandlungen hätten lediglich zwischen den betroffenen Gemeinden und der MSC stattgefunden, weil sonst niemand Interesse daran gezeigt habe. Er erzählte weiter, dass man sich schliesslich glücklicherweise für die Gründung einer Stiftung zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung entschieden habe, obwohl sich zu Beginn einige Dorfbewohner für eine Entschädigungszahlung aussprachen. Positiv sei auch, dass das Projekt die Bewohner der Gemeinde zumindest für diejenige Arbeit, welche sie mit ihrem geringen Bildungsniveau in der Mine verrichten können, bevorzugen würde.

Bezüglich der Realisierung des Bergbauprojekts und der aktuellen Situation der Gemeinde San Cristóbal äussert sich der Bericht von CEPROMIN ziemlich kritisch. Obwohl das Dokument die von der FSC bis 2002 entwickelten Projekte im Bereich der Lasttransporte sowie das Solarzelt, das Hotel, das Landwirtschafts- und Viehzuchtprojekt, die Ausbildung der lokalen Bevölkerung zur Realisierung der Projekte und den Tourismusplan nennt, spricht es dennoch von einem Klima der Frustration und der Unzufriedenheit in der Bevölkerung über den lediglich vorübergehenden und sporadischen Charakter des ökonomischen Wohlstandes, der Arbeitsplätze und über die Verzögerung der operativen Tätigkeit des Minenprojekts.

Auch *Bolpress* (05.03.2007) vertritt eine kritische Position und nennt als positive Punkte nur das Abwassersystem und das gelegentliche Licht in den vom Minenprojekt betroffenen Dörfern. Die Hauptpunkte der Kritik von *Bolpress* sind: die Umsiedlung des Dorfes an einen unwirtschaftlichen Ort; der mangelnde Respekt des kulturellen Werts gewisser Symbole, welche ins neue Dorf transportiert wurden oder durch neue fremde Wahrzeichen ersetzt wurden; die Prekarität der neuen Wohnungen; dass der neue Flughafen lediglich dem Transport der Beamten des Unternehmens dient; dass San Cristóbal und Culpina „K“ zu Unterkünften der Minenangestellten geworden sind, da der Tourismus nach dem Empfinden der Familien nicht zugekommen hat; dass sich Villa Alota und Vila Vila in Geisterdörfer verwandelt haben; dass der Internet- und Telefondienst auf weite Distanzen für die lokale Bevölkerung zu teuer sind; dass neue Arbeitskräfte trotz der versprochenen Privilegierung der lokalen Bevölkerung bei der Anstellung aus Chile, Santa Cruz und Tarija kämen; dass die Bevölkerung der Gemeinde San Cristóbal enorm angewachsen ist und die angestammte Bevölkerung sich darüber beklagt, dass sich die neuen Bewohner lediglich für die Arbeit interessierten; dass die Bauern Probleme haben mit dem Wechsel von fruchtbaren Böden und von Weiden; dass die Tiere sich nicht an die neuen Weiden gewöhnen konnten; dass es an Wasser mangelt und die Schule nicht über die nötige Infrastruktur verfügt.

In den Dokumenten der Minenunternehmung Apex Silver Mines Limited wird hingegen eine ausschliesslich positive und optimistische Position vertreten. Ihre soziale Verpflichtung, das „Modell von San Cristóbal“, habe einen neuen Standard für die gesamte Industrie des Berg-

baus geschaffen, wonach sich die Firma schon vor der Inbetriebnahme zur Unterstützung einer nachhaltigen lokalen Entwicklung verpflichtete. Bezüglich dieser Behauptung kann sich das Unternehmen immerhin auf ein von der lateinamerikanischen Stelle für Bergbau (OLAMI) verliehenes Diplom stützen.

Ich konnte vor Ort vielseitigere Meinungen sammeln. So nahm beispielsweise die Betreiberin des Restaurants San Cristóbal die gegenwärtige Situation des Dorfes als eindeutig negativ wahr. Seit sie vor etwa drei Jahren aus Chile zurückgekehrt ist, lebt sie mit ihrem Ehemann, ihrer Tochter und ihrem 18 Monate alten Sohn wieder in ihrer Heimat San Cristóbal. Die Familie verdient ihr Geld im kleinen Restaurant, aber eine Rückkehr nach Chile sei möglich, da der Ehemann als Chilene in der Mine keine Arbeit finden konnte. Anders als die Restaurantbetreiberin, der das frühere Dorf besser gefiel, weil es in den Häusern wärmer gewesen war und mehr Licht hinein gelangte, meinte ein ungefähr 60 jähriger Minenarbeiter, er ziehe das neue Dorf vor. Trotz gewisser anfänglicher Unannehmlichkeiten schätze er nun, dass er viel einfacher nach Uyuni gelange, über Elektrizität verfüge und es keine Probleme in der Beziehung zwischen den Dorfbewohnern und der Minenunternehmung gebe. Leider würden aber die Jugendlichen zu wenig an ihre Ausbildung denken, was eigentlich wichtig wäre, da es nicht ewig Arbeit in der Mine geben werde. Der *Corregidor*, wie wir schon sahen, sprach von einer guten Beziehung zur Unternehmung, und die Bewohner verfügen seiner Meinung nach über eine machtvolle Position, wobei sie mit Hilfe des Präsidenten Morales die Mine sogar schliessen könnten, falls dies ihr Wunsch wäre. Gleichzeitig fürchtete er jedoch das sozialistische Projekt der Regierung, da die Verstaatlichung der Minen die Transnationale vertreiben könnte und das Einfordern höherer Steuern wohl schliesslich zu einer reduzierten Hilfe des Unternehmens für die Dörfer führen dürfte.

Der dritte Aspekt, den wir hier analysieren, ist die Zukunft des Dorfes und die Langzeiteffekte des Bergbauprojekts. Die Position des Berichtes von CEPROMIN, welche insbesondere die mangelnde Thematisierung der Schäden an der Umwelt während der Verhandlungen betont, kennen wir bereits. Eine kaum optimistische Zukunft prognostiziert auch *Bolpress*. Die Zeitung kritisiert die umweltschädliche Bergbaumethode unter freiem Himmel, welche in den Industrieländern verboten sei und unweigerlich zum Verschwinden des Dorfes San Cristóbal führen werde.

Anders äussert sich Apex Silver bezüglich eines möglichen Zukunftsszenarios des Dorfes. Die Unternehmung betont ihre anhaltenden sozialen Bemühungen und die Tatsache, dass ihre Tätigkeit über die erforderliche Umweltlizenz verfüge. Zudem habe sie sowohl ein Umweltaktionsplan als auch ein Schliessungsprogramm erarbeitet, welche die negativen Auswirkungen des Bergbauprojekts abschwächen sollten. Das Dorf San Cristóbal habe ausserdem bereits starke Wurzeln am neuen Ort geschlagen und die weiteren betroffenen Dörfer hätten ein Wachstum genossen und verfügten über nachhaltige und unabhängige wirtschaftliche Initiativen.

Das Informationsmaterial der FSC argumentiert hingegen, dass es noch viel zu tun gebe, um eine nachhaltige Wirtschaft im Dorf zu etablieren. Dazu werde vorwiegend in vier Projekten gearbeitet: 1) im Landwirtschafts- und Viehzuchtbereich, 2) im Personentransport, 3) im Tourismus und 4) im Gütertransport. Um die starke Abhängigkeit von der Landwirtschaft und der Viehzucht, welche am neuen Ort ohnehin mit grossen Herausforderungen zu kämpfen hat, zu überwinden, soll die lokale Wirtschaft insbesondere mit der Tourismusförderung diversifiziert werden. Dies dürfte jedoch nicht allzu einfach sein, da ich zur Zeit der Feldforschung noch kaum einen funktionierenden Tourismus beobachten konnte. Der Anreiz, eine Reise durch das südliche Hochland bei einer der zahlreichen Reiseagenturen in Uyuni, Potosí oder La Paz zu buchen, ist wohl viel höher, als sich zu diesem Zweck im abgelegenen San Cristóbal an die FSC zu wenden. Ausserdem dürfte eine Tourismusedwicklung durch die Tatsache, dass dem Dorf gegenwärtig Arbeitskräfte für diesen Wirtschaftszweig fehlen, erschwert sein. Der *Corregidor* von San Cristóbal zeigte sich jedoch sowohl bezüglich des Tourismus als auch der Landwirtschaft und der Viehzucht optimistisch. Die Umweltproblematik will er zwar ernst nehmen, doch meinte er, eine übertriebene Kritik am Bergbauprojekt von ausserhalb des Dorfes wahrzunehmen, welche er als Eifersuchsreaktion beurteilte. Über frühere Fälle von Umweltverschmutzung in der Region habe sich niemand beklagt, im Fall von San Cristóbal würden nun alle aufschreien. Zudem hätten sich sogar schwer verschmutzte Böden erholt und seien heute grüner als je zuvor. Andererseits betonte der *Corregidor* aber auch, das Bergbaunternehmen müsse sich den Auswirkungen des Projekts auf die Umwelt stellen und falls diese nicht den Normen entspreche, werde die Bevölkerung Forderungen stellen.

Paulino Colque kritisierte diesbezüglich den grossen Verbrauch von Grundwasserreserven durch die Transnationale, was in einer derart wüstenartigen Gegend gewiss die Umwelt beeinträchtigen würde. Im Fall der Salzebene von Uyuni gelang es der Bevölkerung, sich zu organisieren und ein Staatsunternehmen zu etablieren, doch im Fall von San Cristóbal würden ihnen die technologischen Kenntnisse fehlen. Das Bergbauprojekt scheint ihm jedenfalls sowohl positive als auch negative Aspekte aufzuweisen. Was ihn besonders unzufrieden stimmte war die Tatsache, dass sich das Unternehmen mit seinen sozialen Bemühungen auf die durch Landenteignungen betroffenen Dörfer begrenze, während ihr Projekt die Umwelt der ganzen Region beeinträchtige.

Nachdem nun zahlreiche Standpunkte bezüglich der Nutzen und Problematiken der MSC dargelegt wurden, sind wir besser befähigt, die Bedeutung des TCO-Titels für Nor Lipez zu beurteilen. Aus einer kritischen Perspektive ist die Vorstellung, dass die Bewohner von San Cristóbal völlig verzweifelt sind, sich von der Transnationalen betrogen fühlen und dass die *Lipeños* ohne TCO-Titel ihre Interessen nicht verteidigen können, nicht haltbar. Obwohl derart negative Meinungen existierten, wurde auch deutlich, dass sich im selben Dorf sehr unterschiedliche Standpunkte finden lassen. Der *Corregidor* und der Lehrer äusserten im Interview, sie würden die TCO-Forderung unterstützen, meinten jedoch gleichzeitig, die positiven Erfahrungen aus den Verhandlungen mit der Transnationalen hätten gezeigt, dass das

Volk bereits genügend Machtmittel habe, um seine Interessen zu verteidigen. Gemäss dem *Corregidor* hat die Territorialforderung nichts mit der Mine zu tun. Da sich die Mine vollständig innerhalb des Territoriums befinde und folglich eine Angelegenheit der betroffenen Dörfer und nicht der ganzen Provinz sei, ist er der Meinung, der TCO-Titel hätte kaum etwas an den Verhandlungen mit der Transnationalen geändert. Vielmehr würde der Titel zu verhindern helfen, dass Fremde das Territorium der *Lipeños* einnehmen. Der Lehrer betonte, der Titel würde mehr Rechtssicherheit bringen, da die *Lipeños* gegenwärtig nicht legale Besitzer ihres Territoriums sind. Wenigstens seien aber die *Lipeños* einflussreicher und wachsamer als in anderen Regionen Boliviens, wo transnationale Unternehmen operieren könnten, ohne die lokale Bevölkerung zu konsultieren. Diesen Punkt bestätigte auch Paulino Colque, doch forderte er, die Bergbauunternehmung müsste endlich mit der ganzen Provinz Nor Lipez verhandeln und nicht nur mit den wenigen, direkt von der Landenteignung betroffenen Dörfern. Hierzu würde der TCO-Titel der CUPCONL bestimmt dienen.

4 Der Prozess der aktuellen TCO-Forderung

Um den Prozess der aktuellen TCO-Forderung zu verstehen, ist es nötig, sich an den im Reglement des Agrargesetzes Nr. 1715 aus dem Jahr 1996 definierten rechtlichen Schritten der Konstituierung von TCOs zu orientieren. Damit wir uns weder auf einen juristischen Blick auf die normative Ebene noch auf eine anthropologische Sicht auf die Bedeutung des TCO-Titels für Nor Lipez beschränken, drängt sich aus rechtsanthropologischer Perspektive eine Analyse der Rechtsumsetzung auf, welche die beiden Analyseebenen vereint. In diesem Sinn werden die einzelnen Schritte und Phasen bis zum heutigen Stand des Prozesses untersucht, wobei insbesondere auf die aufgetretenen Probleme geachtet werden soll.

Während der Kampf um das Territorium in Nor Lipez kein neues Ereignis ist, sondern bis in die Kolonialzeit zurückverfolgt werden kann, sollte auch beachtet werden, dass die aktuelle TCO-Forderung nicht mit der Gesuchseingabe begann, sondern an eine mehrjährige Vorbereitungsphase anknüpfte. Wenn wir nach den Gründen der aktuellen Forderung fragen, dient uns das vorangehende Kapitel als Ausgangspunkt, weil dort genau die Probleme besprochen wurden, welche in der Region wahrgenommen wurden und ausschlaggebend für die Gesuchstellung waren.

In den 1990er Jahren begann sich die Situation der Indigenen in Bolivien zumindest auf Verfassungs- und Gesetzesebene fundamental zu verändern. Die 1990 durch die Völker des Beni erkämpften Territorialrechte wurden 1994 in der Verfassung und 1996 im INRA-Gesetz verankert. 1994 wurde ausserdem die Möglichkeit etabliert, dass indigene Organisationen ihre juristische Person beantragen können. Dieses Szenario erklärt auch den von der Regionalen Föderation der Bauern des südlichen Hochlands (FRUTCAS) organisierten Marsch der *Lipeños* im Jahr 1996. Der daraus folgende zweiwöchige Protest in La Paz bewies, dass die Ver-

teidigung der Territorialrechte auch im Hochland ein wichtiges Thema ist. Ein weiterer Schritt in dieselbe Richtung war die Anerkennung der juristischen Person der Bauernzentrale der Provinz Nor LÍpez (CUPTCNL) durch den bolivianischen Präsidenten General Hugo Bánzer Suárez im August 1998. Dies zeigt, wie sich eine Gewerkschaftsorganisation im Rahmen der bolivianischen Gesetze als legale Repräsentantin der Bevölkerung von Nor LÍpez konstituierte, wodurch sie die Macht der staatlichen Autorität der Provinz, des Subpräfekten, zunehmend zu konkurrieren begann.

Mit der Anerkennung der juristischen Person erfüllte die CUPTCNL eines der Kriterien, um beim INRA eine TCO-Forderung einzureichen. Nötig war nun die Festlegung der genauen Grenzen des Territoriums, wobei beschlossen wurde, eine TCO in der Provinz Nor LÍpez einzufordern, da das ehemalige Territorium heute in diverse Provinzen aufgespaltet ist und sich nicht mehr alle Regionen für eine noch grössere TCO einsetzen wollten. Der Entscheid, ob sich alle Gemeinden der Provinz und eventuell noch weitere Dörfer in die TCO inkorporieren wollten, erforderte allerdings bereits einen besonderen Aufwand seitens der Autoritäten der CUPTCNL. Sie reisten mit ihren Fahrrädern in alle Dörfer, welche als potentielle Unterstützer der TCO-Forderung beurteilt wurden, um deren schriftliche Einwilligungen zusammenzutragen. Dies führte zum Ergebnis, dass ein aus 52 Gemeinden und kleinen Teilen der Nachbarprovinzen bestehendes Territorium in Form der grössten zusammenhängenden TCO des Landes gefordert werden sollte. Bezüglich des in der TCO-Forderung eingegliederten Teils der Salzebene von Uyuni erklärte mir Paulino Colque, der für die traditionelle produktive Tätigkeit gewisser Gemeinschaften der Region nötige Anteil sei geschätzt worden, weshalb die gerade Grenzlinie in diesem Gebiet nur als annähernd genau zu betrachten sei.

Unter den am 25. Februar 1999 beim INRA eingereichten Dokumenten zur Gesuchstellung ist die Liste der Privatbesitzer innerhalb des geforderten Territoriums interessant. Sie bietet Informationen über die lediglich fünf identifizierten Besitzer, wobei drei davon bereits 1991 und 1992 ihren Titel erlangt hatten, ein Titel sich noch auf dem Dienstweg befand und über einen Privatbesitzer jegliche Angaben fehlten. Das zentrale Dokument ist jedoch die Gesuchsschrift, die das Produkt einer interinstitutionellen Arbeit war, bei welcher die CUPTCNL und die Gemeinden auf die Unterstützung eines Anwaltes und von NROs wie des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks und „Sozialforschung und rechtliche Beratung Potosí“ (ISALP) zählen konnten. Die Einforderung eines TCO-Titels basiert in dieser Gesuchsschrift auf drei Argumenten: 1) einem historisch-politischen, 2) einem sozio-ökonomischen und 3) einem juristisch-legalen.

Das historisch-politische Argument legt die Geschichte des Kolonialtitels dar, welcher im Rahmen der Agrarreform von 1953 seinen legalen Wert verloren hat. Das sozio-ökonomische Argument hingegen bietet eine Fülle von Informationen über die Gesuch stellende Region.

Die Provinz Nor L pez sei 1885³⁰ gegründet worden und umfasse rund 10'000 Einwohner verteilt auf 52 Quechua-Dörfer. Die aktuelle Aufteilung in Provinzen würde jedoch nicht der Realität der Gemeinschaften entsprechen, welche ihre eigenen Grenzen aufrechterhielten. Im Jahr 1983 etablierten die Dörfer die Gewerkschaftsstruktur, um Zugang zur während der damaligen D rre benötigten Nahrungsmittelhilfe zu erhalten. So hat die Gewerkschaftsstruktur an Bedeutung gewonnen, während die *Ayllus* zunehmend geschwächt wurden. In Nor L pez basiert die Bauerngewerkschaft auf den Dorfsyndikaten, den acht Subzentralen und der Provinz-Zentrale CUPTCNL. Letztere wiederum gehört der Regionalen Föderation der Bauern des südlichen Hochlands (FRUTCAS) und der bolivianischen Konföderation der Bauerngewerkschaften (CSUTCB) an. Diesem Teil über die Organisationsstruktur folgt eine Darstellung der landwirtschaftlichen Tätigkeiten und der Viehzucht sowie der temporären Migration der lokalen Bevölkerung. Der letzte Teil des sozio-ökonomischen Arguments bezieht sich auf die gewohnheitsrechtlichen Normen, welche lokal zur Lösung interner Konflikte dienen und beinhaltet eine Liste der wichtigsten Bräuche. Im juristisch-legalen Bereich wird im Gesuch hauptsächlich mit der Existenz eines Kolonialtitels argumentiert. Ausserdem bezieht sich der Text auf verschiedene nationale und internationale Gesetzesgrundlagen,³¹ um den Anspruch auf eine Legalisierung der Territorialrechte in Nor L pez zu rechtfertigen. Nicht erwähnt werden im Gesuch die möglichen illegalen Landaneignungen und -besetzungen, welche häufig den Diskurs von indigenen Völkern zur Verteidigung ihrer Territorialrechte prägen. In einer Situation, wo die TCOs noch fast ausschliesslich im Tiefland eingefordert wurden, betrachteten es die Autoren der Gesuchsschrift anscheinend als nötig zu betonen, dass aufgrund der Allgemeingültigkeit der Gesetze diese Besitzform auch für das Hochland in Betracht gezogen werden müsse. Die legale Anerkennung der Territorialrechte in Nor L pez sei von Bedeutung, weil die lokale Bevölkerung damit ihre Rechte gegenüber den Bergbau- und Erdölunternehmen besser verteidigen könnte.

³⁰ Gemäss dem Vizeministerium für nachhaltige Entwicklung und Planung et al. (1999: 4) hingegen wurde die Provinz Nor L pez 1949 gegründet, ebenso die Nachbarprovinz Daniel Campos.

³¹ Folgende Grundlagen werden genannt: Art. 1 und 171 der Verfassung von 1994, Art. 3, 41 Absatz 5, 72 und fünfte Schlussbestimmung des Gesetzes 1715, Art. 91 Absatz b), 270, 271ff des Reglements des Gesetzes 1715, Gesetz über das Schiedsverfahren und die Schlichtung, Bergbaugesetz, Art. 13 und 15 der ILO-Konvention 169, ratifiziert und im Gesetz 1257 umgesetzt, die Resolution 48 / 163 des 21. Dezember 1993, durch welche die Generalversammlung der UNO das internationale Jahrzehnt der indigenen Völker der Erde verkündigte.



Bild 8: Das nationale INRA in La Paz.



Bild 9: Paulino Colque Muraña, Generalsekretär der CUPCONL und Hauptinformant.

Paulino Colque Muraña und Pascuala Huayta Llove, welche das Gesuch als offizielle Repräsentanten der CUPTCNL unterzeichneten, mussten nicht lange auf eine Antwort des INRA warten. Am 8. Februar 1999 war bereits der technische Bericht des INRA verfasst, welcher die geografische Lage des Territoriums, seine Provinzen, Provinzsektionen und Gemeinden, sowie 36 Koordinaten der vorgesehenen Grenzlinie spezifizierte. Die Fläche der TCO wurde auf 2'539'881ha geschätzt und es wurden folgende Überlagerungen der TCO mit anderen politisch-administrativen Strukturen festgestellt: a) 30% des Grenzgebiets mit der Republik Chile, b) 100% des urbanen Gebiets von Villa Martín / Colcha „K“ und c) 20% des Fiskal-Reservats der Salzebene von Uyuni. Aufgrund dieser Information empfiehlt der technische Bericht, dass die TCO-Forderung vom Direktor des INRA genehmigt werden sollte, was am 16. März 1999 schliesslich der Fall war. Zeitgleich beantragte letzterer beim Vizeministerium für indigene Angelegenheiten und Eingeborenenvölker (VAIPO)³² und beim Vizeministerium für nachhaltige Entwicklung und Planung die Erarbeitung einer Charakterisierungsstudie zur TCO Nor Lipez. Bevor diese sehr bedeutsame und aus anthropologischer Sicht besonders interessante Studie durchgeführt wurde, trat jedoch ein Grundsatzkonflikt zwischen den Provinzen Nor Lipez und Daniel Campos auf, welcher bis heute latent vorhanden ist. Am 27. Mai hatten die Autoritäten von Daniel Campos, nördliche Nachbarprovinz von Nor Lipez, beim INRA bereits Informationen über die beantragte TCO gefordert. Im Juni schliesslich folgte

³² Als ich 2007 die Forschung für die vorliegende Studie durchführte, war das VAIPO in Vizeministerium für Ländereien umgetauft.

die offizielle Bekundung der Ablehnung der TCO Nor Lipez seitens der Provinzialregierung von Daniel Campos. Der Grundstein dieses Konfliktes beruht auf der vorherrschenden Unklarheit über die Grenze zwischen den beiden Provinzen und der Existenz zweier Karten mit unterschiedlicher Grenzziehung: Gemäss einer Karte ist der ganze Salar de Uyuni Teil Daniel Campos', während die andere Version einen grossen Teil dieser Salzebene Nor Lipez zuschreibt. Aus den vorhandenen Dokumenten zu diesem Fall und einigen Interviews wird klar, dass dieser Konflikt bis heute ungelöst ist und die Grenzziehung nicht festgelegt wurde. Doch wie konnte sich diese Unklarheit über die rechtmässige Grenze ergeben? Laut den Autoritäten von Daniel Campos ist Folgendes passiert: Im Jahr 1949 wurde die Provinz Daniel Campos auf der Basis eines Gesetzes von 1924 gegründet, welches festschrieb, „dass die Gemeinden Llica und Tahua eine einzige Sektion bilden werden.“³³ 1961 wurde sodann die zweite Provinzsektion Daniel Campos' namens Tahua gegründet. Obwohl man über die Karte des IGM verfügt, worauf der ganze Salar der Provinz Daniel Campos einverleibt ist, erstellte nun die Kommission für territoriale Ordnung unilateral eine neue Karte, auf welcher ein grosser Teil des Salzsees als Teil von Nor Lipez erschien. Deshalb betonte das Bürgerkomitee von Daniel Campos, diese Kommission wolle ohne legale und historische Basis 50% seines Provinzterritoriums abtrennen, obwohl „in allen offiziellen Texten (Bücher, Zeitschriften, Folien etc.) die Provinz Daniel Campos immer so erscheine, wie es das geografisch-militärische Institut kartografiert hat.“³⁴ Auf dieser Grundlage manifestierte Daniel Campos, die CUPTCNL habe mittels ihrer TCO-Forderung versucht, „die historischen, legalen und kulturellen Gegebenheiten zu ignorieren, um ihr Provinzterritorium zu reduzieren.“³⁵ Deshalb befürchtete Daniel Campos eine „neue Absicht, die legitimen Rechte der Provinz“³⁶ aus sektiererischen und divisionistischen Interessen zu missachten und sprach sogar von einem „Genozid gegen seine Vorfahren.“³⁷ Diese Argumente führten schliesslich zur Ablehnung der TCO-Forderung in Nor Lipez seitens der Autoritäten von Daniel Campos.

Nun drängt sich die Frage auf, in welchem Ausmass dieser Konflikt ein Hindernis oder gar eine Gefahr für den Prozess der Konsolidierung der TCO war oder ist. Paulino Colque meinte diesbezüglich, der Einwand der Nachbarprovinz stelle kein grosses Problem dar, weil dabei lediglich einige Autoritäten von Daniel Campos die TCO mit der politisch-administrativen Struktur verwechselten. Sie hätten nicht verstanden, dass die TCO die interprovinzielle Grenze nicht verändern würde, sondern als indigenes Territorium mehrere politisch-administrative Einheiten umfassen könne, ohne dabei deren Grenzen zu beeinflussen:

³³ Dies ist die in einem von den Autoritäten von Daniel Campos am 22. Juli 1997 an den Vizepräsidenten der Republik gerichteten Brief geäusserte Position des Bürgerkomitees der Provinz D. Campos. In: Diverse Autoren (1998-2007: 383).

³⁴ Opus cit.

³⁵ Brief der Autoritäten Daniel Campos' vom 9. Juni 1999.

³⁶ Opus cit.

³⁷ Opus cit.

Die Kollegen von Daniel Campos, ich glaube nicht, dass es sich um alle Leute handelt, sondern es existiert eine hegemonisierte Idee ... Einige Autoritäten, einige Berufsleute, verwechseln die TCO mit der politisch-administrativen Struktur. Ich möchte mich nicht auf diese Diskussion über die politisch-administrativen Einheiten einlassen, dies ist nicht unsere Funktion, wir wollen uns nicht darauf einlassen. Leider hat es uns Probleme im ganzen Land geschaffen, nicht nur in unserem Fall. Sie sagen „die ganze Salzebene gehört uns“ ... Nicht wahr ... Aber mit dieser Forderung, mit dieser separatistischen Vision, sollen nur sie vom Salz profitieren. Wir sagen, „nein, teilen wir alles, denn es sind natürliche Ressourcen, von denen wir leben. Deshalb lasst uns die Salzebene weiter teilen! [...] Doch sie verstehen das nicht. Und das Thema der TCO haben sie leider nicht verstanden oder haben ihm nicht viel Bedeutung beigemessen, [...]“.³⁸

Das interessante an diesem Zitat ist, dass Paulino Colque die Vision der Autoritäten von Daniel Campos als separatistisch wahrnimmt, während diese die TCO-Forderung in Nor Lipez als sektiererisch und divisionistisch beurteilen. Dieses Paradoxon löst sich jedoch auf, wenn wir verstehen, dass die beiden Provinzen auf unterschiedlichen Ebenen argumentieren. Die Meinung Paulino Colques basiert auf dem Argument, dass eine TCO mehrere politisch-administrative Einheiten in ihrer Gesamtheit oder partiell umfassen kann, ohne dass dies zwingend zu einer Neuaushandlung der entsprechenden Staatsstrukturen führt. Daniel Campos fürchtete jedoch genau dies, nämlich dass der Streit um die Salzebene zur Abtrennung eines grossen Teils ihres Territoriums führen könnte. Paulino Colque liegt offensichtlich richtig, da die TCOs generell keine politisch-administrativen Einheiten sind. Gemäss ihm sei eine Änderung der Staatsstruktur auch nicht Ziel der TCO-Forderung. Wenn wir jedoch die im UPAs-Gesetz festgeschriebene Möglichkeit zur Etablierung neuer politisch-administrativer Einheiten und die in der neuen Verfassung geplanten Autonomien in Erwägung ziehen, scheinen die Befürchtungen von Daniel Campos nicht mehr so unbegründet. Vielmehr ist die Kompatibilisierung der existierenden Staatsstrukturen und der TCOs sogar ein Langzeitziel des Ministeriums für nachhaltige Entwicklung und Planung und des Vizeministeriums für strategische Planung und Volksbeteiligung.³⁹

Obwohl das INRA ankündigte, es werde die Position Daniel Campos‘ in der Resolution zur Bestimmung der zu sanierenden Gebiete beachten, wurde der Konflikt bis heute an keiner bedeutenden Stelle mehr erwähnt. Folglich kann auch nicht abschliessend beurteilt werden, ob die Position Daniel Campos‘ zu einer Reduktion der TCO-Fläche in Nor Lipez führen wird. Die Möglichkeit, dass der geforderte Teil der Salzebene schliesslich nicht zugunsten der TCO saniert würde, besteht weiterhin, doch ein derartiger Entscheid müsste sich auf andere Argumente als auf jene von Daniel Campos stützen, um über eine legale Basis zu verfügen.

Der nächste Schritt im Konstituierungsprozess der TCO war das Einreichen der Charakterisierungsstudie durch das VAIPO am 2. September 1999. Dieses Dokument ist aus anthropologischer Sicht das interessanteste des ganzen Prozesses. Die Studie wurde von einem sechsköpfigen multidisziplinären Team erarbeitet und basiert auf Informationen sowohl aus

³⁸ Paulino Colque in einem Interview von Ende September 2007.

³⁹ Siehe Kapitel 2.2.2.

der Feldforschung in sieben ausgewählten Gemeinden als auch aus der Analyse von Sekundärquellen. Aus den verschiedenen Kapiteln des Dokuments⁴⁰ sollen hier die interessantesten Informationen präsentiert werden.

Hinsichtlich der zentralen Frage, ob es sich bei der Bevölkerung in Nor Lipez um eine ethnische Gruppe handelt und folglich ob die Provinz ein Anrecht darauf hat, eine TCO einzufordern, beklagt die Studie den Mangel an existierenden Informationen über die Region. Es sei folglich schwierig, eine ethnische Identität⁴¹ der Gesuch stellenden Bevölkerung festzulegen (Vizeministerium für nachhaltige Entwicklung und Planung et al. 1999: 7). Einerseits wird Federico Aguilo zitiert, welcher behauptete, dass die Provinzen Nor und Sud Lipez eine Fülle von ethnischen Gruppen umfassen und dass uns die Toponymie der Region erlaube, zu erraten, dass es sich um einen Zweig der Urus handle, welche vermutlich von der Pazifikküste stammten und später durch die Aymaras und die Inka reduziert worden seien,⁴² andererseits wird darauf hingewiesen, dass sich die Bevölkerung selbst als Quechuas definiere. Bezüglich der kulturellen Wiederbekräftigung differenziert die Studie drei Pfeiler: rituell-festliche Aspekte, Musik und Tänze, sowie das Kunsthandwerk. Alle diese kulturellen Aspekte hätten bis heute aber nur in reduzierter Form überlebt. Die Zeremonien werden nicht mehr in Anwesenheit der gesamten Gemeinde, sondern nur noch im familiären Umfeld abgehalten. Einige Beispiele erhaltener Zeremonien sind der *K'oaca* oder die *Cha'lla* (ein Opfer an die *Pachamama*,⁴³ *Mallkus*⁴⁴ oder *Achachilas*⁴⁵), die *Q'uillpa* (ein Opfer an die *Pachamama* und das Beschmücken der Lamas mit Blumen), der *Chaupincho* (ein Ritual zur Beschwörung des Regens) und die Patronatsfeste (eine katholische Tradition, welche sich mit traditionellen Festen der Region vermischt hat). In gleicher Weise verschwanden auch Elemente der Musik und Tänze, die Keramikproduktion ist heute fast inexistent und die Kleidung wird meist in der Stadt gekauft.

Hinsichtlich der sozialen Organisation zeigt die Studie, dass drei verschiedene Autoritätssysteme koexistieren: die traditionellen Strukturen der Eingeborenen, das Staats- und das Ge-

⁴⁰ Das Dokument umfasst folgende Kapitel: a) Geografische Lage und physiografische Charakteristiken, b) Charakterisierung der Gesuch stellenden Bevölkerung (ethnische und kulturelle Aspekte und soziale und institutionelle Organisation), c) statistische Information, Bevölkerungszahl, d) historisches Profil der Bewohner von Nor Lipez (der historische Kampf um das Territorium, die Fragmentierung der *Ayllus* sowie traditionelle und aktuelle wirtschaftliche Tätigkeiten, e) natürliche Ressourcen und produktive Systeme, f) Schlussfolgerungen und Empfehlungen hinsichtlich der TCO-Forderung.

⁴¹ Die Charakterisierungsstudie spricht von der Ethnizität der *Lipeños*. Ethnizität wird dabei als etwas objektiv bestimmbares, eine Art ethnischer Charakter oder ethnische Identität verstanden. Einem solchen Gebrauch des Begriffs entgeht insbesondere dessen Dynamik und strategische Komponente. Deshalb wird hier nun hauptsächlich der Begriff der ethnischen Identität verwendet, wenn die Charakterisierungsstudie von der Ethnizität der *Lipeños* spricht.

⁴² Aguilo, Federico 1992: *Etnias Andinas de Bolivia*. Zitiert in: Vizeministerium für nachhaltige Entwicklung und Planung et al. (1999: 8).

⁴³ Deutsch: Mutter Erde.

⁴⁴ Traditionelle Autorität.

⁴⁵ Beschützende Geister.

werkschaftssystem. Die traditionellen Strukturen haben seit der Kolonialzeit einen langsamen Entstrukturierungsprozess erlitten. Ein Element, welches zu dieser Schwächung traditioneller Organisationsformen beigetragen hat, ist die Implementierung staatlicher Ämter. Ein deutliches Beispiel dafür sind die *Corregidores*, welche den traditionellen Autoritäten die Aufgabe der Eintreibung der Territorialsteuer abnahmen. Gemäss Tristán Platt⁴⁶ existierten im 19. Jahrhundert noch 16 *Ayllus* in der ehemaligen Provinz Lípez. Heute ist die höchste Autorität im Dorf der *Corregidor*. Die traditionellen Autoritäten hingegen seien weitgehend verschwunden, so dass der *Cacique Principal* nur noch in einigen Gemeinden wie San Cristóbal, Santiago „K“ und San Pedro de Quemmes existiere. Diese traditionelle Struktur umfasse heute noch ungefähr 50% des Provinzterritoriums oder 24⁴⁷ der 52 Gemeinden plus vier Gemeinden des Kantons San Cristóbal, in welchen sowohl Gewerkschafts- als auch *Ayllu*-Strukturen vorhanden seien. Gemäss den Autoren der Studie sei es allerdings unmöglich gewesen, die Jurisdiktionen der drei *Ayllus* der Region, welche einige Bewohner erwähnten, zu identifizieren.

Die Autoritäten und weitere *Cargos* werden mittels einer rotativen Demokratie gewählt, welche jeden Dorfbewohner verpflichtet, mindestens drei *Cargos* auszuüben. Nach der Revolution von 1952 wurde in der Provinz die Gewerkschaftsstruktur eingeführt, um das Land nach den Prinzipien der Agrarreform zu verteilen. Es war jedoch in diesem Gebiet nicht möglich, diese Massnahmen umzusetzen und die Gewerkschaften erlitten eine zunehmende Schwächung. Wie bereits erwähnt erlangte das Syndikat erst 1983 die Oberhand. Bis heute wurden die Dorfsyndikate in 28 der 52 Gemeinden, die sechs Subzentralen und die der FRUTCAS untergeordnete Provinzzentrale aufrechterhalten. Die Studie erwähnt auch die in der Region aktiven Institutionen: gegenwärtig sind nur das SAH und ISALP genannt, während in der Vergangenheit weitere Institutionen in diesem Gebiet tätig waren.

Im Rahmen des historischen Profils der Bewohner von Nor Lípez wird nochmals die Identität der *Lipeños* diskutiert. Mittels eines multidisziplinären Dokumentenvergleichs gelangen die Autoren der Charakterisierungsstudie zum Fazit, dass die ethnische Identität der *Lipeños* relativiert werden müsse, da die Identität in der Region mehr auf der Geografie und den produktiven Aktivitäten als auf Ethnizität gründe. Andererseits wird der Archäologe Axel E. Nielsen⁴⁸ zitiert, welcher argumentiere, die Leute würden sich stärker mit der lokalen politischen Einheit, das heisst mit ihrem Kanton oder ihrer Gemeinde, oder aber mit ihrer ökonomischen Tätigkeit identifizieren. Im Bereich des Landbesitzes schildert die Studie kurz den

⁴⁶ Platt, Tristán 1987: Calendarios tributarios e intervención mercantil. Relaciones estacionales entre los indios de Lípez en el siglo XIX. In: Revista Chungará, No. 19. Arica: Universidad de Tarapacá. Zitiert in: Vizeministerium für nachhaltige Entwicklung und Planung et al. (1999: 31).

⁴⁷ Dies sind die Gemeinden Agencha, Aguaqisa, Bella Vista, Calcha „K“, Colcha „K“, Copacabana, Julaca, Llavica, Malil, Mañica, Puerto Chuvica, San Juan, Santiago „K“, Santiago Chuvica, Serena Vinto, Tullcha, Villa Candelaria, Bella Flor, Chiguana, Kana, Pajancha, Pelcoya, Río Ladislao Cabrera und San Pedro de Quemmes.

⁴⁸ Nielsen, Axel E. 1998: Tendencias de larga duración en la ocupación humana del Altiplano de los Lípez (Potosí, Bolivia). In: Cremonte, B.: Sociedades locales y territorios. San Salvador de Jujuy: Universidad Nacional de Jujuy. Zitiert in: Vizeministerium für nachhaltige Entwicklung und Planung et al. (1999: 26).

historischen Kampf, wobei anerkannt wird, dass der Vizekönig Toledo 1561 den Indigenen der Provinz Nor Lipez einen Besitztitel und folgende Bestätigungen zugestand:

Die Inexistenz dieses Dokuments und anderer ähnlicher verwirft nicht die Möglichkeit, dass dieses Ereignis wahrhaftig ist, weil aufgrund der Existenz dieses Titels seit 1631 bis heute eine Reihe von Forderungen bezüglich des Gemeinschaftslandes gestellt wurde. Die Kontinuität dieser Forderungen ist nicht nur wegen der Tradition augenscheinlich, sondern reflektiert sich in der Protokollierungsakte vom 3. Februar 1950, welche 1986 anerkannt wurde. Die erwähnte Akte enthält verschiedene Dokumente, die das Landrecht der Bewohner der gegenwärtigen Provinz Nor Lipez beweisen.⁴⁹

Die Charakterisierungsstudie weist auch darauf hin, dass „eine historische Kontinuität und Erinnerung eines autonom organisierten Volkes, welches [...] seit langer Zeit im südlichen Hochland Boliviens lebt“,⁵⁰ existiert.

Ein weiteres Hauptthema der Studie stellt die Beschreibung traditioneller und aktueller Siedlungsformen und des ritualisierten Raumes dar. Dabei wird San Cristóbal nicht nur als politisches, administratives, rituelles und religiöses Zentrum von Lipez verstanden, sondern in der anthropomorphen Konzipierung des Territoriums auch als Finger eines nicht genauer identifizierten Wesens imaginiert. Weiter symbolisiert, laut Aussagen der lokalen Bevölkerung, der Berg Llip'i in der Gemeinde Río Grande das Herz und in der Gemeinde Santiago oder Colcha „K“ befindet sich der Kopf dieses transzendentalen Wesens. Hinsichtlich der aktuellen Siedlungsformen wird betont, dass die Gemeinden offene Grenzen aufweisen und sich in zwei Typen aufteilen lassen: einerseits die typisch andine Kernsiedlung der landwirtschaftlichen Zonen, in welchen die Parzellen weit ausserhalb der Kernsiedlung liegen, andererseits die diffuse Siedlung, welche dem westlichen System der Mutterstadt und den Satellitenstädten entspricht und charakteristisch für die Viehzuchtgebiete ist. Das Land gehört generell dem Kollektiv, doch es existieren kleinere Unterschiede zwischen den Regionen der Landwirtschaft und jener der Viehzucht. In ersteren verfügt der Bewohner über eine Parzelle, solange er auf dieser zu arbeiten wünscht. Lässt er sie brach liegen, kehrt sie nicht sofort an die Gemeinde zurück. Stirbt er, darf seine Familie die Parzelle übernehmen und nur wenn er definitiv aus der Region emigriert, kehrt die Parzelle an die Gemeinde zurück. In den Viehzuchtgebieten gehören die Weiden der Gemeinde und die Landwirtschaftsparzellen sind gemäss Gemeinschaftsrecht im Besitz der Familien, ohne dass das INRA dabei Rechtstitel zuspricht. Folglich kehren Parzellen bei Vernachlässigung nicht an die Gemeinde zurück und bei definitiver Migration darf der gemeinschaftsrechtliche „Besitzer“ das Landstück kostenlos an einen anderen Gemeindebewohner übertragen.⁵¹

Besonders bedeutsam für die TCO-Forderung in Nor Lipez ist, dass im ganzen Gebiet nur drei Individualbesitzer mit Titel, ein hängiges Titulierungsgesuch und ein Fall, von dem nur die Gesuchsnummer bekannt ist, identifiziert wurden. Ausserdem handelt es sich dabei um Land-

⁴⁹ Vizeministerium für nachhaltige Entwicklung und Planung et al. (1999: 29).

⁵⁰ Opus cit.: 30.

⁵¹ Opus cit.: 38.

besitzer aus der Region, welche ihre Aktivitäten in Übereinstimmung mit den lokalen Bräuchen ausüben.

Trotz der Fülle an weiteren Informationen, welche uns die Charakterisierungsstudie bietet, soll hier abschliessend nur noch auf die Schlussfolgerungen und Empfehlungen des Dokuments genauer eingegangen werden. Das wohl Bemerkenswerteste an der Studie ist, dass sie zwar kritisch gegenüber der ethnischen Identität der *Lipeños* und dem kollektiven Landtitel aus der Kolonialzeit ist, am Ende jedoch die Bevölkerung von Nor Lipez klar als Eingeborene mit einem historischen Anspruch auf ihr traditionelles Territorium beurteilt. Allerdings werden weitere Herausforderungen für den Konstituierungsprozess der TCO identifiziert, welche in die anschliessenden Folgerungen und Empfehlungen münden:

- Die Provinz Enrique Baldivieso sollte Teil der TCO sein. Diese Empfehlung bezweckt wohl, Grenzkonflikte mit Nachbarprovinzen zu verhindern.
- Der rechtliche Status der Salzebene von Uyuni als Fiskal-Reservat muss berücksichtigt werden. Diese Bemerkung wirft die Frage auf, ob es sich dabei um eine legale oder illegale Rechtsüberlagerung handelt.
- Bezüglich der Hauptstadt Colcha „K“ muss das spezielle Vorgehen für urbane Gebiete in Betrachtung gezogen werden, weil im städtischen Raum mit Individualbesitzern zu rechnen ist. Dieses Argument bleibt ein wenig fragwürdig, weil die Studie keine Individualtitel in Colcha „K“ auflistet.
- Die Titulierung der Salzebene von Uyuni dürfte von Nachbargebieten als Neudefinierung der Provinzialgrenze anstatt einer TCO-Grenze missverstanden werden. Dieses Argument spricht offensichtlich den oben analysierten Konflikt mit Daniel Campos an.
- Die gesuchstellende Organisation ist Teil der Bauerngewerkschaftsstruktur und stellt die dominante Autoritätsstruktur in Nor Lipez dar. In 28 der 52 Gemeinden existieren Syndikate, womit die Organisation gemäss den Autoren 50% des Territoriums und 54% der Gemeinden der TCO repräsentiert. Andererseits existieren auch noch drei *Caciques Principales* als Teil der traditionellen Organisationsformen. Diese repräsentieren ebenfalls 50% des Territoriums und 46% der Gemeinden der TCO. Bezüglich dieser Hinweise empfiehlt die Studie zwei Massnahmen: erstens, dass ein Prozess zur Definition einer Struktur, welche das Handeln aller Gemeinden der Provinz koordiniert, initiiert werden solle und zweitens, dass die juristische Person der CUPTCNL modifiziert werden müsse. Letzterer Vorschlag rührt offensichtlich daher, dass das INRA-Gesetz definiert, die TCO sei „das Habitat der indigenen und eingeborenen Völker und Gemeinschaften [...]“⁵² und für die Bauerngemeinschaften und *Ex-Haciendas* sei der einfache Gemeinbesitz vorgesehen, welcher zwar auch kollektiven Charakters ist, aber nicht die Konzeption des Territoriums und die damit verbundenen Indigenenrechte, wie sie in der ILO-Konvention 169 etabliert wurden, impliziert. Vor diesem Hintergrund weckt eine Gewerkschaftsorganisation mit dem

⁵² INRA-Gesetz Art. 41, § I, Abs. 5.

Namen „Bauernzentrale der Provinz Nor L pez“ natürlich den Eindruck, dass es sich bei der betreffenden Bevölkerung lediglich um Bauern und nicht um eine indigene oder eingeborene Gemeinschaft handle.

Interessanterweise gibt die Charakterisierungsstudie keine Empfehlungen bezüglich der Privatbesitzer ab, welche in der TCO leben. Während diese meist eine der grössten Problematiken in indigenen Territorien darstellen, wurde ihnen in Nor L pez nie grosse Beachtung geschenkt. Der Grund dafür liegt darin, dass private Landbesitzer in der Region praktisch inexistent sind. Die wenigen vorhandenen stammen tatsächlich aus der Region und haben sich entschieden, Teil des kollektiven TCO-Titels zu sein und auf ihre Individualtitel zu verzichten.⁵³

Als am 2. September 1999 die Charakterisierungsstudie abgeschlossen war, schickte Paulino Colque am 25. Oktober desselben Jahres einen Brief an den Direktor des INRA, in welchem er sich bemühte, die Legitimität seiner Organisation als repr sentatives Organ der Bevölkerung von Nor L pez zu verteidigen. Hinsichtlich der drei *Caciques Principales* betonte er, diese seien nicht mehr im Rahmen der *Ayllus*, sondern lediglich innerhalb ihrer Gemeinden tätig. Gemäss diesem Argument wäre es auch falsch zu behaupten, dass die traditionelle Organisationsstruktur 50% des Territoriums der TCO und 54% der Gemeinden umfasse. Ebenfalls verwirft er die Behauptung, die Gewerkschaftsstruktur repräsentiere nur 28 der 52 Gemeinden. Vielmehr seien Syndikate in 36 Dörfern vorhanden, wobei sie jedoch in acht dieser Gemeinden mit gewissen traditionellen Autoritäten koexistieren würden. Jedenfalls dominiere in Dörfern mit verschiedenen Autorit tsstrukturen die Gewerkschaft, und schliesslich seien, so Paulino Colque, alle 52 Dörfer der CUPTCNL angeschlossen. Diesbezüglich erzählte er mir in einem Interview, alle Bewohner der Provinz würden auf dem Land arbeiten und seien automatisch Gewerkschaftsmitglieder, ohne offiziell beitreten zu müssen. Ausserdem würden sich die Bewohner als Teil der Gewerkschaft fühlen, weshalb die Autoritäten aller Dörfer auch schriftlich zugestimmt hätten, dass die CUPTCNL als legitime Repräsentantin befugt sei, im Namen der Provinz ein TCO-Gesuch zu stellen. Abschliessend argumentierte er in seinem Brief, die Gesetze würden die ökonomischen, sozialen, territorialen und kulturellen Rechte der indigenen Völker Boliviens anerkennen, ohne dabei auf ihre Organisationsstruktur zu verweisen. Dies gründe auf der Tatsache, dass sich die Organisationsstrukturen indigener Völker und Bauerngemeinschaften verändert hätten und weiter verändern würden, ohne dass diese Gemeinschaften dadurch aufhören würden, indigene Völker zu sein.

Während die CUPTCNL noch auf eine Antwort seitens des INRA wartete, führten Paulino Colque und Pascuala Huayta den Prozess zur Berichtigung der juristischen Person ihrer Organisation fort. Dieser Prozess dauerte zwei Jahre, bis der bolivianische Präsident General Hugo B nzer Su rez am 21. Dezember 2001 die juristische Person der Zentrale der Eingeborenen-gemeinschaften der Provinz Nor L pez (CUPCONL) anerkannte. Dieser Schritt scheint aus anthropologischer Sicht besonders interessant, weil die gesuchstellende Organisation somit

⁵³ Information aus den Interviews mit Paulino Colque und Juan Quisbert Poma, Verantwortlicher des INRA im Bereich der Konstituierung von TCOs im *Altiplano*.

alle Zweifel darüber, ob sie Repräsentantin einer indigenen Gemeinschaft oder einer Bauerngemeinschaft sei, lediglich durch den Namenswechsel ihrer juristischen Person aus dem Weg räumte und somit definitiv als zur Forderung einer TCO berechtigt betrachtet werden musste. Dies dürfte den Verdacht erwecken, dass die ethnische Identität der *Lipeños* durch die Bauerngewerkschaft von oben herab verordnet wurde. Die lokale Bevölkerung beurteilt diesen Namenswechsel jedoch nicht als besonders bedeutungsvoll, da ihre Identität als Bauernklasse keineswegs die gleichzeitige Selbstdefinition als Eingeborenengemeinschaft verunmöglicht.

In den zwei Jahren zwischen der Beantragung und der Genehmigung der neuen juristischen Person verfasste das INRA einen weiteren technischen Bericht, einen juristischen Bericht und die *Resolución Determinativa de Área de Saneamiento de Tierras Comunitarias de Origen*. Der technische Bericht vom 4. Juni 2001 entspricht inhaltlich weitgehend dem ersten Bericht vom 8. März 1999, unterscheidet sich aber von letzterem durch einige neue Daten: die vom TCO-Titel profitierende Bevölkerung wird auf 11'041 festgelegt, die Lokalisierung nach politischer Einteilung umfasst jetzt alle Provinzen, Sektionen und Kantone, welche vollständig oder teilweise innerhalb der TCO sind,⁵⁴ die Nachbargebiete werden angegeben und die Information über rechtliche Überlappungen ist vollständiger. Diesbezüglich werden a) die Überlappung mit 30% des 50km-Grenzstreifens mit Chile und b) die Überlappung mit 16% des Fiskal-Reservats der Salzebene von Uyuni weiterhin genannt, c) die urbane Zone Colcha „K“ nicht mehr aufgeführt und d) neu Deckungen zu 13% mit Bergbaukonzessionen genannt. Der juristische Bericht vom 30. August 2001 resümierte lediglich die getätigten Schritte im Konsolidierungsprozess der TCO und forderte vom Direktor des INRA die Verabschiedung der *Resolución Determinativa*. Diese wurde noch am selben Datum erlassen und diente folgenden Zwecken: erstens wurde als zu sanierendes Gebiet eine Fläche von 2'540'151,2123ha mit einer durch die im technischen Bericht definierten Koordinaten bestimmten Grenzlinie festgelegt, zweitens wird der Direktor des departementalen INRA in Potosí beauftragt, den Sanierungsprozess auszuführen und mit den Gesuchstellern einen operativen Plan zu erarbeiten, und drittens wird das VAIPO dazu aufgefordert, die Studie zur Identifizierung der räumlichen Bedürfnisse (EINE)⁵⁵ für die CUPCONL zu erarbeiten.

Am 15. November 2001 wurde sodann der Sanierungsprozess mittels einer *Resolución Instructoria* initiiert. Um einen transparenten Prozess und die Partizipation aller Akteure zu garantieren, werden in dieser Phase alle Individualbesitzer und weitere Interessierte aufgefordert, sich zu präsentieren. Zudem wurde eine öffentliche Kampagne durchgeführt, welche im Fall von Nor Lípez zwischen dem 19. November und dem 3. Dezember 2001 über die nationalen und lokalen Medien sowie in Seminarien Informationen zum Nutzen der TCO verbreitete. Unmittelbar danach wurde die Feldarbeit gestartet, obwohl es zu diesem Zeitpunkt noch drei Wochen dauerte, bis die neue juristische Person der CUPCONL anerkannt wurde. Die technische Brigade des INRA begann ihre Arbeit im Südosten der TCO, exakt am

⁵⁴ Siehe Anhang 4.

⁵⁵ Zum EINE siehe Kapitel 2.2.1.

Grenzpunkt zwischen den Provinzen Nor LÍpez, Sud LÍpez und Baldívieso,⁵⁶ wo sich auch der Polygon 1 befindet.⁵⁷ Die eingeläutete Feldphase wurde fortan zu einem konfliktiven Prozess, in welchem mehrere Probleme auftraten. Während des Auftrags, das Territorium zu vermessen und die Grenzsteine zu setzen, war die technische Brigade gezwungen, an verschiedenen Orten Verhandlungstreffen abzuhalten, weil die lokale Bevölkerung die Grenzen zwischen den Gemeinden nicht definieren konnte oder sich darüber stritt. Trotz der mangelnden Kooperation und dem starken Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Brigade, gelang wenigstens die Festlegung von sechs Grenzsteinen. Wegen des Auftretens lokaler Konflikte über den genauen Grenzverlauf entschieden die 25 Gemeinden, die am 21. Juni 2002 beim ausserordentlichen Kongress von Nor LÍpez in Río Grande anwesend waren, dass die Feldarbeit eingestellt werden solle, bis die Gemeinden ihre interne Sanierung besiegelt hätten. Am 23. Juni kehrte die Brigade somit nach Potosí zurück und am folgenden Tag schickte Paulino Colque einen Brief an den Direktor des departementalen INRA in Potosí, worin er offiziell die Unterbrechung der Feldarbeiten beantragte. Diese Entscheidung wurde zusammen mit Informationen über den gesamten bisher abgewickelten Prozess in einem Bericht des INRA Potosí vom 27. Juni dokumentiert. So vergingen fast zweieinhalb Jahre, bis die CUPCONL in einem weiteren Brief an den nationalen Direktor des INRA die Weiterführung der TCO-Sanierung in gemeinsamer Planung mit ihr forderte. In seiner Antwort vom 6. Januar 2005 hielt das INRA jedoch fest, dass zur Weiterführung der Arbeit im Polygon 1 nun 181'866,87 US-Dollar fehlen würden. So blieb der Prozess zur Konstituierung der TCO Nor LÍpez seither aus zwei Gründen paralysiert: einerseits existieren ungelöste interkommunale Konflikte über die TCO-Grenze, andererseits fehlt eine ausreichende Finanzierung.

5 Ein Ausblick für Nor LÍpez

Wie wir im vorangehenden Kapitel gesehen haben, lebt die Bevölkerung der Provinz Nor LÍpez fast neun Jahre nach der Einreichung des TCO-Gesuches nach wie vor ohne Rechtssicherheit bezüglich ihres traditionellen Territoriums. Da der Prozess seit dem 23. Juni 2002 eingefroren ist, versucht dieses Kapitel, eine Perspektive für die Zukunft der territorialen Rechte in der Region sowohl hinsichtlich der verbleibenden juristischen Schritte im Konsolidierungsprozess der TCO als auch bezüglich anderer aktueller oder potentieller Entwicklungslinien zu entwerfen. Während sich jedes der bisherigen Kapitel einem der Themen „Kontext, Bedeutung und Prozess der TCO-Forderung in Nor LÍpez“ widmete, sollen nun weitere zentrale Informationen zu jedem einzelnen dieser Themen geboten werden.

⁵⁶ Siehe Karte 2, Anhang 2.

⁵⁷ Im Sanierungsprozess der TCOs ist die Polygonisierung des Territoriums ein übliches Instrument.

Vorerst ist es nötig, die gesetzlich definierten verbleibenden Schritte des Prozesses zu analysieren. Obwohl noch einige Arbeit aussteht, sieht Paulino Colque keine ernsthaften Gefahren für die Titulierung der TCO, abgesehen von der gegenwärtig fehlenden Finanzierung und den punktuellen Konflikten um die Grenzlinie der TCO. Er zeigte sich optimistisch und hoffte, das INRA würde der CUPCONL bis in etwa fünf Jahren, d.h. ungefähr Ende 2012, einen Titel überreichen.

Eine Gefahr, welche gemäss ihm allerdings ernstgenommen werden müsse, besteht darin, dass das INRA auf einer Reduktion des Territoriums bestehen könnte. Dies könnte infolge des ausstehenden EINE geschehen. Wie wir im Kapitel 1 sahen, betonen Kritiker die existierende Ambivalenz im Ziel dieser Studie: einerseits wurde der EINE etabliert, um zu garantieren, dass ein genügend grosses Territorium titulierte wird, damit die TCOs eine soziale Funktion erfüllen können, andererseits könnten gerade die mathematischen Berechnungen der Studie dazu verwendet werden, die territorialen Rechte der Indigenen zu beschneiden, indem ihnen nur das minimal nötige Territorium zur Erfüllung der rechtlich eingeforderten sozialen Funktion zugeteilt wird.

So muss die CUPCONL weiterhin befürchten, dass das INRA möglicherweise den geforderten Teil der Salzebene von Uyuni nicht titulieren oder ihn zumindest reduzieren wird. Würde der Entscheid, gar keinen Teil der Salzebene zu titulieren, auf das Ergebnis des EINE gestützt, wäre er jedoch höchst fragwürdig, da so die Tatsache, dass gewisse Gemeinden in Nor Lipez traditionell von der Salzextraktion leben, negiert würde. Gleichermassen wäre es unhaltbar, einen derartigen Entscheid mit dem Einwand der Provinz Daniel Campos zu rechtfertigen, denn die Gesetze verbieten in keiner Art und Weise die Titulierung von TCOs, die mehr als eine politisch-administrative Einheit umfassen. Vielmehr müsste die Entscheidung darüber, ob die Salzebene tituliert werden soll oder nicht, davon abhängen, ob das INRA die Rechtsüberlappung der TCO mit dem bereits existierenden Fiskal-Reservat als legal oder illegal beurteilt. Obwohl die CUPCONL ein sehr grosses Territorium für eine geringe Bevölkerung fordert, scheint abgesehen von der Salzebene eine Reduktion des bereits genehmigten Sanierungsgebiets ziemlich unrealistisch. Diese Meinung vertritt auch Paulino Colque, weil dazu Landstücke zwischen den Gemeinden aus der TCO entfernt werden müssten, was die Sanierung zu einem noch viel komplizierteren und teureren Prozedere machen würde und weil die entstehenden Mehrkosten den eventuellen Nutzen der Reservierung gewisser Landteile für produktive Zwecke individueller Landbesitzer bei Weitem übersteigen würde. Jedenfalls betonte Paulino Colque, die CUPCONL würde mit allen rechtlichen Mitteln kämpfen, falls das INRA entscheiden würde, den geforderten Teil der Salzebene nicht zu titulieren. Ausserdem war bis zum Ende meiner Forschung nicht klar, ob oder wann der EINE für Nor Lipez erarbeitet werden sollte. Einerseits ist diese Studie gesetzlich als integraler Teil der TCO-Sanierung definiert und die *Resolución Determinativa* vom 30. August 2001 beauftragte das VAIPO bereits, den EINE für Nor Lipez auszuarbeiten, andererseits lässt die Tatsache, dass das Reglement des INRA-Gesetzes den EINE zu einem Zeitpunkt des Konstituierungsprozesses vorsieht, der im Fall Nor Lipez bereits vor einigen Jahren abgeschlossen wurde, Zweifel

daran aufkommen, ob die Studie für die TCO-Nor LÍpez überhaupt noch realisiert werden wird. Diese Sichtweise wurde mir gegenüber auch von Juan Quisbert Poma, dem Beauftragten des nationalen INRA in La Paz in Angelegenheiten der Agrarreform im Hochland, geäußert.

Das grösste Problem der TCO Nor LÍpez scheint also gemäss Paulino Colque die fehlende Finanzierung zu sein. Da das INRA bei der Suche einer Finanzierung offenbar nicht rasch voran kam, begann Paulino Colque als Repräsentant der TCO auf eigene Initiative Geldgeber zu suchen, was aber bis heute eine schwierige Angelegenheit ist. Zusätzlich tragen die lokalen Konflikte über die TCO-Grenze weiter zur Verzögerung des Prozesses bei, obwohl sie in einigen Gebieten bereits gelöst werden konnten. Die TCO Nor LÍpez ist vielmehr ein problematischer Fall wegen der enormen Grösse des geforderten Territoriums als wegen allfälliger Konflikte im Innern des zu sanierenden Gebiets. Was diese TCO ebenfalls auszeichnet, ist die fast komplette Abwesenheit von individuellen Landbesitzern. Speziell in den indigenen Territorien des Tieflandes, in Bolivien allen voran in der TCO Guarayos, präsentieren sich viel komplexere Problematiken, da auf ihrem Land eine Vielzahl von Individualbesitzern, Bergbau-, Forstwirtschafts- und Erdölkonzessionen vorhanden sind, welche häufig zu gewaltsamen Konflikten führen, was in Nor LÍpez nicht zu befürchten ist.

Bezüglich des Kontextes und der Bedeutung des TCO-Titels ist es wichtig zu erwähnen, dass dieser in Nor LÍpez als erster Schritt auf dem Weg zur Erkämpfung der lokalen indigenen Rechte zu verstehen ist. Die Besitzrechte an ihrem Territorium werden auch in Nor LÍpez, wie in vielen anderen Fällen, als nötige Basis betrachtet, um später weitere Forderungen an den Staat zu stellen. Hingegen konzentriert sich die Erkämpfung indigener Sprachrechte und der zweisprachigen oder sogar mehrsprachigen Bildung primär nicht auf die Provinz, sondern spielt sich auf nationaler Ebene ab. Hinsichtlich der aktuellen und zukünftigen Forderungen bezog sich Paulino Colque insbesondere auf die regionale Ebene. Seiner Meinung nach steht die Ausarbeitung des Plans für regionale Entwicklung der vier Provinzen Nor und Sud LÍpez, D. Campos und E. Baldívieso im Zentrum des Interessens. In diesem Plan werden die Territorialtitel als erste Priorität definiert und im Anschluss wird der Bau von asphaltierten Strassen von Uyuni in verschiedene Richtungen gefordert. Dieses Projekt der regionalen Integration ist gemäss Paulino Colque glücklicherweise am Laufen. Weitere Forderungen sind die Elektrifizierung, die Industrialisierung natürlicher Ressourcen und die Konstruktion eines Flughafens in Uyuni, um den Tourismus zu fördern und um zu verhindern, dass Touristen bei den häufigen Strassenblockaden die Weiterreise verhindert wird.

Ein weiteres Thema der Zukunft ist die mögliche Schaffung eines neuen Departements mit dem Namen „LÍpez“. Am 16. April 2006 erschien in der Tageszeitung „*La Razón*“ ein Artikel, welcher behauptete, kurz vor der Einsetzung der verfassungsgebenden Versammlung habe „eine fieberhafte Suche nach territorialer Unabhängigkeit und Selbstbestimmung“ (*La Razón* 16.04.2006) eingesetzt. Am 19. Juni desselben Jahres erklärte eine Nachricht der verfassungsgebenden Versammlung (Asamblea Constituyente 19.06.2006) die Idee, ein zehntes Departement in Bolivien zu gründen, sei in der Region des Chaco ins Leben gerufen worden,

wo ein Departement, welches Teile von Santa Cruz, Chuquisaca und Tarija umfassen würde, geplant sei. Im Departement Beni würde ein Plan zur Schaffung des Departements Amazonas ausgearbeitet und im Südosten von Potosí sei wegen der historischen Vernachlässigung der Region ein Vorschlag zur Bildung des Departements LÍpez, unterstützt von Bewohnern aus Nor und Sud LÍpez, erarbeitet worden. Ausserdem würden Ideen zur Konstituierung zweier Departemente im Norden von La Paz existieren. Die politischen Parteien vertraten jedoch allesamt die Position, es wäre sinnlos, dieses Thema der Schaffung neuer Departemente zu behandeln, da es in der gegenwärtigen Situation die nationale Einheit gefährden und den Effekt haben könnte, dass in anderen Regionen des Landes weitere solche Projekte lanciert würden. Obwohl sich die politischen Parteien darüber einig waren, dass die Schaffung neuer Departemente in der Kompetenz des Kongresses und nicht der verfassungsgebenden Versammlung liege, wurde von einem gewissen Isidor Copa aus Eigeninitiative ein Vorschlag zur Schaffung des Departements LÍpez auf Basis eines Projekts der NRO Medicus Mundi präsentiert. Diese neue politisch-administrative Einheit sollte das ehemalige Territorium der LÍpez umfassen, d.h. die Provinzen Daniel Campos, Nor LÍpez, Enrique Baldivieso und Sud LÍpez. So würde das aktuelle Departement Potosí in zwei fast gleich grosse Teile gespaltet, wobei das neue Departement allerdings nur 25'000 der 768'000 Einwohner des aktuellen Departements beheimaten würde. Ein weiterer möglicher Anreiz für die Region, sich als neue politisch-administrative Einheit zu formieren, ist die Tatsache, dass die Bodenschätze der Mine von San Cristóbal und der Salzebene von Uyuni Teil ihres Territoriums wären und ihre Gewinne so insbesondere der Region anstatt dem ganzen Departement Potosí zufließen würden. Trotz allem scheint die Departementalisierung in Nor LÍpez kein breit gestütztes Projekt zu sein. Im Januar 2007 lehnten nämlich eingeborene Autoritäten, Bürgermeister und Subpräfekte der Region in einer öffentlichen Erklärung jede mögliche Spaltung Potosís ab (*El Potosí* 27.01.2007). Auch Raúl Martínez, Kommunikations- und Informationsverantwortlicher des Zentrums INTI,⁵⁸ und Paulino Colque meinten in den Interviews, dieses Thema sei lediglich eine Idee einiger weniger Politiker. Gemäss letzterem war das Ziel der Region vielmehr die Etablierung der indigenen und regionalen Autonomien in der verfassungsgebenden Versammlung. Dies gelang soweit, auch wenn heute die Verabschiedung des Gesetzes über die genaue Umsetzung der Autonomien noch aussteht. Paulino Colque erzählte zudem, das Zukunftsziel sei sowohl die Revitalisierung des gesamten ehemaligen Territoriums der LÍpez und seiner eigenen Identität, als auch die Erkämpfung der Kontrolle nicht nur der erneuerbaren Ressourcen, wie dies für die TCOs vorgesehen ist, sondern auch der nicht erneuerbaren. Jedenfalls berichtete bereits am 4. Juni 2008 die Zeitung *El Potosí*, acht Provinzen Potosís und Chuquisacas hätten die Schaffung ihrer historischen Qhara-Qhara-Nation mittels der indigenen Autonomie angekündigt. Gestützt auf die Behauptung, die Munizipalregierungen seien nicht fähig, eine Entwicklung zu fördern, schlug CONAMAQ vor, die Autoritäten dieser Nation in einem *Cabildo* demokratisch zu wählen und erklärte, die Autonomie würde die Verfügungsgewalt über Land, Territorium, Ressourcen, die Kompetenz, ihre Investitionspolitik zu defi-

⁵⁸ Eine NRO, welche den Gemeindegemeinschaften der *Gran Tierra de los LÍpez* (MANGT-LÍpez) unterstützt. Weiter unten folgen mehr Informationen über diese beiden Akteure der Region.

nieren sowie die Möglichkeit, ihre Rechtsprechung zu entwickeln und ihr eigenes juristisches und politisches System zu definieren, ihre Autoritäten zu wählen und ihre eigenen Regierungsstrukturen zu etablieren, umfassen (*El Potosí* 04.06.2008). Die territoriale Basis sollten die *Suyus* (Parzelle, Territorium, Nation), *Markas* (Dorf, Stadt) und *Ayllus* (Gemeinden) sein. Das übergeordnete Ziel von CONAMAQ ist die Rekonstituierung von 16 vorkolonialen Nationen im Hochland und in den Tälern, wozu sich auch die Nation LÍpez zählen lässt.⁵⁹ So stellen sich uns interessante Fragen zur Zukunft der Region: Kommt es zur Forderung einer autonomen Region LÍpez? Wann? Wer würde den Autonomieprozess in LÍpez anführen? Welches wären die Autoritäten dieser Nation? Was würde mit den vorhandenen politisch-administrativen Strukturen im Innern der Nation geschehen? Würde die Struktur der Provinzen, Munizipien, Kantone, Munizipaldistrikten und Gemeindegemeinschaften erhalten bleiben oder würde die autonome Region auf indigenen Strukturen beruhen? Welche Kompetenzen würde diese Autonomie implizieren? Diese letzte Frage ist bedeutsam, weil zweifellos die Bedeutung der TCO hinterfragt werden müsste, falls die Region eine Autonomie erlangen könnte, welche die Kontrolle des Territoriums mit seinen erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen implizieren würde. Eine weitere Unklarheit ist die Zukunft der indigenen sozialen und politischen Strukturen und Autoritäten. Gemäss Paulino Colque arbeitet der Rat der *Ayllus* der Eingeborenen von Potosí (CAOP), eine von ISALP beratene Unterorganisation des CONAMAQ, in der Region an der Rekonstituierung der *Ayllus*. Bis heute wurden diese Strukturen unablässig geschwächt und fragmentiert, weshalb nun die verbleibenden drei *Caciques Principales* nicht mehr die *Ayllus* repräsentieren, sondern lediglich in der Gemeindepolitik mitreden. Wie weit wird die Revitalisierung dieser Strukturen in Nor LÍpez gelangen? Mit anderen Worten, welches wäre die Beziehung und Kompetenzverteilung zwischen staatlichen, gewerkschaftlichen und indigenen Strukturen in einer autonomen Region LÍpez? Dies sind offensichtlich wichtige Fragen, welche jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht beantwortet werden können.

In der gleichzeitigen Existenz gewerkschaftlicher und indigener Strukturen können jedenfalls zwei sich gewissermassen rivalisierende Gruppen erkannt werden. Die Autoritäten der Bauerngewerkschaft würden zwar laut Paulino Colque die Revitalisierung der indigenen Strukturen nicht *a priori* ablehnen, dies müsste aber ein von der Basis her geleiteter Prozess sein. Wenn die Völker die Revitalisierung der *Ayllus* wünschen, müsse dies akzeptiert werden, „da das Volk über seine Organisationsform entscheidet, [...]“.⁶⁰ Er beobachte jedoch, dass dieser Prozess gewissermassen *top-down* implementiert werde, was ihn skeptisch gegenüber CAOP und CONAMAQ stimmte. Beide wurden erst 1997 gegründet und Paulino Colque betonte,

⁵⁹ Die 16 Nationen, welche sich laut CONAMAQ rekonstituieren sollen, sind: Jacha Karangas, Jatun Killakas Asanajaqis-Aransaya, Jatun Killakas Asanajaqis-Urinsaya, Soras-Aransaya und Urus im Departement von Oruro; Chichas, LÍpez, Killakas- Karangas und Charcas in Potosí; Qhara Qhara-Aransaya, Qhara Qhara-Urinsaya und Killakas-Qhara Qhara in Chuquisaca und Potosí; Soras-Urinsaya und Chwis in Cochabamba; Pakajaqis-Aransaya, Pakajaqis-Urinsaya und Kallawayá im Departement von La Paz.

⁶⁰ Paulino Colque in einem Interview im September 2007.

dass ihre Gründer ehemalige Autoritäten der Gewerkschaftsorganisation seien, welche ihre Ziele nicht erreicht und folglich entschieden hätten, diese „Parallelorganisation“ ins Leben zu rufen. Einerseits sei die Gewerkschaftsorganisation mit vielen Ideen der CONAMAQ einig, ISALP hingegen habe keinerlei Interesse an den Gewerkschaften gezeigt. Vielmehr hätten diejenigen, die an der Stärkung indigener Strukturen arbeiten, mehrmals behauptet, die Gewerkschaften seien unnütz und der Region von aussen aufgesetzt, weshalb sie durch *Ayllus* ersetzt werden müssten. Paulino Colque äusserte gegenüber dem *Ayllu*-Revitalisierungsprojekt eine gewisse Skepsis, weil die traditionelle Organisation heute anders funktionieren würden und andere Interessen hätten. Während sich die *Ayllus* traditionell mit der Kontrolle der Familienökonomie beschäftigt hätten, würden sie heute eine politische Vision verfolgen und seien von NROs gesteuert.

Nebst den gewerkschaftlichen und indigenen Strukturen ist der Gemeindegemeinschaft der *Gran Tierra de los Lipez* (MANGT-Lipez) ein weiterer Akteur, welcher die Region Lipez und ihre Identität wiederherstellen will. Seine Aktivitäten und Visionen beruhen jedoch auf der Förderung von Projekten zur Kommerzialisierung der wirtschaftlichen Potentiale der Region. Die MANGT-Lipez ist eine am 7. Dezember 2003 gegründete Allianz zwischen den Gemeinden der Provinzen D. Campos, Nor und Sud Lipez und E. Baldivieso, d.h. sie umfasst in etwa denjenigen Teil des ehemaligen Territoriums der Lipez, der sich heute noch innerhalb bolivianischer Grenzen befindet. Solche Gemeindegemeinschaften wurden durch die Verfassungsreform von 1994 ermöglicht und bilden den Ausgangspunkt zum Management der regionalen Entwicklung. Die MANGT-Lipez bezweckt die Förderung der Identität der Lipez, die ökonomische und politische Repräsentation gegenüber staatlichen und nichtstaatlichen Instanzen, die Förderung des Ressourcenabbaus und produktiver Projekte sowie die Entwicklung von Managementkompetenzen. Dies vor dem Hintergrund der Fragmentierung des traditionellen Territoriums und der vorhandenen Armut: Laut Informationen des nationalen Zensus von 2001 leben 95% der Bevölkerung innerhalb der MANGT-Lipez in moderater Armut, 52% verfügen über kein Trinkwasser zu Hause, 98% leben ohne Elektrizität, 86% verfügen über keine sanitäre Einrichtungen und 100% über kein Abwassersystem und keine permanenten Medien. Die Analphabetismusrate und die Abwanderung lägen allerdings unter dem Durchschnitt des Departements und es seien wichtige Potentiale vorhanden, die als Pfeiler einer Entwicklung der Region dienen könnten. Um diese Potentiale besser auszuschöpfen, wird die MANGT-Lipez vom Zentrum für multidisziplinäre Studien und Dienstleistungen INTI unterstützt. Diese NRO führt das „Programm Lipez“ unter der Schirmherrschaft der MANGT-Lipez und wird von Caritas Dänemark finanziert, mit dem Ziel, dass die Region ihre subprivilegierte Position in Bolivien verbessern kann. Die Rolle der MANGT-Lipez liegt vorwiegend in der Erarbeitung des strategischen Plans für lokale Wirtschaftsentwicklung (PEDEL) und im Management des Territoriums. Der PEDEL der MANGT-Lipez ist von 2005 bis 2015 in Kraft und versucht, mittels Programmen und Projekten eine auf vier Pfeilern gründende nachhaltige Entwicklung zu erreichen: 1) Quinoa Real, 2) Kameltiere, 3) kommunitärer Tourismus und 4) nachhaltiger Bergbau. Im Bereich der Quinoa Real wurde bereits die Herkunftspatentierung erreicht. Bezüglich der Quinoa und der Kameltiere hat das Wirt-

schaftskonsortium der MANGT-Lípez ein Kochbuch mit Gerichten aus Produkten der Region veröffentlicht. Ausserdem bieten die Vicuñas die internationale Kommerzialisierung von Leder und Wolle. Im Bereich des Tourismus empfiehlt der PEDEL einen kommunitären Tourismus, der von den Gemeinden organisiert werden sollte, um so zu garantieren, dass auch sie und nicht primär Unternehmer aus anderen Regionen vom Einkommen aus dem Tourismus profitieren. Zuletzt sieht der PEDEL vor, im Bergbau die lokalen produktiven Kapazitäten zu fördern und Rechtssicherheit für private Investoren auf lokaler Ebene zu bieten. Um Kenntnisse über die Potentiale in Lípez zu verbreiten, wird im Gebiet seit 2003 jährlich die Expo Lípez durchgeführt und die Region mit Ständen an Foren und anderen Ausstellungen repräsentiert.

Paulino Colque, als Vertreter einer Organisation, welche sich als legitime Repräsentantin der Gemeinden von Nor Lípez sieht, zeigte sich skeptisch gegenüber der an Bedeutung gewinnenden MANGT-Lípez und der NROs. Auch seien die Gewerkschaften mit der Gründung des der MANGT-Lípez angegliederten Konsortiums, welches eine transnationale unternehmerische Vision verfolgt, nicht einverstanden gewesen. Mehr störte ihn jedoch, dass die MANGT-Lípez, die NROs und auch die Munizipalregierungen generell handeln würden, ohne die Basis zu konsultieren und folglich ihre Entscheidungen eher auferlegt als ausgehandelt seien.

Dieses Kapitel sollte nun aufgezeigt haben, dass sich viele interessante Fragen bezüglich der Zukunft des südlichen Hochlands Boliviens aufdrängen. Abschliessend bleibt zu erwähnen, dass nach Nor Lípez auch andere Provinzen des ehemaligen Territoriums der Lípez TCO-Gesuche einreichen, womit zu erwarten ist, dass sich in nicht allzu ferner Zukunft das ganze ehemalige Territorium ausschliesslich in TCOs aufteilen wird. Dies lässt uns die These aufstellen, die TCOs würden zwar das ehemalige Territorium weiter unterteilen, gleichzeitig werde jedoch durch diverse Akteure eine Revitalisierung der Identität der Lípez gefördert.

6 Schlussfolgerungen

Die Methodologie und die Perspektive der vorliegenden Studie erlaubten es, lokale, regionale, nationale, sowie inter-, supra- und transnationale Aspekte des analysierten Falles zu betrachten. Während sich eine juristische Perspektive womöglich mit der Analyse der Gesetzesebene begnügen und das Gesetz als Instrument zur Kontrolle der Gesellschaft und zur Leitung sozialen Wandels verstehen würde, tendieren Anthropologen teilweise zur etwas unkritischen und entkontextualisierten Verteidigung der indigenen Rechte und konzipieren das Gesetz als Reflektierung einer partikulären sozialen Ordnung. Die vorliegende Studie versucht, die beiden Perspektiven zu vereinen und so zu zeigen, dass Gesetze sowohl als Produkte von sozialen Protesten und Diskursen, als auch als Produzenten von sozialem Wandel betrachtet werden können. Wenn erkannt wird, dass Gesetze auf verschiedene Weisen angewandt, unterschiedliche Effekte haben oder gar nicht angewandt werden können, gelangt man zur Folgerung, dass sie weder Garantien noch schnelle Lösungen für die indigenen Rechte bieten, sondern vielmehr Institutionen darstellen, auf welche sich Indigene beziehen können, um ihre Forderungen

gen zu erringen. Diese Erkenntnis beweist die Relevanz einer Rechtsanthropologie, die sich der Analyse indigener Erringungsprozesse ihrer Rechte, der Rechtsumsetzung und ihrer lokalen Auswirkungen widmet.

Das Ziel dieses letzten Kapitels besteht nicht darin, kurze und komplette Antworten auf die Forschungsfragen der Studie zu liefern, denn die komplexen Informationen der vorangehenden Kapitel lassen sich nicht derart reduzieren. Die wichtigsten Elemente sollen aber trotzdem rekapituliert und, wo dies möglich ist, mittels theoretischer Überlegungen erklärt werden.

6.1 Der Kontext

Das erste Subkapitel sprach von der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Organisation der Indigenen des bolivianischen Hochlands und von den Veränderungen und Herausforderungen, die sie bis in die Gegenwart erlebt haben. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts etablierten die Inkas ein gigantisches Reich mit einem mächtigen politischen Zentrum und einer komplexen Bürokratie. Dieses Imperium profitierte von existierenden Organisationsformen, verfügte jedoch (insbesondere in den Peripherien) nicht über eine starke Kontrolle auf lokaler Ebene, was in diesen Gebieten eine relativ hohe Autonomie ermöglichte. Die *Ayllus* und das Reziprozitätssystem wurden verändert, da die Inkas das Modell der vertikalen Archipele auf Reichsebene ausdehnten und seine ökologischen Ziele transzendierten, um in politischer, religiöser, technologischer und militärischer Hinsicht davon zu profitieren. Die Kolonialherrschaft stellte sodann grosse Herausforderungen für die indigenen Organisationsformen dar. Der Vizekönig Toledo reduzierte die Indigenen in Gemeinden mit der Ziehung territorialer Grenzen. Die *Ayllus* sollten die Kantongrenzen nicht überschreiten, weshalb viele von ihren Kolonien getrennt wurden. Den sogenannten *Indios* wurden Steuern abverlangt und sie wurden zum *Mitayo*-Dienst in den Minen gezwungen. Es entstanden bereits die ersten *Haciendas* und 1781 brach im Hochland des heutigen Boliviens eine grosse Indigenenrebellion gegen die koloniale Politik aus. Vierzig Jahre nach der Ausrufung der Unabhängigkeit der Republik Bolivien wurden die aggressiven Exvinkulationspolitiken eingeleitet, welche das Land der Indigenen an individuelle Besitzer verkauften. So wuchsen die *Haciendas* schneller an und erst ab 1936 entstanden die ersten Gewerkschaften in der Region von Cochabamba. Dank der Co-Regierung mit der noch jungen MNR-Partei gelang es den Bauern, Bolivien 1952 zur Revolution und 1953 zu einer Agrarreform zu führen. Einerseits unterstützten die Bauern diese Agrarreform, da sie so von der Arbeit in den *Haciendas* befreit wurden und ihr Land wieder in ihren eigenen Besitz übergang, andererseits darf nicht vergessen werden, dass das Ziel der Reform darin bestand, eine individualisierte Bauernschaft und produktive Landwirtschafts- und Viehzuchtunternehmen zu fördern, um dem Stabilisierungsplan der USA gerecht zu werden und das kapitalistische System voranzutreiben.

Bis heute haben die Gewerkschaftsorganisationen in Bolivien drei Phasen durchlaufen: 1) zeigten sie Solidarität mit der Revolution des MNR, 2) führte dies dazu, dass die Revolutionsregierung ein klientelistisches System etablierte, um die Unterstützung der Bauern unter Kontrolle zu halten; dieses System wurde unter dem Militär-Bauern-Pakt der Militärdiktatur noch repressiver, und 3) gelang es den in den 1960er und 70er Jahren entstandenen Protestbewegungen – insbesondere der Aymara-Bewegung der Kataristen – mit der Gründung der CSUTCB im Jahr 1979, das klientelistische System zu zerschlagen und es mit einer unabhängigen Gewerkschaftsorganisation zu ersetzen. In den 1990er Jahren trat dann das Thema des Territoriums mit aller Deutlichkeit in die Öffentlichkeit und 1999 konnte sich die TCO-Forderung in Nor Lipez auf diverse Gesetzes- und Verfassungsartikel beziehen, um ihr Gesuch zu rechtfertigen. Im 21. Jahrhundert ist Bolivien durch noch mehr und komplexere Proteste charakterisiert und es bleibt zu sehen, in welcher Form die neusten Reformen, die einen stärkeren *bottom up* Multikulturalismus ermöglichen, in die Praxis umgesetzt werden und inwiefern es gelingt, die aktuelle politische Krise zu überwinden. Bis heute existieren die *Ayllus* in unterschiedlichem Fragmentierungsgrad in vielen Teilen Boliviens, doch sie müssen heute mit dezentralisierten Staatsstrukturen, Gewerkschaften und NROs konkurrieren.

Der spezifische historische Kampf um das Territorium in Nor Lipez, welcher in Kapitel 2 dargestellt wurde, trägt auch zur Frage nach dem Kontext bei und Kapitel 4 verdeutlicht einerseits, dass die TCO-Forderung von den Gesuchstellern als erster Schritt eines Prozesses verstanden wird, in welchem weitere Forderungen nach Autonomie und Selbstbestimmung gestellt werden sollen und andererseits, dass die TCO nur einen Teil eines grösseren ehemaligen Territoriums von Lipez ausmacht, welches sich in einer kulturellen und ökonomischen Revitalisierung befindet.

Das zweite Unterkapitel untersuchte eine Reihe hinsichtlich der indigenen Rechte relevanter Gesetzes- und Verfassungsartikel seit 1953. Insbesondere die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 war wegweisend für die anschliessende Entwicklung einer bolivianischen Gesetzgebung der indigenen Territorialrechte. Das INRA-Gesetz, welches das Konzept der indigenen Territorien der ILO inkorporierte, ist auf theoretischer Ebene eine Stütze der Strukturierungstheorie Anthony Giddens' (1984), da die TCOs den indigenen Völkern einerseits Rechtssicherheit und neue Möglichkeiten bieten, andererseits aber auch den Verkauf oder die Verpachtung dieses Landes verbieten. Dies zeigt, dass die Sozialstruktur, hier in der Form von Gesetzen, in zwei Richtungen wirkt: *enabling* und *constraining*. Ein wichtiger Aspekt des gesetzlichen Kontextes ist das Argument, dass die Landpolitik nicht als isoliertes Programm betrachtet werden sollte. Vielmehr kann sie, falls eine funktionierende Koordination gegeben ist, zusammen mit den weiteren Politiken der Volksbeteiligung und der Dezentralisierung der 1990er Jahre eine komplexere Politik zur territorialen Artikulation der indigenen Partizipation bilden. Die isolierte Anwendung der Gesetze fördert hingegen kontraproduktive Situationen auf lokaler Ebene, insbesondere da die ersten Dezentralisierungsgesetze neoliberal geprägt waren und lokale ethnische Realitäten nicht beachteten.

Das dritte Unterkapitel argumentierte, dass die sehr vielseitige Ökologie Boliviens und die Politiken der verschiedenen Regierungen im Laufe der Geschichte sehr heterogene lokale Situationen hinsichtlich der sozialen, politischen, und institutionellen Organisation, aber auch der Identitäten, produktiven Aktivitäten und des Landbesitzes geschaffen haben. Ausserdem haben sich die Wirtschafts- und Protestzentren ebenfalls verschoben. Nor Lípez blieb jedoch bis heute eine periphere Region, welche kaum von der Exvinkulationspolitik und von der Agrarreform von 1953 betroffen war, weshalb in der Region bis heute nur sehr wenige individuelle Landbesitzer vorhanden sind. Trotzdem wurden die *Ayllus* sogar viel stärker als in vielen Hochlandregionen geschwächt und ihre Rolle weitgehend von den Gewerkschaften übernommen. Das TCO-Gesuch von Nor Lípez war eines der ersten im bolivianischen Hochland und fordert das bis heute grösste zusammenhängende indigene Territorium des Landes. Das konfliktivste Moment, welches für Verwirrungen bezüglich der TCO-Forderung in Nor Lípez sorgte, ist jedoch der Fakt, dass das Gesuch von einer Gewerkschaft und nicht von einer traditionellen indigenen Organisation eingereicht worden war. Obwohl Bolivien eine hohe ethnische Heterogenität aufweist, existieren starke Diskurse, die das Land in zwei Teile spalten: einerseits das Tiefland, welches heute häufig als Halbmond oder von regionalen Nationalisten als *Camba*-Nation bezeichnet wird und wo nebst einer Mehrheit von Mestizen auch viele Europäer, andere Immigranten und 34 verschiedene indigene Völkern leben und andererseits das Hochland mit einer indigenen Mehrheit, die sich als Eingeborene definiert und von den Regionalisten des Tieflandes als *Collas* bezeichnet wird, um sie klar von ihrer eigenen imaginierten *Camba*-Nation zu unterscheiden. Nebst diesen homogenisierenden populistischen Diskursen steht die Tatsache, dass im Tiefland mit der CIDOB eine eigene Indigenenorganisation besteht, während im Hochland die CSUTCB und der CONAMAQ um die Repräsentation der indigenen Bauern ringen.

Um das Auftreten der unterschiedlichen Indigenenorganisationen zu erklären, helfen die Argumente von Deborah Yashar und Alison Brysk. Wahrscheinlich ist keine der beiden Erklärungen komplett, doch zusammen zeigen sie ziemlich überzeugend, wie diese Organisationen entstanden sind und sich entwickelt haben. Brysk (1994) betont die entscheidende Unterstützung der transnationalen Ebene in Lateinamerika. Dieser Beitrag vernachlässigt allerdings die Bemühungen und Errungenschaften der indigenen Organisationen selbst, wie z.B. die historische Kraft der Bauern, welche zusammen mit dem MNR 1952 die nationale Revolution vollzogen und dadurch viele Latifundien enteignen konnten und später den klientelistischen Syndikalismus durch ihre eigene, von der Regierung unabhängige Organisation ersetzen. Yashar (1998 und 1999)⁶¹ erwähnt drei Momente, welche die Entwicklung indigener Organisationen nicht nur in Bolivien ermöglichten: 1) die demokratische Liberalisierung, 2) der Neoliberalismus und 3) das Ende des korporativen Systems. Die Geschichte zeigt auch, dass indigene Bewegungen auf unterschiedliche Arten an Bedeutung gewannen: Ein grosser Teil

⁶¹ Yashar, Deborah 1998: Contesting Citizenship. Indigenous Movements and Democracy in Latin America. In: *Comparative Politics*. 23-42 sowie Yashar, Deborah 1999: Democracy, Indigenous Movements, and the Postliberal Challenge in Latin America. In: *World Politics*, 52. 76-104. Zitiert in: Postero y Zamosc (2004: 2).

ihrer Errungenschaften gründet auf ihren eigenen Organisationsbemühungen, teilweise stärkten sie sich durch die Kombination der Klassen- und Ethnizitäts-Diskurse, durch die Aktivitäten urbaner Intellektueller und am Ende gelang es ihnen zumindest in Bolivien, ihr von der Basis her gegründetes politisches Instrument mittels des formalen Wahlsystems bis zur Präsidentschaft zu bringen. Mit diesem letzten Schritt haben die Indigenen in Bolivien auch einen Strategiewandel vollzogen und stellen nicht mehr einen reaktionären Protestakteur dar– ihre politischen Repräsentanten befinden sich nun vielmehr in der Lage, die nationale Politik aktiv zu definieren.

Aus einer anderen Perspektive lässt sich nun auch zeigen, dass die drei Typen indigener Organisationen, welche von Richard Chase Smith (1983)⁶² für die zentralen Anden definiert wurden, allesamt in der Geschichte der sozialen Bewegungen Boliviens auftraten: Die ethnischen Föderationen sind in der CIDOB und der CONAMAQ zu finden, die CSUTCB vertritt den Typen der Bauerngewerkschaften und die radikaleren „indianistischen“ Organisationen mit ihren nicht durch die Basis gewählten Intellektuellen und Aktivisten lassen sich wohl am deutlichsten in der Kataristenbewegung erkennen.

Eine interessante Konzipierung bezüglich der Umsetzung indigener Rechte bietet Postero (2004 und 2006) mit der Idee der „Indianerfrage“.⁶³ Die zentrale Frage dieses Konzepts ist, welches Staatsbürgerschaftsmodell mit welchen Rechten für die indigene Bevölkerung in einem Staat zu einer gegebenen Zeit vorgesehen ist. In der Kolonialzeit schaffte der Staat ein sägregiertes System, bestehend aus einer Republik der Indigenen und einer der Spanier. Die indigenen Rechte wurden dabei durch die territoriale Restrukturierung und andere Massnahmen, wie die *mit'a*, grundsätzlich beschnitten. Eine der ersten wichtigen Aufgaben der unabhängigen Republik war sodann die Konstruktion einer imaginierten Nation durch den Printkapitalismus, wie dies Anderson (1991) vorschlug. Die hegemoniale Idee bestand darin, dass die bolivianische Nation homogen und zivilisiert sein sollte, weshalb vereinheitlichende Elemente wie die Schule, welche die Indigenen an die „zivilisierte Kultur“ assimilieren sollte, geschaffen wurden. Die Indigenen wurden als Wilde und Rückständige betrachtet, weshalb insbesondere ab den 1860er Jahren ihre fundamentalen Rechte dem Versuch, sie in moderne Bürger zu verwandeln, weichen mussten. Obwohl die nationale Revolution von 1952 die unproduktiven Latifundien auflöste und die persönliche Fronarbeit auf den *Haciendas* verbot, versuchte die darauf folgende Agrarreform, eine individualisierte Bauernschaft als Stütze der revolutionären Regierung zu bilden. In den 1990er Jahren wurde Bolivien dann auf Verfassungsebene als multiethnisch und plurikulturell definiert und verfolgte einen vom Staat aufgesetzten Multikulturalismus. Dieses Modell anerkannte erstmals bis zu einem gewissen Grad die Heterogenität Boliviens und mittels der TCOs wurden spezifische Rechte und eine spe-

⁶² Smith, Richard Chase 1983: Search for Unity Within Diversity. Peasant Unions, Ethnic Federations, and Indianist Movements in the Andean Republics. Paper presented at Cultural Survival Symposium, Iniciativas Indias y Autodenominación Económica. Cambridge, Massachusetts. Zitiert in: García und Lucero (2004: 164).

⁶³ Die Tatsache, dass Postero den kolonialen Irrtum, die Indigenen als *Indios* zu bezeichnen, aufnimmt, ist verwirrend. Es wäre korrekter, von der Indigenenfrage zu sprechen.

zielle Bürgerschaft für die indigenen Völker etabliert. So wie die politisch-administrativen Einheiten ziehen auch die TCOs künstliche Linien, welche jedoch ethnischer Natur sind und es ermöglichen, eine ethnische Karte des Landes zu zeichnen. Trotzdem darf nicht vergessen werden, dass die Identität ein sehr komplexes und dynamisches Konzept ist, welches sich nicht einfach auf ein klar definiertes Territorium limitieren lässt. So werden die *Lipeños* dank ihrer scheinbar kollektiven Identität zwar spezielle Rechte innerhalb ihrer TCO geniessen. Verlassen sie ihr Territorium, werden sie zu bolivianischen Bürgern, die damit zwar diese Spezialrechte, nicht jedoch ihre Identität zurücklassen.

Die ersten Gesetze des Dezentralisierungsprogramms waren deutlich neoliberal geprägt und bezweckten weiterhin die Assimilation der Indigenen an das von der Regierung definierte Staatssystem. Spätere Gesetze ermöglichten dann eine authentischere indigene Selbstbestimmung bezüglich der sozialen, kulturellen, ökonomischen, politischen und juristischen indigenen Organisation. Folglich zeigen Bolivien und andere südamerikanische Staaten, dass sie sich heute weitgehend auf kollektive Rechte und diversifizierte Staatsbürgerschaftskonzepte stützen, obwohl die Frage der kollektiven versus individuellen Rechte auf der Ebene der politischen Philosophie stark umstritten ist.

6.2 Die Bedeutung

Im zweiten Kapitel versuchte ich, der Frage nach der Bedeutung des TCO-Titels für die Region und die Bevölkerung von Nor Lipez nachzugehen. Diese Frage musste aus zwei Gründen behandelt werden: Erstens befassen sich die meisten Forschungsarbeiten zu indigenen Landrechten mit Verletzungen dieser Rechte durch transnationale Unternehmen, welche im Tiefland Ressourcen innerhalb indigener Territorien ausbeuten, über indigene Territorien im Hochland und in den Talregionen ist hingegen wenig akademisches Wissen vorhanden. Zweitens könnten Beiträge wie Martínez Montaña (2000) oder Ströbele-Gregor (1997b) vermuten lassen, dass in den indigenen Territorien des Hochlandes keine grösseren Problematiken vorhanden seien und dass die ökologische Beeinträchtigung der indigenen Habitate durch transnationale Unternehmen nur im Tiefland auftreten würde. Dieser Hypothese widerspricht jedoch der Fall Nor Lipez, wo die Probleme bezüglich natürlicher Ressourcen und ökologischer Belastung eine ständige Gefahr darstellen. Hinsichtlich der Bedeutung des TCO-Titels erlaubten mir die lokalen Perspektiven, folgende verschiedene Aspekte aufzudecken und zu analysieren: 1) der historische Kampf um das Territorium in Nor Lipez, 2) die Bemühungen des Staates, die Besiedlung der Region zu fördern und 3) zwei aktuelle Konflikte um die natürlichen Ressourcen. Auch konnten unterschiedliche Meinungen zur Bedeutung des Territorialtitels eruiert werden: Der *Corregidor* von San Cristóbal meinte, das Bergbauprojekt in seinem Dorf sei lediglich eine Angelegenheit zwischen der Gemeinde und der Unternehmung und der TCO-Titel würde ausschliesslich dazu dienen, Invasionen des Territoriums durch Dritte zu verhindern. Paulino Colque, Verantwortlicher der Provinz zur Koordinierung des Konstituierungsprozesses der TCO mit dem INRA, meinte hingegen, die Umweltverschmutzung durch das Bergbauunternehmen betreffe die ganze Region, weshalb er sich Verhandlungen

gen der Transnationalen mit der ganzen Region wünschen würde. Das zweite Kapitel beweist, dass die Bevölkerung von Nor Lipez bereits einen Organisationsgrad erreicht hat, der ihr in mehreren Situationen ermöglichte, ihre Interessen zu verteidigen: 1989 wurden die Verhandlungen mit der Transnationalen LITHCO zum Abbau von Lithium in der Salzebene von Uyuni zum Scheitern gebracht, weil der geplante Vertrag laut der lokalen Bevölkerung ihre Interessen nicht genügend mit einbezog und auch in den Verhandlungen von San Cristóbal mit der nordamerikanischen Bergbauunternehmung Apex Silver Mines Limited liessen sich Erfolge verzeichnen. Aufgrund solcher Erfahrungen beurteilten die Interviewpartner die Bevölkerung der Region als aufgeweckter als in anderen Regionen, wo Unternehmen einfacher in indigenen Territorien arbeiten und die Rechte der Bevölkerung beschneiden könnten. Jedoch wurden auch negative Meinungen über das Bergbauprojekt geäußert, wobei insbesondere das Argument überwog, die Gemeinden hätten sich in den Verhandlungen durch den kurzfristigen Profit neuer Arbeitsstellen überzeugen lassen und dabei die Langzeiteffekte wie die Beeinträchtigung der Umwelt ausser Acht gelassen. Folglich ist es wahrscheinlich, dass sich die CUPCONL, hätte sie zur Zeit der Verhandlungen bereits über einen TCO-Titel verfügt, stärker um die Beachtung ihrer langfristigen Interessen in ihrem Territorium hätte sorgen können. Jedenfalls würde der TCO-Titel in Zukunft zweifellos für mehr Macht und Rechtssicherheit bezüglich der Landrechte in Nor Lipez sorgen.

Hinsichtlich der oben formulierten Hypothese kann also behauptet werden, dass die ökologische Beeinträchtigung des indigenen Habitats im Tiefland zwar kurzfristig deutlicher erkennbar ist, solche Konflikte mit transnationalen Unternehmungen jedoch auch in Hochland-Territorien ein ständiger Faktor sind. Die Bedeutung des TCO-Titels für Nor Lipez lässt sich allerdings nicht auf die Problematik der natürlichen Ressourcen reduzieren, vielmehr scheint das wichtigste Ziel der Region die Erlangung ihrer Selbstbestimmung innerhalb des ehemaligen Territoriums zu sein. Wie Kapitel 4 zeigt, bemühen sich diverse Akteure um die Revitalisierung der Region, was in näherer Zukunft zur Schaffung einer autonomen indigenen Region führen könnte, in welcher die untersuchte TCO nur einen Teil ausmachen würde.

6.3 Der Prozess

Während das zweite Kapitel zeigte, dass ein historischer Kampf um das Territorium in Nor Lipez seit der Kolonialzeit nachgezeichnet werden kann, ist auch erkennbar, dass die gegenwärtige TCO-Forderung nicht erst mit der Gesuchstellung 1999 begann. Zwei Jahre nach dem Protestmarsch nach La Paz von 1996, wo 31 Bauern aus der Region ihre territorialen Rechte einforderten, genehmigte der bolivianische Präsident die juristische Person der CUPTCNL. Mit dieser Anerkennung begann eine lange Vorbereitungsphase, in der die Verantwortlichen der Gewerkschaftsorganisation vorerst die Grenzen der geplanten TCO definieren mussten. Dies geschah durch das Konsultieren aller interessierten Gemeinden, was sich in der Region als sehr aufwendig erwies. Danach mussten diverse Dokumente gesammelt und ein Gesuchschreiben in Zusammenarbeit mit einem Anwalt und diversen Institutionen verfasst werden. Unter all den zahlreichen technischen Schritten des TCO-Konstituierungsprozesses habe ich

mich hauptsächlich auf die Analyse der zwei aus anthropologischer Sicht aufschlussreichsten Dokumente gestützt: das Gesuchschreiben und die Charakterisierungsstudie.

Zwei Aspekte letzteren Dokumentes sind besonders interessant. Einerseits die Beschreibung der grössten Herausforderungen, die sich während dem Sanierungsprozess präsentiert haben oder noch auftreten könnten und andererseits die Analyse der Identität der Bevölkerung von Nor Lípez. Unter den erwähnten Problematiken sind die wichtigsten 1) der rechtliche Status der Salzebene von Uyuni als Fiskal-Reservat, was die Frage aufwirft, ob die TCO eine legale oder illegale Rechtsüberlappung schaffen würde und 2) die Zweifel über die Repräsentativität der CUPTCNL. Die Zweifel bezüglich der ersten Problematik werden aus der Sicht der Autoren der Charakterisierungsstudie durch die Tatsache, dass nur in 36 der 52 Gemeinden Bauerngewerkschaften vorhanden sind und in acht von diesen Gemeinden die Syndikate mit indigenen Autoritäten koexistieren, gerechtfertigt. Paulino Colque hingegen argumentiert, die Bewohner aller Gemeinden seien automatisch Mitglieder der CUPTCNL und des Weiteren hätten sich alle Gemeinden mit der Gesuchstellung durch diese Organisation einverstanden erklärt. Laut ihm sind die Zweifel an der CUPTCNL unberechtigt, da das Gesetz nicht definiert, welcher Organisationstyp die indigenen Völker repräsentiert und diese sowieso im Laufe der Zeit ihre Organisationsform verändern können, ohne dabei ihre ethnische Identität zu verlieren. Interessant ist, dass lediglich der Namenswechsel der ehemaligen CUPTCNL das INRA von ihrer Legitimität überzeugen konnte. Dies könnte als undemokratische Aufsetzung der Ethnizität durch eine gewerkschaftliche Elite interpretiert werden, aus der Sicht der lokalen Bevölkerung stellt die Namensänderung jedoch keinen besonders bemerkenswerten Akt dar, denn ihre Identität entspringt sowohl ihrer Existenz als Bauern als auch ihrem ethnischen Bewusstsein.

Der andere bedeutsame Beitrag der Charakterisierungsstudie war die Analyse der Identität der Bevölkerung von Nor Lípez. Diese Untersuchung war offensichtlich nötig, weil TCOs gemäss der Gesetzesgrundlage nur im Habitat indigener und eingeborener Gemeinden konstituiert werden dürfen. Laut dem Gesetz bildet in Bolivien der Gemeinschaftsbesitz eine andere Form des kollektiven Agrarbesitzes, welcher Bauern- und *Ex-Hacienda*-Gemeinschaften zusteht und das in der ILO-Konvention 169 definierte Konzept des indigenen Territoriums und die darin implizierten Rechte nicht umfasst. Da die TCO in Nor Lípez nicht durch eine traditionelle indigene Organisation, sondern durch eine Bauerngewerkschaft gefordert wurde, musste das INRA bezweifeln, dass es sich dabei um ein legitimes TCO-Gesuch handelte. Interessant ist daher die Frage, wie die Charakterisierungsstudie die ethnische Identität in Nor Lípez anerkannte. Die Sozialwissenschaften sind gegenwärtig unter dem postmodernen Paradigma gewohnt, Ethnizität und andere Konzepte zu dekonstruieren. In diesem Fall mussten die Anthropologen und Vertreter anderer Disziplinen jedoch versuchen, ein Konzept der ethnischen Identität zu konstruieren, um festzulegen, ob in Nor Lípez eine ethnische Gruppe vorhanden ist. Durch den Vergleich multidisziplinärer Studien kamen die Autoren zur Schlussfolgerung, dass es schwierig sei, eine ethnische Identität der *Lipeños* zu erkennen, da die Identität in der Region stärker auf der Geografie und den produktiven Aktivitäten basiere. Es sei allerdings

eine historische Erinnerung an ein autonom organisiertes Volk, das seit langer Zeit das südliche Hochland Boliviens bewohnte, nachweisbar. Ohne auf dem Konzept der ethnischen Identität (oder der Ethnizität, wie die Autoren der Studie verwirrenderweise meinen) zu insistieren, reichte den Autoren dieses Argument und die erarbeiteten Details über die lokale Kultur, um zu behaupten, die Gesuch stellende Bevölkerung erfülle die Kriterien für eine TCO-Forderung.

Nach diversen Resolutionen, Berichten und öffentlichen Kampagnen hatte die technische Brigade des INRA sechs Grenzsteine gesetzt, als die CUPCONL im Juni 2002 beschloss, die Feldarbeit zu unterbrechen, bis die Gemeinden ihre Konflikte über den genauen Grenzverlauf gelöst haben. Als fast zweieinhalb Jahre später die CUPCONL die Weiterführung der Feldarbeit beantragte, antwortete das INRA, es fehle eine genügende Finanzierung zur Wiederaufnahme des Sanierungsprozesses. So blieb die TCO-Forderung bis heute paralytisch und die CUPCONL begann sich selbst um die Suche nach einer Finanzierung zu bemühen. Trotz dieser Schwierigkeiten zeigte sich Paulino Colque optimistisch bezüglich der Zukunft der TCO und hoffte, dass die Region bis 2012 über den Titel verfügt. Was noch unklar bleibt, ist, ob das INRA den geforderten Teil des Salar de Uyuni titulieren wird, da über die Möglichkeit einer rechtlichen Überlappung mit dem Fiskal-Reservat entschieden werden muss. Eine Reduktion des zu sanierenden Gebietes in anderen Teilen scheint kaum eine Gefahr, auch wenn bis heute noch nicht sicher ist, ob oder wann die Studie zur Identifizierung der räumlichen Bedürfnisse für die TCO durchgeführt wird. Der analysierte Fall ist des Weiteren hauptsächlich problematisch wegen der enormen Grösse des geforderten Territoriums und der existierenden lokalen Konflikte um den Grenzverlauf. Durch die fast komplette Abwesenheit individueller Landbesitzer unterscheidet sich die TCO Nor Lipez von vielen indigenen Territorialforderungen, insbesondere im Tiefland. Diese Gebiete weisen meist eine grosse Anzahl komplexer Problematiken auf, wie z.B. eine Vielzahl individueller Landbesitzer oder Bergbau-, Forstwirtschafts- und Erdölkonzessionen, die zu gewaltsamen Konflikten führen können.

Am Ende dieser Studie können einige Hypothesen anderer Autoren kommentiert und neue Thesen für zukünftige komparative Arbeiten aufgeworfen werden. So empfehle ich, dass in Bezug auf den Konstituierungsprozess indigener Territorien folgende Aspekte untersucht werden sollten:

1. Sowohl die Existenz, Anzahl und die Typen rechtlicher Überlappungen und individueller Landbesitzer, als auch die daraus entstehenden Konflikte.
2. Die Argumentation und Mittel zum Beweis der traditionellen Nutzung des geforderten Territoriums: Existieren koloniale Titel, welche die Argumentation erleichtern oder müssen andere Methoden angewandt werden?
3. Ökonomische Aktivitäten: Die Forderungen von Jäger- und Sammler-Gesellschaften sind speziell umstritten, da sie ein sehr grosses Territorium für eine extrem kleine Bevölkerung beanspruchen.

4. Soziale, politische und institutionelle Organisation der fordernden Bevölkerung: Existieren repräsentative Organisationen, welche in der Lage sind, ein Territorium auf dem Rechtsweg einzufordern? Falls mehrere Organisationen vorhanden sind: Welche wird als legitime Repräsentantin gewählt und welche Konflikte entstehen aus dieser Situation? In welchem Ausmass wird die Forderung innerhalb der Landesgrenzen und transnational unterstützt?
5. Verfügt der Staat, von dem ein indigenes Territorium gefordert wird, über einen ausgearbeiteten Gesetzesrahmen indigener Rechte oder müssen die Indigenen ausserhalb der Gesetze argumentieren? Welches sind die Einschränkungen oder Mängel vorhandener Gesetze?

Ein Unterschied zwischen indigenen Völkern des Tief- und des Hochlandes besteht darin, dass letztere häufig über diverse Organisationen verfügen, welche eine TCO beantragen könnten. So kann sich wie in Nor Lípez die Frage aufdrängen, ob die gesuchstellenden Organisation eine traditionell indigene oder eine gewerkschaftliche sein sollte. Falls es sich um eine traditionelle Organisation handelt, welche wie die *Ayllus* auf mehreren Ebenen Autoritäten aufweist, aber teilweise stark destrukturiert ist, kann der Entscheid darüber, welche dieser Ebenen die TCO fordern sollte, weiter fragmentierend wirken.

Anderweitig widerlegt die vorliegende Studie die populäre Hypothese, das Hochland sei ethnisch homogener als das Tiefland und seine indigenen Völker hätten kein Interesse an der Rekonstituierung ihres traditionell kollektiven Landbesitzes, um so ihren in den letzten Jahrzehnten angeeigneten individuellen Parzellenbesitz weiterzuführen. Vielmehr ist erkennbar, dass heute im Hochland unterschiedliche Besitzformen koexistieren, wobei im südlichen *Altiplano* Boliviens der kollektive Landbesitz dominiert und bis heute mehrere TCO-Gesuche eingereicht wurden.

Abschliessend möchte ich mich noch auf die Hypothese von Postero und Zamosc (2004: 15-20) zur indigenen Autonomie beziehen, da dies eines der zentralen Themen der gegenwärtigen bolivianischen Politik darstellt. Diese beiden Autoren betonen, dass die indigenen Völker Lateinamerikas keine Standardforderungen stellen: Während eines ihrer fast generellen Ziele die zweisprachige und interkulturelle Bildung ist, seien in den Themen Autonomie, territoriale Kontrolle und Partizipation weniger Gemeinsamkeiten vorhanden. Sie behaupten diesbezüglich:

1. Die politische und territoriale Autonomie sei ein Hauptziel der meisten indigenen Tieflandvölker insbesondere im Amazonasgebiet und an der Küste Zentralamerikas, um ihre Lebensweise als indigene Völker aufrechtzuerhalten.
2. Die Autonomie und das Territorium seien nicht Hauptziele der Indigenen im Hochland Boliviens und Guatemalas, wo sie mindestens die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Ihre Forderungen würden sich vielmehr in den Bereichen Gleichheit, Partizipation und Multikulturalismus artikulieren.

Diese Behauptungen klingen interessant, die vorliegende Studie widerspricht ihnen aber deutlich. Zwar ist es wahr, dass im Hochland viele Indigene heute individuellen Parzellenbesitz pflegen und dadurch teilweise weniger an Autonomie interessiert sein mögen, doch wurden in Bolivien bis heute im Hochland viel mehr TCOs als im Tiefland gefordert, auch wenn diese teilweise sehr kleine Gebiete umfassen. Gegenwärtig zeigt sich auch, dass die indigene Autonomie sogar primär im Hochland gefordert wurde und gerade auch in Gebieten angestrebt wird, wo der Individualbesitz vorherrscht.

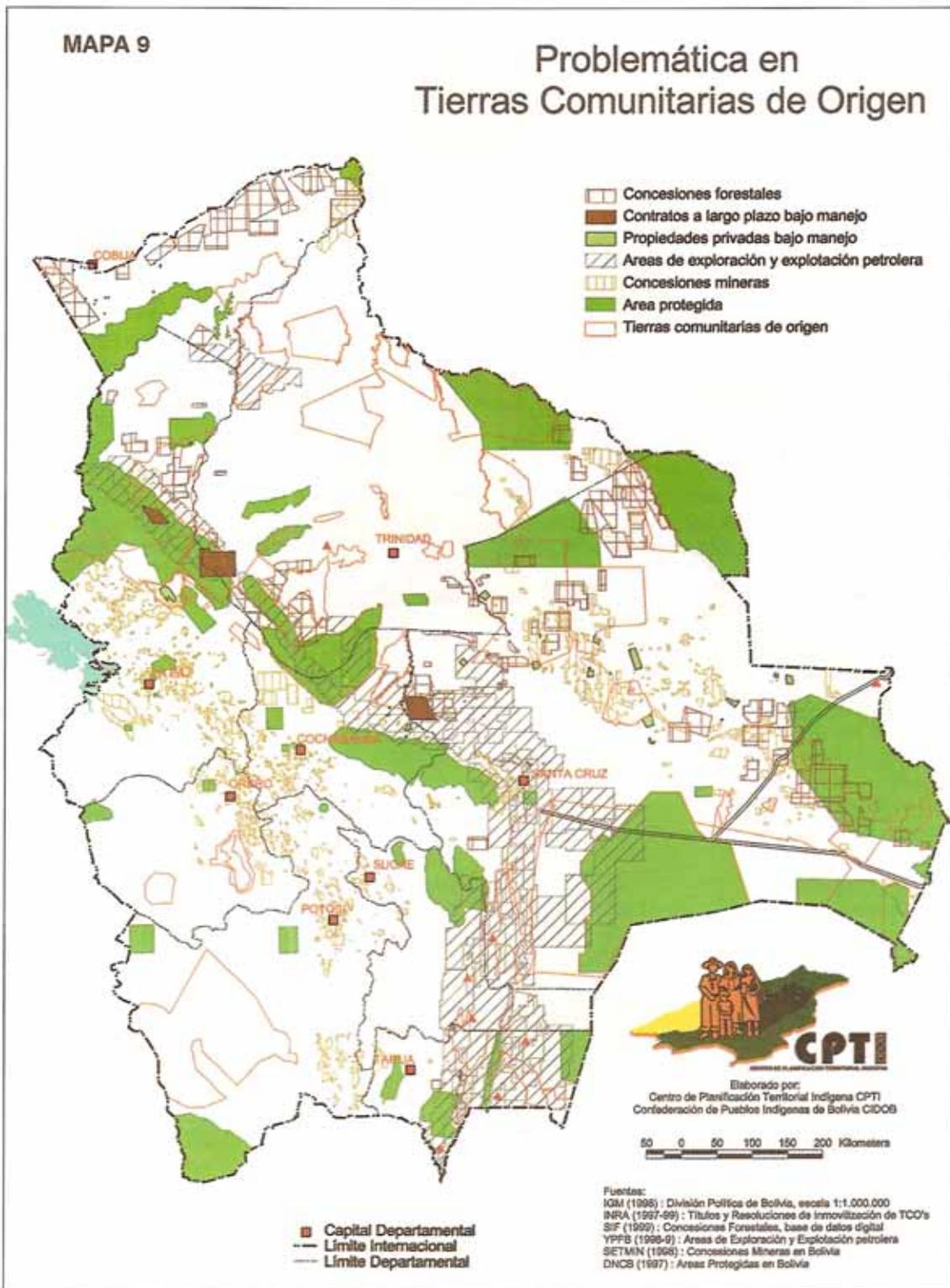
Anhang 1: Abkürzungen

ANAPQUI	Asociación Nacional de Productores de Quinoa	Nationale Vereinigung der Quinoaproduzenten
CAOP	Consejo de Ayllus Originarios de Potosí	Rat der <i>Ayllus</i> der Eingeborenen von Potosí
CEDIB	Centro de Documentación e Información de Bolivia	Dokumentations- und Informationszentrum Boliviens
CEDLA	Centro de Estudios para el Desarrollo laboral y Agrario	Zentrum für Studien zur Entwicklung von Arbeit und Landwirtschaft
CENDA	Centro de Comunicación y Desarrollo Andino	Zentrum für Kommunikation und andine Entwicklung
CEPROMIN	Centro de Promoción Minera	Zentrum für die Förderung des Bergbaus
CIDOB	Confederación de Indígenas del Oriente de Bolivia	Konföderation der Indigenen Ostboliviens
CIRESU	Complejo Industrial de Recursos Evaporíticos del Salar de Uyuni	Industrieller Komplex der evaporitischen Ressourcen des Salar de Uyuni
COB	Central Obrera Boliviana	Bolivianische Arbeiterzentrale
COICA	Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica	Koordinatorin der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens
CONAMAQ	Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu	Nationaler Rat der <i>Ayllus</i> und <i>Markas</i> des <i>Qullasuyu</i>
CSUTCB	Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia	Konföderation der Bauerngewerkschaften Boliviens
CUPCONL	Central Única Provincial de Comunidades Originarias de Nor Lípez	Zentrale der Eingeborenengemeinschaften der Provinz Nor Lípez

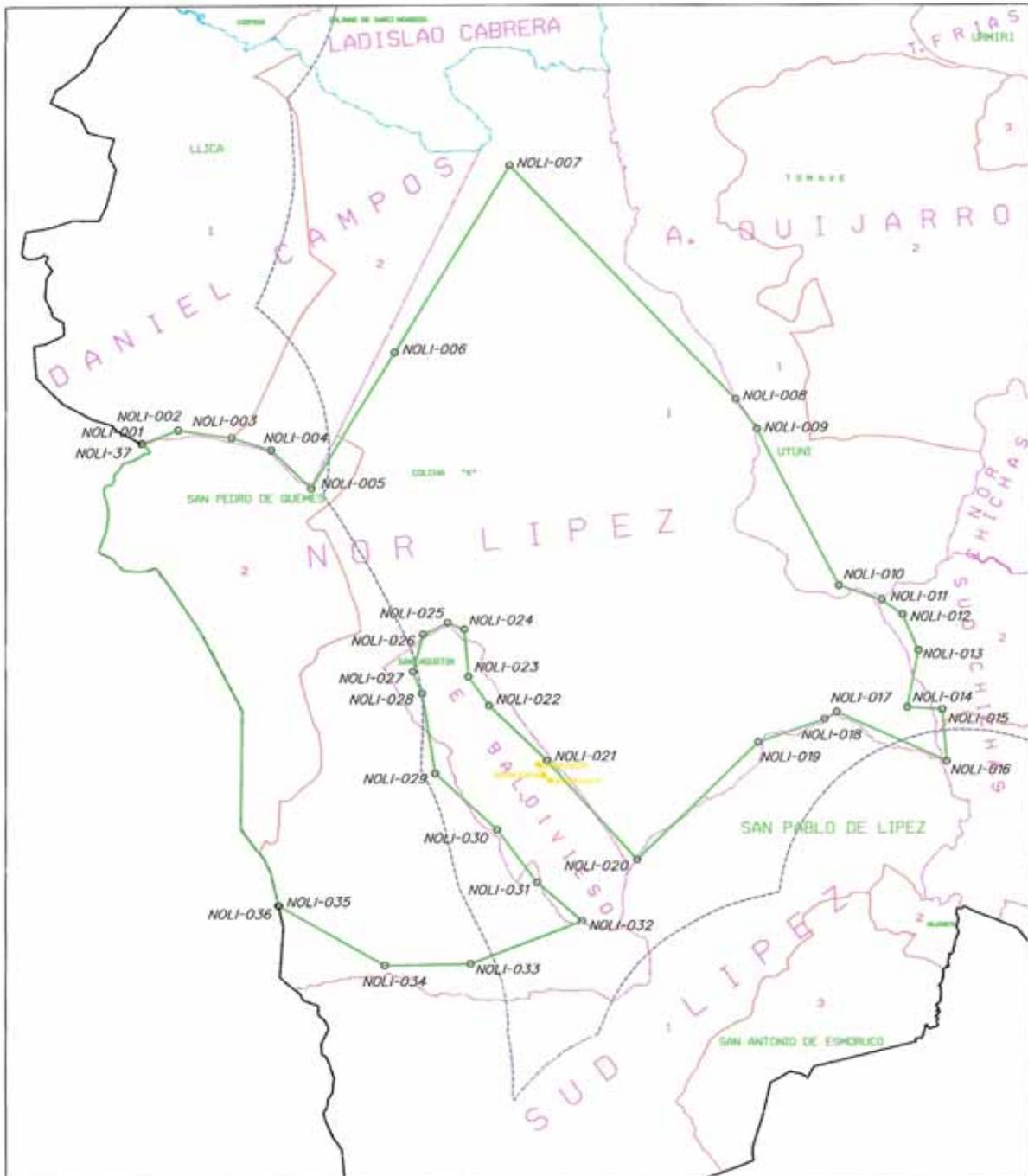
CUPTCNL	Central Única Provincial de Trabajadores Campesinos de Nor LÍpez	Bauernzentrale der Provinz Nor LÍpez
DMI	Distrito Municipal Indígena	Indigener Gemeindedistrikt
EINE	Estudio de Identificación de Necesidades Espaciales CPE	Studie zur Identifizierung der räumlichen Bedürfnisse
FNMCB-BS	Federación Nacional de Mujeres Campesinas de Bolivia "Bartolina Sisa"	Nationale Föderation der bolivianischen Bäuerinnen „Bartolina Sisa“
FRUTCAS	Federación Regional Única de Trabajadores Campesinos del Altiplano Sur	Regionale Föderation der Bauern des südlichen Hochlands
FSC	Fundación San Cristóbal	Stiftung San Cristóbal
IGM	Instituto Geográfico Militar	Geografisch-Militärisches Institut
ILO	International Labor Organization	Internationale Arbeitsorganisation
IWF		Internationaler Währungsfonds
INRA	Instituto Nacional de Reforma Agraria	Nationales Institut für Agrarreform
ISALP	Investigación Social y Asesoramiento Legal Potosí	Sozialforschung und rechtliche Beratung Potosí
Ley UPAs	Ley de Unidades Político Administrativas	Gesetz der politisch-administrativen Einheiten
LITHCO	Lithium Corporation of America	
LPP	Ley de Participación Popular	Volksbeteiligungsgesetz
MANGT-LÍpez	Mancomunidad Municipal de la Gran Tierra de los LÍpez	Gemeindezusammenschluss der <i>Gran Tierra de los LÍpez</i>
MAS	Movimiento al Socialismo	Bewegung zum Sozialismus
MNR	Movimiento Nacionalista Revolucionario	Nationalistisch-revolutionäre Bewegung
MSC	Minera San Cristóbal S.A.	
NRO		Nichtregierungsorganisation
OLAMI	Organismo Latinoamericano de Minería	Lateinamerikanische Stelle für Bergbau
OTB	Organización Territorial de Base	Territoriale Basisorganisation
PEDEL	Plan Estratégico de Desarrollo Económico Local	Strategischer Plan für lokale Wirtschaftsentwicklung

PDDI	Plan Distrital de Desarrollo Indígena	Distriktsplan für die indigene Entwicklung
PDRISOP	Plan de Desarrollo Regional Integral del Sudoeste Potosino	Plan für eine integrale regionale Entwicklung des Südwestens von Potosí
SAH		Schweizerisches Arbeiterhilfswerk
SOPROQUI	Sociedad Provincial de Productores de Quinoa	Provinzielle Gesellschaft der Quinoaproduzenten
TCO	Tierras Comunitarias de Origen	Gemeinschaftliche Herkunftsterritorien
VAIPO	Viceministerio de Asuntos Indígenas y Pueblos Originarios	Vizeministerium für indigene Angelegenheiten und Eingeborenen-völker

Anhang 2: Karten

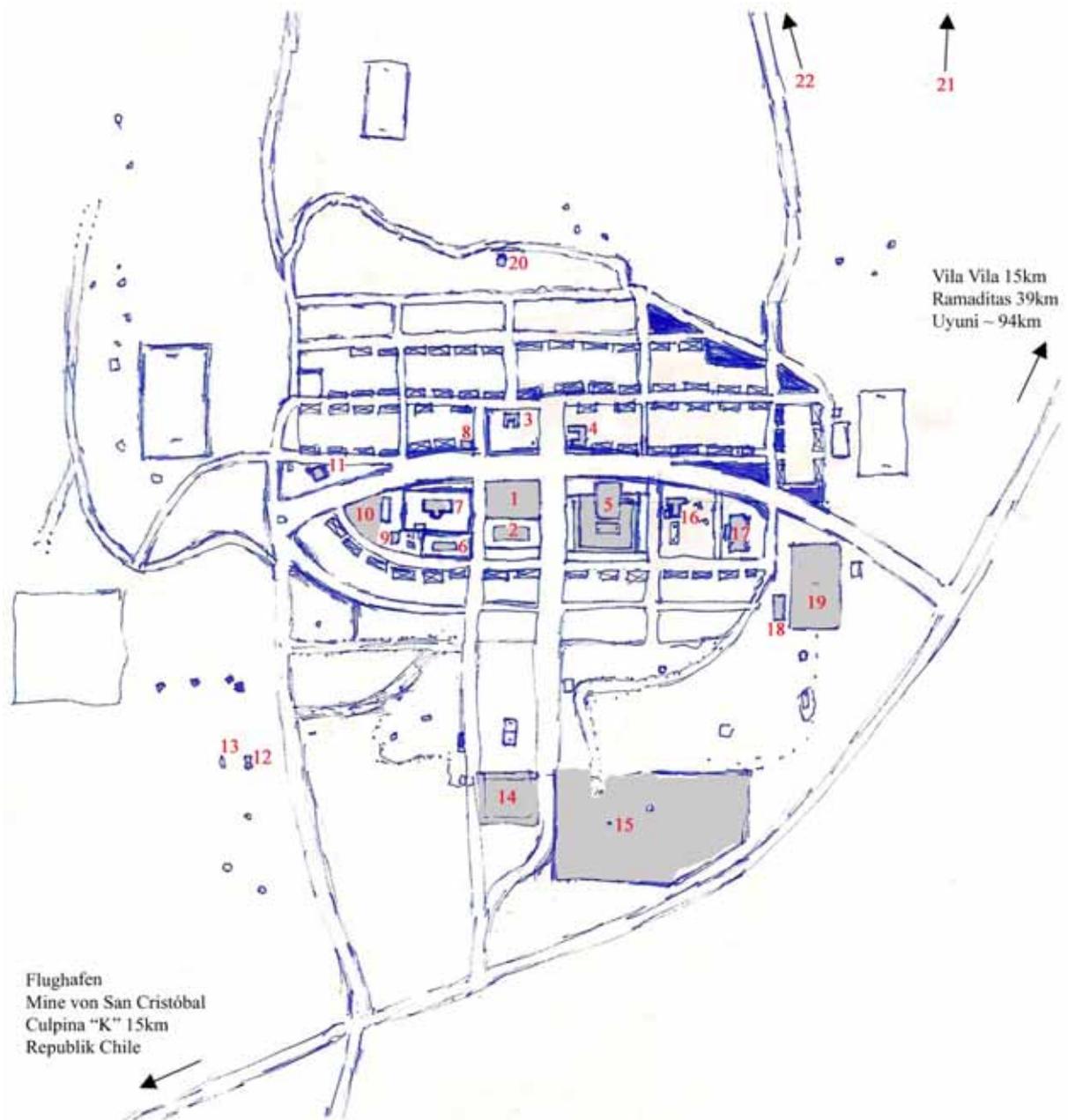


Karte 1: Problematiken in bolivianischen TCOs. Quelle: Martínez Montaña (2000: 39)



Karte 2: Die vom INRA definierten Grenzpunkte der TCO Nor Lipez.

Quelle: Departementales INRA Potosí

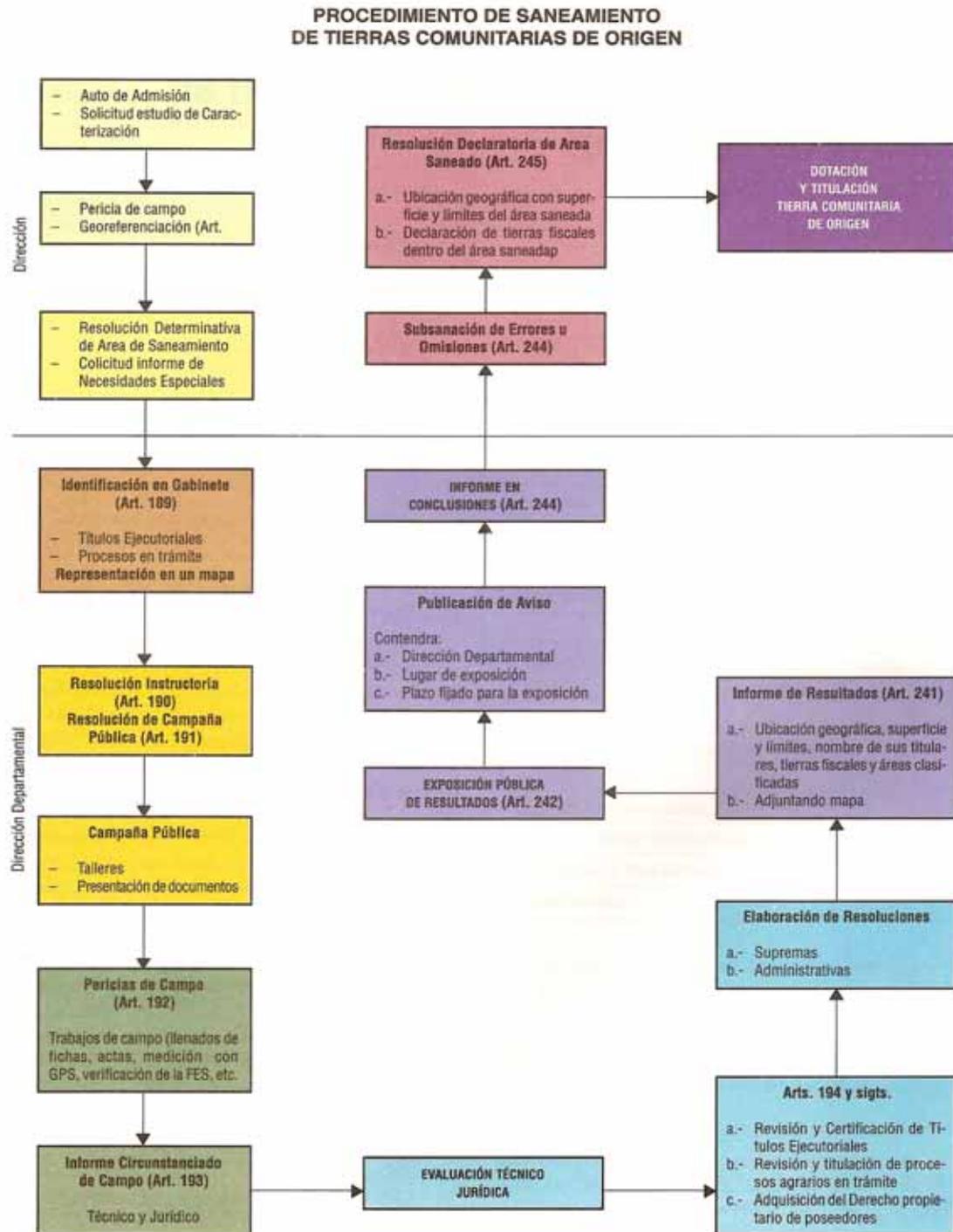


- | | |
|---|---------------------------------------|
| 1 Platz | 12 Servicestation Tres Gigantes Ltda. |
| 2 Kirche | 13 Tankstelle „Tres Gigantes“ |
| 3 Regierungsgebäude | 14 Schule im Bau |
| 4 Stiftung San Cristóbal | 15 Ritualzentrum „Achupalla“ |
| 5 Schule und Turnhalle | 16 Markthalle |
| 6 Kulturzentrum und Frauenbildung | 17 Spital |
| 7 Hotel San Cristóbal | 18 Squashhalle |
| 8 Minera San Cristóbal S.A. Dorfbeziehungen | 19 Stadion |
| 9 Autowerkstatt | 20 Generator |
| 10 Spielplatz | 21 Treibhaus |
| 11 Museum | 22 Friedhof |

Karte 3: Die umgesiedelte Gemeinde San Cristóbal.

Skizze des Autors

Anhang 3: Grafik



Grafik 1: Gesetzlich definierter Prozess der TCO-Sanierung.

Quelle: Martínez Montaña (2000: 171)

Anhang 4: Lage der TCO Nor LÍpez bezüglich der politisch-administrativen Struktur

Departement	Provinz	Sektion(en)	Kanton(e)
Potosí	Nor LÍpez	Erste	Alle
		Zweite	Alle
	Daniel Campos	Erste	Canquilla
		Zweite	Yonza
	Antonio Quijarro	Erste	Uyuni
	Sud Chichas	Erste	Soracaya Chillco
		Zweite	Chocaya Tacmari San Vicente
	Sud LÍpez	Erste	San Pablo de LÍpez San Antonio de LÍpez
	E. Baldivieso	Erste	San Agustín Alota Cerro Gordo Todos Santos

Bibliografie

Bücher und Artikel

Albó, Xavier

- 1986a Etnicidad y Clase en la Gran Rebelión Aymara/Quechua. Kataris, Amarus y Bases. 1780-1781. In: Calderón, Fernando und Jorge Dandler (Hg.): Bolivia. La Fuerza Histórica del Campesinado. Genf: UNRISD.
- 1986b Bases Étnicas y Sociales para la Participación Aymara. In: Calderón, Fernando und Jorge Dandler (Hg.): Bolivia. La Fuerza Histórica del Campesinado. Genf: UNRISD.
- 1987 From MNRistas to Kataristas to Katari. In: Stern, Steve J. (Hg.): Resistance, Rebellion, and Consciousness in the Andean Peasant World. 18th to 20th Centuries. Wisconsin: The University of Wisconsin Press.

Almaraz, Alejandro

- 2003 ¿Qué Son las Tierras Comunitarias de Origen T.C.O.? Cochabamba: CENDA.

Álvarez Molinero, Natalia

- 2005 Algunos Elementos de la Personalidad Jurídica de los Pueblos Indígenas en el Derecho Argentino. ¿Un Asunto para los Derechos Humanos o para el Derecho Internacional? In: Wilhelmi, Marco Aparicio (Koord.): Caminos hacia el Reconocimiento. Pueblos Indígenas, Derechos y Pluralismo. Girona: Universitat de Girona.

Anaya, S. James und Claudio Grossman

- 2003 El Caso Awas Tingni vs. Nicaragua. Un Nuevo Hito en el Derecho Internacional de los Pueblos Indígenas. In: Gómez Isa, Felipe (Hg.): El Caso Awas Tingni contra Nicaragua. Bilbao: Universidad de Deusto.

Anderson, Benedict

- 1991 Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. London, etc.: Verso.

AOS

- 1999 Bolivien. Alte Landrechte neu erkämpfen. Pressedienst 3 / 1999.
- 2000 „Unsere Lamas kennen keine Grenzen“. Pressedienst 07 / 2000.

Asamblea Constituyente

- 19.06.2006 Los Partidos Prefieren Mantener la División Política del País. Quelle:
<http://www.constituyentesoberana.org/info/?q=node/194>

Assies, Willem

- 2003 Territorialidad, Indianidad y Desarrollo. Las Cuentas Pendientes. Ponencia preparada para la *Tercera Semana de la Cooperación y de la Solidaridad Internacional. América Latina*. Tolosa, 18.-22. November 2003. Quelle:
<http://www.iisg.nl/labouragain/documents/assies.pdf>
- 2006 La “Media Luna” sobre Bolivia. Nación, Región, Etnia y Clase Social. In: *América Latina Hoy* 43: 87-105.

Aylwin, José

- 2002 El Acceso de los Indígenas a la Tierra en los Ordenamientos Jurídicos de América Latina. Un Estudio de Casos. Band 1. Santiago de Chile: Vereinte Nationen.

Barry, Brian

- 2001 Culture and Equality. An Egalitarian Critique of Multiculturalism. Cambridge: Polity Press.

Berthelot, Jean

- 1986 The Extraction of Precious Metals at the Time of the Inka. In: Murra, John V. et al. (Hg.): *Anthropological History of Andean Polities*. Cambridge etc: Cambridge University Press.

Bielefeldt, Heiner

- 2004 Rechte kultureller Minderheiten als Freiheitsanspruch. Zur menschenrechtlichen Begründung des Minderheitenschutzes. In: Bielefeldt, Heiner und Jörg Lüer (Hg.): *Rechte nationaler Minderheiten*. Bielefeld: Transcript Verlag.

Brysk, Alison

- 1994 Acting Globally. Indian Rights and International Politics in Latin America. In: Van Cott, Donna Lee (Hg.): *Indigenous Peoples and Democracy in Latin America*. New York: St. Martin's Press.

Calderón, Fernando und Jorge Dandler (Hg.)

- 1986 Bolivia. La Fuerza Histórica del Campesinado. Genf: UNRISD.

Calderón, Fernando et al.

- 1992 Social Movements. Actors, Theories, Expectations. In: Escobar, Arturo und Sonia E. Álvarez (Hg.): The Making of Social Movements in Latin America. Identity, Strategy and Democracy. Boulder, Oxford: Westview Press.

Castaño Uribe, Carlos

- 1995 Human Occupancy of Colombia's National Parks. Policies and Prospects. In: Amend, Stephan und Thora Amend (Hg.): National Parks without People? The South American Experience. Gland und Quito: IUCN – The World Conservation Union.

CENDA

- 2006 Las Organizaciones Indígenas, Originarias, Campesinas y Colonizadores Proponemos: "Autonomías Territoriales Indígenas". Cochabamba: CENDA.

Choque, María Eugenia

- o. Datum La Reconstitución del *Ayllu* y los Derechos de los Pueblos Indígenas. Fuente: <http://www.flacso.org.ec/docs/sasintchoque.pdf>

Colque Muraña, Paulino

- 1996 Marcha por Tierra y Territorio. Unveröffentlichtes Flugblatt der FRUTCAS.

Dandler, Jorge

- 1983 Sindicalismo Campesino en Bolivia. Cambios Estructurales en Ucureña 1935-1952. Cochabamba: Centro de Estudios de la Realidad Económica y Social.
- 1986 Campesinado y Reforma Agraria en Cochabamba (1952-1953). Dinámica de un Movimiento Campesino en Bolivia. In: Calderón und Dandler: Bolivia. La Fuerza Histórica del Campesinado. Genf: UNRISD.

Dandler, Jorge und Juan Torrico

- 1986 El Congreso Nacional Indígena de 1945 y la Rebelión de Ayopaya (1947). In: Calderón und Dandler: Bolivia. La Fuerza Histórica del Campesinado. Genf: UNRISD.

De Sousa Santos, Boaventura

- 2007 La Reinención del Estado y el Estado Plurinacional. Cochabamba: CENDA / CEJIS / CEDIB.

Diverse Autoren

- 1998-2007 Die offiziellen Dokumente der TCO-Forderung Nor Lítez. (Bände I, II und III). Unveröffentlichte Dokumente des INRA Potosí.

Droz, Sabine und Shanti Corpataux

- 2007 “¿Cuál Es otro Lugar? – No Hay otro Lugar”. Landabsicherungsprozess und wirtschaftliche Strategien in einer comunidad indígena der Provinz Salta, Nordwestargentinien. Masterarbeit am Institut für Sozialanthropologie in Bern, Schweiz, unveröffentlichtes Manuskript.

Falk Moore, Sally

- 1978 Law and Anthropology. In: Law as Process. Anthropological Approach. London, etc: Routledge & Kegan Paul.

Fundación Tierra

- 2006 Para una Reconducción Efectiva de la Reforma Agraria. Ocho Nuevas Modificaciones a la Ley INRA. La Paz: Fundación Tierra.

Giddens, Anthony

- 1984 The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration. Cambridge: Polity Press.

Gómez Rocabado, Pedro (Koord.)

- 2004 Informe de Investigación. Proyecto de Negociación y Toma de Decisiones para Comunidades Mineras de Potosí. Casos: Proyectos San Cristóbal y San Bartolomé. La Paz: CEPROMIN.

Goodale, Mark

- 2001 A Complex Legal Universe in Motion. Rights, Obligations, and Rural-Legal Intellectuality in the Bolivian Andes. Wisconsin: UMI Dissertation Services.

Green, Leslie

- 1995 Internal Minorities and Their Rights. In: Kymlicka, Will (Hg.): The Rights of Minority Cultures. Oxford etc: Oxford University Press.

Gysler, Manuel

- In Vorbereitung La Lucha por el Territorio en Nor Lípez. Contexto, Significado y Proceso de una Demanda de TCO en el Altiplano Meridional de Bolivia. La Paz: Plural Editores.

Habermas, Jürgen

- 1992 Anerkennungskämpfe im demokratischen Rechtsstaat. In: Taylor, Charles (Hg.): Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

He, Baogang

- 2003 Confucianism versus Liberalism over Minority Rights. A Critical Response to Will Kymlicka. Quelle: <http://www.china-review.com/english/eng-32.htm>
- 2005 Minority Rights with Chinese Characteristics. In: Kymlicka, Will und Baogang He (Hg.): *Multiculturalism in Asia*. Oxford, etc.: Oxford University Press.

Hurtado, Javier

- 1986 *El Katarismo*. La Paz: Instituto de historia social boliviana HISBOL.

Kälin, Walter

- 1999 Grundrechte im Kulturkonflikt. Freiheit und Gleichheit in der Einwanderungsgesellschaft. Quelle: http://www.oefre.unibe.ch/unibe/rechtswissenschaft/oefre/content/e700/e1357/e772/e2750/e2751/NFP-Buch-Nov99_ger.pdf

Klein, Herbert S.

- 2003 *A Concise History of Bolivia*. New York: Cambridge University Press.

Kukathas, Chandran

- 1992a Are There any Cultural Rights? In: *Political Theory*, Vol. 20, Nr. 1.
- 1992b Cultural Rights Again. A Rejoinder to Kymlicka. In: *Political Theory*, Vol. 20, Nr. 4.
- 1995 Liberalism and Multiculturalism. The Politics of Indifference. In: *Political Theory*, Vol. 26, Nr. 5.
- 1997 Cultural Toleration. In: Shapiro, Ian und Will Kymlicka (Hg.): *Ethnicity and Group Rights*. New York, etc.: New York University Press.

Kymlicka, Will

- 1995a *Multicultural Citizenship. A Liberal Theory of Minority Rights*. Oxford: Clarendon Press.

Kymlicka, Will (Hg.)

- 1995b *The Rights of Minority Cultures*. Oxford etc: Oxford University Press.

Kymlicka, Will und Baogang He (Hg.)

- 2005 *Multiculturlism in Asia*. Oxford etc: Oxford University Press.

Lévi-Strauss, Claude

- 1996 *Anthropologie Structurale*. Paris: Plon.

López, Luis Enrique und Pablo Regalsky (Hg.)

- 2005 *Movimientos Indígenas y Estado en Bolivia*. La Paz: Plural editores.

Marés de Souza Filho, Carlos Federico

- 1992 Brasil, Amazonía e Indios. El Derecho en Jaque. In: Cárdenas, Martha et al.

(Hg.): *Derechos Territoriales Indígenas y Ecología en las Selvas Tropicales del América*. Bogotá: CEREC.

Martínez Montaña, José A.

2000a Conclusiones Finales. In: Martínez Montaña, José A. (Hg.) 2000: *Atlas Territorios Indígenas en Bolivia. Situación de las Tierras Comunitarias de Origen (TCOs) y Proceso de Titulación*. La Paz: Plural editores.

2000b *Visión General de los Territorios Indígenas*. In: Martínez Montaña, José A. (Hg.) 2000: *Atlas Territorios Indígenas en Bolivia. Situación de las Tierras Comunitarias de Origen (TCOs) y Proceso de Titulación*. La Paz: Plural editores.

Martínez Montaña, José A. (Hg.)

2000 *Atlas Territorios Indígenas en Bolivia. Situación de las Tierras Comunitarias de Origen (TCOs) y Proceso de Titulación*. La Paz: Plural editores.

Masuda, Shozo et al. (Hg.)

1985 *Andean Ecology and Civilization. An Interdisciplinary Perspective on Andean Ecological Complementarity*. Tokyo: University of Tokyo Press.

Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Planung und Vizeministerium für strategische Planung und Volksbeteiligung

2002 *Municipios, Distritos Municipales Indígenas y Tierras Comunitarias de Origen en las Tierras Altas de Bolivia*. La Paz: Artes Gráficas Cruz.

Muñoz, Blanca

1986 *La Participación de la Mujer Campesina en Bolivia. Un Estudio del Altiplano*. In: Calderón, Fernando und Jorge Dandler (Hg.): *Bolivia. La Fuerza Histórica del Campesinado*. Genf: UNRISD.

Murra, John V.

1985 *Formaciones Económicas y Políticas del Mundo Andino*. Lima: Instituto de Estudios Peruanos.

1986 *The Expansion of the Inka State. Armies, War, and Rebellions*. In: Murra, John V. et al. (Hg.): *Anthropological History of Andean Polities*. Cambridge etc: Cambridge University Press.

Murra, John V. et al. (Hg.)

1986 *Anthropological History of Andean Polities*. Cambridge etc: Cambridge University Press.

Murra, John V. und Nathan Wachtel

- 1986 Introduction. In: Murra, John V. et al. (Hg.): *Anthropological History of Andean Polities*. Cambridge etc: Cambridge University Press.

Nimni, Ephraim

- 1995 Marx, Engels, and the National Question. In: Kymlicka, Will (Hg.): *The Rights of Minority Cultures*. Oxford, etc.: Oxford University Press.

Ocampo, Gloria Isabel

- 1997 Diversidad Étnica y Jurisdicción Indígena en Colombia. In: *Boletín de Antropología*, vol. 11, no. 27.

Ormachea Saavedra, Enrique

- 2007 ¿Revolución Agraria o Consolidación de la Vía Terrateniente? La Paz: CEDLA.

Pacheco, Pablo

- 2006 Descentralización Forestal en Bolivia. Implicaciones en el Gobierno de los Recursos Forestales y el Bienestar de los Grupos Marginados. La Paz: Plural Editores.

Parekh, Bhikhu

- 2006 Rethinking Multiculturalism. Cultural Diversity and Political Theory. New York: Palgrave Macmillan.

PASOC und CIPCA

- 2007 Saneario de Tierras e Identificación de Tierras Fiscales en Santa Cruz. Santa Cruz: CIPCA.

Paz Patiño, Sarela (Koord.)

- 2005 Territorios Indígenas y Empresas Petroleras. Cochabamba: CESU-UMSS / CEIDIS / CENDA.

Pearse, Andrew

- 1986 Campesinado y Revolción. El Caso de Bolivia. In: Calderón, Fernando und Jorge Dandler (Hg.): *Bolivia. La Fuerza Histórica del Campesinado*. Genf: UNRISD.

Pease G. Y. Franklin

- 1985 Cases and Variations of Verticality in the Southern Andes. In: Masuda, Shozo et al. (Hg.): *Andean Ecology and Civilization. An Interdisciplinary Perspective on Andean Ecological Complementarity*. Tokyo: University of Tokyo Press.

Plata, Wilfredo

- 2008 El Discurso Autonomista de las Élités de Santa Cruz. In: Soruco, Ximena (Koord.): Los Barones del Oriente. El Poder en Santa Cruz Ayer y Hoy. Santa Cruz: Fundación Tierra.

Platt, Tristan

- 1982 Estado Boliviano y Ayllu Andino. Tierra y Tributo en el Norte de Potosí. Lima: Instituto de Estudios Peruanos.
- 1987 The Andean Experience of Bolivian Liberalism, 1825-1900. Roots of Rebellion in 19th Century Chayanta (Potosí). In: Resistance, Rebellion, and Consciousness in the Andean Peasant World. 18th to 20th Centuries. Wisconsin: The University of Wisconsin Press.

Postero, Nancy

- 2004 Articulations and Fragmentations. Indigenous Politics in Bolivia. In: Postero, Nancy und Leon Zamosc (Hg.): The Struggle for Indigenous Rights in Latin America. Brighton, Portland: Sussex Academic Press.
- 2006 Now We Are Citizens. Indigenous Politics in Postmulticultural Bolivia. Stanford, California: Stanford University Press.

Postero, Nancy und Leon Zamosc (Hg.)

- 2004 The Struggle for Indigenous Rights in Latin America. Brighton, Portland: Sussex Academic Press.

Quisbert Salinas, Francisco und Expectación Huanca Bautista

- 2001 Los Lípez. Sangre y Oro. Cochabamba: CENDA.

Ragonese, Natalio Victor und Francisco Quisbert Salinas

- 2005 Grano de Oro y Asalto. Primeras Experiencias de Comercialización de la Quinoa. Cochabamba: CENDA.

Regalsky, Pablo

- 2003 Etnicidad y Clase. El Estado Boliviano y las Estrategias Andinas de Manejo de su Espacio. La Paz: Plural editores.

Regalsky, Pablo und Francisco Quisbert

- 2005 Localidad, Clase y Territorios Indígenas en Bolivia. Quelle: <http://www.constituyentesoberana.org/estudiosymaterialdeanálisis/autonomia/localidadclaseyterritoriosindigenas.htm>

Said, Edward W.

2003 Orientalism. London: Penguin Books.

Salomon, Frank

1985 The Dynamic Potential of the Complementarity Concept. In: Masuda, Shozo et al. (Hg.): Andean Ecology and Civilization. An Interdisciplinary Perspective on Andean Ecological Complementarity. Tokyo: University of Tokyo Press.

Shapiro, Ian und Will Kymlicka (Hg.)

1997 Ethnicity and Group Rights. New York etc: New York University Press.

Sieder, Rachel

1997 Customary Law and Democratic Transition in Guatemala. London: Institute of Latin American Studies.

Soruco, Ximena (Koord.)

2008 Los Barones del Oriente. El Poder en Santa Cruz Ayer y Hoy. Santa Cruz: Fundación Tierra.

Stavenhagen, Rodolfo und Diego Iturralde (Hg.)

1990 Entre la Ley y la Costumbre. México: Instituto Indigenista Interamericano e Instituto Interamericano de Derechos Humanos.

Stern, Steve J. (Hg.)

1987 Resistance, Rebellion, and Consciousness in the Andean Peasant World. 18th to 20th Centuries. Wisconsin: The University of Wisconsin Press.

Ströbele-Gregor, Juliana

1997a Ley de Participación Popular y Movimiento Popular en Bolivia. In: Henstenberg; Peter et al. (Hg.) 1999: Sociedad Civil en América Latina. Representación de Intereses y Gobernabilidad. Caracas: Nueva Sociedad. 133-146.

1997b Zwischen Konfrontation und Kooperation. Indianische Bewegungen und Staat in Bolivien. In: Von Gleich, Utta (Hg.): Indigene Völker in Lateinamerika. Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential? Frankfurt a. M.: Vervuert Verlag.

Taylor, Charles (Hg.)

1992 Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Teijeiro V., José

2007 Regionalización y Diversidad Étnica Cultural en las Tierras Bajas del Subandino Amazónico y Platense de Bolivia. La Paz: Plural editores.

Urenda Díaz, Juan Carlos

- 2006 Separando la Paja del Trigo. Bases para Constituir las Autonomías Departamentales. O.O: Academia Boliviana de Estudios Constitucionales.

Urioste F. de C., Miguel

- 2005 Bolivia. La Reforma Agraria Abandonada. Valles y Altiplano. La Paz: Fundación Tierra.

Van Cott, Donna Lee

- 2000 The Friendly Liquidation of the Past. The Politics of Diversity in Latin America. Pittsburgh: the University of Pittsburgh Press.

Van Cott, Donna Lee (Hg.)

- 1994 Indigenous Peoples and Democracy in Latin America. New York: St. Martin's Press.

Vizeministerium für nachhaltige Entwicklung und Planung et al.

- 1999 Caracterización TCO Nor LÍpez. In: Diverse Autoren 1998-2007: Die offiziellen Dokumente der TCO-Forderung Nor LÍpez. Unveröffentlichte Dokumente INRA Potosí. Bände II und III: 392-456.

Von Gleich, Utta (Hg.)

- 1997 Indigene Völker in Lateinamerika. Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential? Frankfurt a. M.: Vervuert Verlag.

Walzer, Michael

- 1995 Pluralism. A Political Perspective. In: Kymlicka, Will (Hg.): The Rights of Minority Cultures. Oxford, etc.: Oxford University Press.
- 1997 On Toleration. New Haven (Conn.) etc: Yale University Press.

Wicker, H. R.

- 1999 Bodenrechtskonflikte indigener Gruppen in Paraguay im Spannungsfeld lokaler, nationaler und globaler Kontexte. In: Alber, Erdmute und Julia Eckert (Hg.): Settling of Land Conflicts by Mediation. Schlichtung von Landkonflikten. Berlin: Institut für Ethnologie Freie Universität Berlin und Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ).

Zeitungsartikel

Bolpress

- 05.03.2007 Entre la Riqueza y la Tragedia. San Cristóbal. El Gran Negocio Minero. Ein Dokument der NRO CEDLA. Quelle: <http://www.bolpress.com/art.php?Cod=2007030531>
- 19.07.2007 Con Destino a Asia. San Cristóbal Comenzó a Exportar Concentrados de Plata, Plomo y Zinc. Ein Dokument der Energy Press. Quelle: <http://www.bolpress.com/art.php?Cod=2007082102>
- 08.08.2007 Renace la Minería Boliviana. Ein Dokument von SERPAL. Quelle: <http://www.bolpress.com/art.php?Cod=2007080823>

El Potosí

- 27.01.2007 Pedido de Crear otro Departamento no Tiene Apoyo.
- 24.12.2007 Presupuesto General de la Nación. Desarrollo del Salar de Uyuni es Prioridad para el Gobierno Nacional.
- 04.03.2008 Definirán el Uso que se le Da. El Estado Boliviano Recupera Hotel de Sal.
- 10.03.2008 Resaltan la Riqueza que Tiene el Departamento. La Autonomía Seduce a Dirigentes Potosinos.
- 20.03.2008 Buscan Consenso en la Población. Potosí Inicia un Proceso Autonómico por su Parte.
- 24.03.2008 Moverá el Mundo dentro de Algunos Años. Litio: el Mayor Energético del Futuro.
- 24.03.2008 Se Habla de un Nuevo Plan Geopolítico. Advierten de Invasión Chilena para Apropiarse de los Recursos del Salar.
- 27.03.2008 Presentaron Proyecto de Ley. Proyectan Explotar Litio a través de una Empresa Pública.
- 01.04.2008 René Joaquino Llama a Buscar el Desarrollo de Potosí. En Aniversario Cívico Alcalde Convoca a la Autonomía.
- 08.04.2008 Apoyan Proyecto para Explotar Litio. Recursos del Salar no Deberían Beneficiar a otros Departamentos.
- 28.04.2008 Invierten \$US 6 Millones. En 18 Meses Estará Lista Planta de Litio.
- 06.05.2008 El Gobierno le Ofreció 350,000 Toneladas. Quieren Regalar Ulexita a la Chilena Quiborax.

- 09.05.2008 Operó en el Salar de Uyuni de Forma Ilegal. Piden Enjuiciar a la Chilena Quiborax por Saquear Ulexita.
- 11.05.2008 Tratará 40 Toneladas de Carga Cada Mes. Evo Inauguró Planta para la Industrialización de Litio.
- 04.06.2008 Ayllus de Chuquisaca y Potosí Proclaman Autonomía. Recuperan la Nación Qhara Qhara y se Divide a Bolivia.
- 05.06.2008 Ayer Comenzó el Encuentro de Markas. Se Reconstituirá la Nación Qhara Qhara esta Jornada.
- 06.06.2008 Los Guerreros de los Andes se Enseñorean. Reconstituyen Nación Qhara Qhara Afirmando que no Dividen al País.
- 14.06.2008 Rotary Club Premiará a Empresas Responsables. San Cristóbal Recibirá el Premio Paul Harris.
- 19.06.2008 Presentó Propuesta a la COMIBOL. Mitsubishi Quiere Sociedad para Explotar Litio Potosino.
- 26.06.2008 Central Obrera. Ampliado Pide Nacionalizar la Minería.
- 27.06.2008 Se Prevé Debate por el Tema. Hay Varias Visiones Respecto a la Autonomía.
- 01.07.2008 Está en el Delta del Río Grande. Planta Piloto de Litio ya Es Construida en Potosí.
- 04.07.2008 Invertirán más de 10 Millones de Dólares. Evo Inaugurará las Obras del Aeropuerto en Uyuni.
- 05.07.2008 Lo Plantean Dirigentes Cívicos. Expertos Deben Defender al País frente a Quiborax.
- 07.07.2008 Buscarán Dar Regalías a Regiones no Productoras. Anuncian Reforma en la Ley de Hidrocarburos.
- 07.07.2008 Maestros y Alumnos. Analizarán la Propuesta de Ley Educativa.
- 11.07.2008 Aporte a la Actividad Turística. Evo Morales Inaugura Aeropuerto en Uyuni.

La Prensa

- 16.09.2007 Sólo la Compañía Fe Minera II Posee 14,625 Hectáreas, el 26 por Ciento del Desierto Blanco. El Gobierno Tiene en la Mira a 46 Empresas del Salar de Uyuni.
- 11.03.2008 Los Pueblos Indígenas Tendrán Listos sus Estatutos Autonómicos hasta Abril. Sindicatos del MAS Amenazan a la CNE con Movilizaciones.
- 06.05.2008 El Ministerio de Minería Considera el Compensar a la Empresa Chilena por

Reversión. El Gobierno Quiere Dar 350,000 Toneladas de Ulexita a Quiborax.

20.06.2008 El CIDOB Redacta Proyecto sobre Autonomías.

La Razón

16.04.2006 Hay 4 Regiones que Quieren Ser Departamentos.

16.09.2007 Explotación Permisiva de Sal y Ulexita en Uyuni. In: Revista DOMINGO in La Prensa vom 16. September 2007.

11.04.2008 Morales Apura el Saneamiento para Adelantarse a los Estatutos.

Gesetzestexte

Dekret der Agrarreform (1953)

Konvention 107 der ILO (1965 von Bolivien ratifiziert)

Bolivianische Verfassung (1967)

Konvention 169 der ILO (1991 von Bolivien ratifiziert)

Bolivianische Verfassung (1967 mit Reformen von 1994)

Volksbeteiligungsgesetz (1994)

Gesetz zur administrativen Dezentralisierung (1995)

Munizipalgesetz (1999)

Gesetz der politisch-administrativen Einheiten (2000)

Gesetz zum nationalen Dialog (2001)

Gesetz des nationalen Dienstes für Agrarreform (1996), auch bekannt als Gesetz 1715 oder INRA-Gesetz

Reglement des Gesetzes des nationalen Service für Agrarreform (unbekanntes Datum)

Gesetz zur kommunitären Wiederaufgleisung der Agrarreform (2006)

Reglement des Gesetzes zur kommunitären Wiederaufgleisung der Agrarreform (2007)

UNO-Deklaration über die Rechte indigener Völker (2007 von Bolivien ratifiziert)

Bolivianische Verfassung (2009)

Statut des autonomen Departements von Santa Cruz (2008)